

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 147

FRÜHJAHR 2002

€ 0,50

Keine US/UN/EU/Bundeswehr-Intervention im Nahen Osten! Zionistisches Blutbad in Dschenin



Fremson/NY Times

Heftiger israelischer Angriff gegen das palästinensische Volk hat nie zuvor gesehene Ausmaße. Große Teile des Westjordanlandes liegen in Schutt und Asche, wie hier Dschenin

16. April – Ramallah, Nablus, Bethlehem, Dschenin, Kabatja, Kalkilja, Jatta, Samua, Ber Zeit: eine Aufzählung der von israelischen Soldaten, Panzern und Kampfhubschraubern verwüsteten palästinensischen Gemeinden umfasst fast das gesamte Westjordanland. Allein im Flüchtlingslager Dschenin – fast 15 000 auf knapp einem Quadratkilometer zusammengeworfene Menschen – wurden mehr als 200

Verteidigt das palästinensische Volk! USA – Hände weg vom Irak!

Palästinenser niedergemetzelt, als mit Automatikgewehren bewaffnete Kämpfer sich widersetzen und versuchten, Wohnungen und Familien gegen den israelischen Moloch zu verteidigen. Ein israelischer Soldat verglich Dschenin mit Vietnam, das von den USA mit einem Bombenteppich überzogen worden war, und sagte: „Dort ist jetzt nichts mehr übrig.“

Über 4000 Palästinenser sind verhaftet worden, darunter Marwan Barghouti, der zweite Mann in der Fatah-Partei hinter dem Führer der Palästinensischen Autonomiebe-



Reuters

hörde (PA) Jassir Arafat. Die PA existiert jetzt nur noch dem Namen nach. Schätzungen zufolge gibt es bis zu 500 Todesopfer – zusätzlich zu den mehr als 1200 Getöteten und 50 000 Verwundeten der letzten 18 Monate. Das ganze Ausmaß des Gemetzels wird, wenn überhaupt, erst bekannt werden, wenn die zionistischen Sturmtruppen abgezogen sind. Journalisten dürfen belagerte Städte nicht betreten. Berichten zufolge haben israelische Soldaten in Dschenin Massengräber ausgehoben, um die tatsächliche Anzahl der Getöteten zu vertuschen. Zumeist wird den Palästinensern nicht einmal erlaubt, ihre Toten zu begraben. In Ramallah wurden fast 30 in Verwesung übergegangene Leichname auf einem Krankenhausparkplatz begraben, um Platz in der Leichenhalle zu schaffen. Zahlreiche Verwundete wurden dem Tod preisgegeben, da Krankenwagen nicht durchgelassen oder deren Fahrer erschossen wurden.

Städte und Ortschaften, in denen einst so etwas wie Wirtschaft und Leben existierte, wurden in Trümmer gelegt. Alte Städte und Kasbahs, deren Mauern zum Teil noch aus der Zeit des Römischen Reiches stammten, wurden in Schutt verwandelt. Das Westjordanland ist jetzt ein großer

Fortgesetzt auf Seite 2

**Nieder mit den zionistischen und arabischen bürgerlichen Herrschern!
Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!**

Naher Osten...

Fortsetzung von Seite 1

Trümmerhaufen aus verbogenem Metall und zerstörten Menschenleben, wobei nahezu zwei Millionen Palästinenser durch israelische Ausgangssperren regelrecht in ihren Häusern gefangen gehalten werden. Es wird Jahre, wenn nicht Jahrzehnte in Anspruch nehmen, wieder aufzubauen, was die Israelis zerstört haben: Wohnungen, Geschäfte, Läden, Büchereien, Krankenhäuser, gepflasterte Straßen, Elektrizitätswerke, Abwasserkanäle, Wasserrohre – die gesamte Infrastruktur des Westjordanlands. Die drohende gesundheitliche Katastrophe kann sehr wohl noch viel mehr Menschenleben fordern.

Während die Palästinenser einem beispiellosen Angriff ausgesetzt sind, ringen Sprecher der Imperialisten heuchlerisch die Hände, und die arabischen Regime lassen ihre übliche Litanei leerer UN-Resolutionen ab. Aber in Städten des gesamten Nahen Ostens und anderswo demonstrieren Hunderttausende voller Empörung auf den Straßen und suchen verzweifelt nach einem Weg, dem brutalen israelischen Angriff ein Ende zu bereiten.

Dringend notwendig ist die Mobilisierung der Arbeiterklasse, im Nahen Osten und international, zur Verteidigung des palästinensischen Volkes gegen den zionistischen Staatsapparat. Von schwarzen und arabischen Arbeitern in Detroit über das Proletariat in Frankreich mit seinem wesentlichen Bestandteil an Nordafrikanern bis hin zu den Hafentarbeitern in Ägypten und den Ölarbeitern im Iran müssen die Werktätigen weltweit die Sache des palästinensischen Volkes zu ihrer eigenen machen, durch Demonstrationen, Proteststreiks und andere Klassenkampfaktionen.

In Marokko marschierten mehr als eine Million Menschen durch die Straßen von Rabat und formten mit ihren Fingern eine Null, um ihre Verachtung für die arabischen Regime auszudrücken, die nichts tun, um diese neuerliche Katastrophe für die Palästinenser zu beenden – doch die arabischen Bourgeoisien waren schon immer Feinde des nationalen Kampfes der Palästinenser. Arafat und eine Reihe pseudosozialistischer Gruppen in Westeuropa und den USA appellieren an die UNO oder die Europäische Union (EU) oder sogar an die amerikanischen Paten des zionistischen Staates und fordern eine „internationale Schutztruppe“ – aber es war gerade eine solche Truppe, die dem Massaker von Sabra/Schatila im Jahre 1982 den Weg bereitete. Die EU-Mächte Britannien und Frankreich hatten einst Streitkräfte im Nahen Osten – als Kolonialherren über die ara-

bischen Massen. Und als die USA 1991 ihr Blutbad am irakischen Volk anrichteten, geschah dies unter Schirmherrschaft einer UN-Intervention.

Gerade jetzt dienen Forderungen nach einer imperialistischen Militärintervention dazu, Washingtons Pläne eines neuerlichen Kriegs gegen den Irak zu legitimieren und zu erleichtern. Die „Friedensmission“ von US-Außenminister Colin Powell ist ein durchsichtiger zynischer Versuch, den allgemeinen arabischen Zorn zu bändigen, der einer auch nur formalen Unterstützung des Feldzugs zur Vernichtung Saddam Husseins durch Klientenstaaten wie Ägypten im Wege steht.

Die gegenwärtige Clique im Weißen Haus brennt darauf, „den Job zu erledigen“, den Bush Senior 1991 begonnen hatte, als Zehntausende Iraker hingemetzelt wurden. In den Jahren danach starben anderthalb Millionen Menschen, hauptsächlich Kinder und Ältere, an den Folgen des durch UN-Sanktionen verhängten Hungerembargos. Jetzt unter dem Titel „Krieg gegen den Terror“ hat Bush offen seine Absicht erklärt, den Irak anzugreifen, um Saddam Hussein zu stürzen und ein willfähiges Marionettenregime in Bagdad zu errichten. Hinter den Kriegsplänen gegen den Irak steht der Drang nach Stärkung der Kontrolle des US-Imperialismus über die Ölfelder des Persischen Golfs, um strategische amerikanische Interessen gegenüber den europäischen und japanischen Rivalen zu untermauern.

Ein Sieg des amerikanischen Militarismus im Irak – oder wo auch immer – wird die machtbesessene herrschende Klasse der USA dazu ermutigen, überall auf der Welt noch mehr Tod und Zerstörung zu bringen, und wird weiteres Elend für die Werktätigen und Unterdrückten in den USA zur Folge haben. Die internationale Arbeiterklasse hat ein vitales Interesse an der militärischen Verteidigung des Irak gegen einen Angriff der US-Imperialisten, ohne dem arbeiterfeindlichen bürgerlich-nationalistischen Regime Saddam Husseins irgendwelche politische Unterstützung zukommen zu lassen. **Verteidigt die Palästinenser! Alle israelischen Truppen und Siedler raus aus den besetzten Gebieten, sofort! Alle US/UN-Streitkräfte raus aus dem Persischen Golf und dem Nahen Osten! Nieder mit der Hungerblockade – USA, Hände weg vom Irak!**

Proteste überrollen den arabischen Osten und Westeuropa

Von Kairo über die jordanische Hauptstadt Amman bis Ankara in der Türkei sind propalästinensische Demonstrationen im Gange.

Fortgesetzt auf Seite 6

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

SPARTAKIST



herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@freenet.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10557 Berlin
Abonnement (4 Ausgaben) € 4,- an Verlag Avantgarde,
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 147

FRÜHJAHR 2002

Spartakist-Jugend initiierte Protest an Hamburger Uni: Verteidigt immigrierte Studenten!

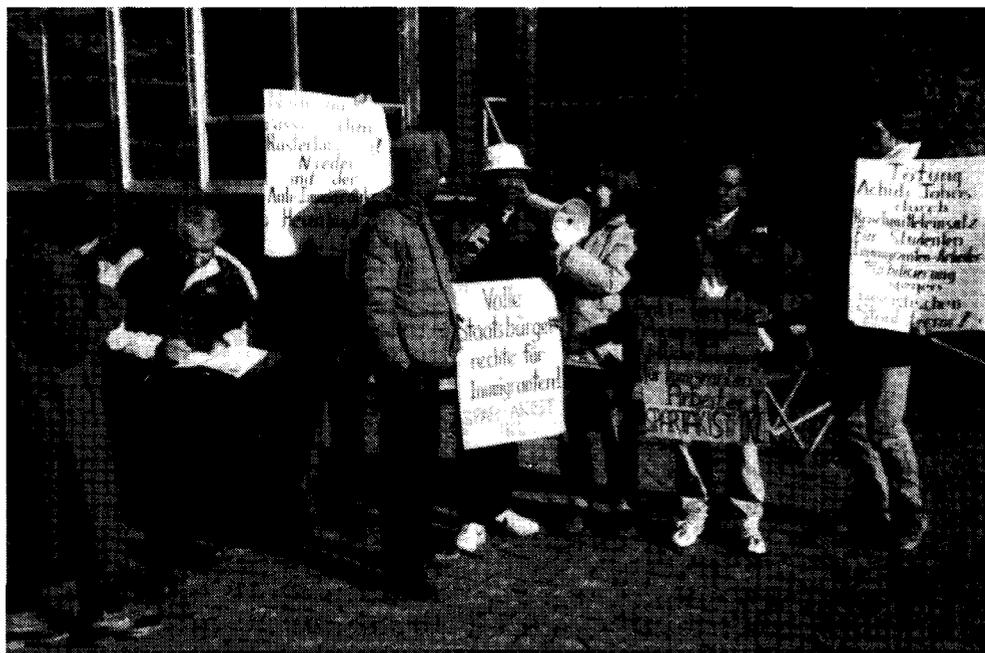
Am 21. Februar schallte es von einer Gruppe Demonstranten über den Campus der Hamburger Uni: „*Nein zur rassistischen Rasterfahndung – nieder mit der Anti-Immigranten-Hexenjagd!*“ Die Spartakist-Jugend Hamburg initiierte und organisierte die Einheitsfront zur Verteidigung von Immigranten gegen die rassistische Rasterfahndung. Am Protest beteiligten sich Vertreter von IDFS (Iranische Demokratische Initiative zur Verteidigung der Rechte von Flüchtlingen und Studenten Hamburg) und von der Gruppe Perspektive Togo. Es wurden Spartakist-Jugend-Plakate gehalten mit den Losungen: „*Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten*“ und „*Verteidigt Afghanistan! Alle Bundeswehr/UNO/NATO/OSZE-Truppen raus aus dem Balkan!*“ sowie „*Für Klassenkampf zu Hause gegen kapitalistische Herrscher!*“

Die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung hat ihren Terror gegen Immigranten im Windschatten der Empörung über die Attentate des 11. Septembers durch das Mittel Rasterfahndung noch weiter verschärft. Seitdem macht die Polizei bundesweit Jagd auf Immigranten und überprüft ihre Daten nach Angaben über Mietkosten, Auslandsaufenthalten, Kontobuchungen und Vereinszugehörigkeiten, nach einem Rasterverfahren. Infolgedessen wurden in Hamburg kürzlich über 140 Studenten zur Polizei vorgeladen, um Angaben zu machen.

Wie eine Rednerin der Spartakist-Jugend erklärte: „Der selbe Staat, der eingewanderte Studenten mit der Rasterfahndung terrorisiert, trachtet danach, für alle Studenten Studiengebühren einzuführen. Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Für eine effektive Verteidigung der Immigranten gegen jegliche Form rassistischer Angriffe ist es notwendig, dass sich die Studenten mit ihren Kommilitonen solidarisieren und Proteste durchführen, die unabhängig sind von der Regierung, die ihre Bluthunde auf Minderheiten hetzt.“ Das Flugblatt der Spartakist-Jugend gegen die Tötung von Achidi John in Polizeigewahrsam hatte die Überschrift: „*Für Studenten/Immigranten/Arbeiter-Mobilisierung gegen rassistischen Staatsterror!*“

Die Bourgeoisie wird versuchen, die für ihre Raubgelüste notwendige Auf- und Umrüstung der Bundeswehr auf den Rücken der Arbeiterklasse abzuwälzen, durch Kürzungen am Lohn, im Sozialbereich und in der Bildung. Dies wird Frauen, Jugendliche und Immigranten am härtesten treffen. Der Staat, ein Instrument der kapitalistischen Herrscher, probiert jeden Widerstand dagegen zu brechen, indem er Arbeiter und Studenten entlang rassistischer Linien spaltet.

In seiner Rede protestierte der Vertreter der Gruppe Perspektive Togo gegen die rassistische Hetzjagd in Deutschland. Er forderte die EU auf, dass sie dabei helfen solle, in Togo den Diktator abzusetzen und Parlamentswahl-



Spartakist

Einheitsfrontaktion in Hamburg am 21. Februar: Redner protestieren gegen die rassistische Hetzjagd auf Immigranten in Deutschland

len abzuhalten. Aber die europäischen Imperialisten sind alles andere als Freunde von Demokratie in Afrika. Tatsächlich basiert die parlamentarische Demokratie von Ländern wie Deutschland zum Teil auf der neokolonialen Ausplünderung der so genannten Dritten Welt, wo blutige Diktatoren die Ausbeutung und Verelendung der Massen im Dienste ihrer imperialistischen Herren erzwingen. Mit den Superprofiten bestehen die Imperialisten eine dünne Schicht der Arbeiterklasse hier, die Arbeiteraristokratie, bestochen, damit diese die Arbeiter mit Rassismus und Klassenfrieden an das rassistische System kettet.

Der von den Grünen dominierte AStA ist gegen gewisse rassistische Aspekte der Rasterfahndung. Trotzdem weigerte er sich, für die Einheitsfront zu mobilisieren, weil er nicht der Meinung ist, dass es eine Anti-Immigranten-Hexenjagd gibt, und im Wesentlichen mit der SPD/Grünen-Regierung zufrieden ist.

Im Gegensatz dazu hat der PDS-nahe AStA der HWP mehr Widersprüche. Einerseits begrüßte er die Idee eines Protests, weil er gegen die rassistische Rasterfahndung ist und sich als Gegner des Kapitalismus sieht. Andererseits mobilisierte der AStA aber niemanden.

Seine Politik ist es, durch Gerichtsverfahren etwas gegen rassistischen Staatsterror zu erreichen. So beschränkt er sich in seiner Resolution gegen Rassismus und Rasterfahndung auf die seichte Bemerkung, die Herausgabe von Daten durch die Uni-Verwaltung störe das „friedliche Zusammenleben“ der Studenten und man erwäge im Falle der Auslieferung der Daten an die Polizei juristische Schritte. Aber eine solche Strategie, an die Gerichte zu appellieren, führt zu Niederlagen, denn die Gerichte sind nur ein Arm des bürgerlichen Staates, der nicht neutral ist, sondern dafür existiert, die Klassenherrschaft der Bourgeoisie

Fortgesetzt auf Seite 4

Protest in Hamburg...

Fortsetzung von Seite 3

aufrechtzuerhalten. Und selbst als ein Gericht in Berlin aufgrund von mutigen Klagen dreier ausländischer Studenten die Rasterfahndung für unzulässig erklärte, kündigte der Innensenator des SPD/PDS-Senats Ehrhart Körting (SPD) an, die Rasterfahndung weiter durchzuführen.

So richtete sich der Protest genau gegen die rassistische Politik von SPD oder PDS. Deswegen weigerten sich verschiedene linke Organisationen, darunter SAV und Linksruck, die Einheitsfront zu unterstützen, obwohl einzelne Mitglieder interessiert waren daran teilzunehmen. Diese Organisationen versuchen auf die eine oder andere Weise, das kapitalistische System zu reformieren. Sie haben die Hoffnung, durch die Unterstützung der richtigen sozialdemokratischen Partei im Bundestag einen weniger rassistischen Kapitalismus erzwingen zu können.

Die SAV hat zur Wahl der PDS in Berlin aufgerufen. Jetzt haben sie die Regierung, die sie wollten. Die PDS, eine bürgerliche Arbeiterpartei, ist mittlerweile fleißig dabei, die Bevölkerung Berlins mit Sparmaßnahmen und Rassismus zu terrorisieren! Denselben Rassismus hat die SAV auf ihren kürzlich veranstalteten „Sozialismus-Tagen“ in Berlin totgeschwiegen, um ihre sozialdemokratischen Bündnisse nicht zu gefährden. Kein Zufall also, dass sie den Einheitsfrontprotest gegen die rassistische Rasterfahndung nicht unterstützt haben.

Linksruck steckte zum Zeitpunkt des Protests gerade in der Kampagne „Stoppt Stoiber!“. Das bedeutet, für sie ist die SPD das kleinere Übel. Sie wollen die Politik der SPD nicht bekämpfen.

Als Kommunisten verstehen wir, dass Rassismus ein untrennbarer Bestandteil vom Kapitalismus ist. Der Staat kann nicht reformiert werden! Wie unsere Rednerin betonte: „Studenten können gemeinsam mit Arbeitern, die die soziale Macht haben, siegreiche Kämpfe gegen Rassismus führen. Aber um endgültig mit Ausbeutung und jeder Art von Unterdrückung aufzuräumen, muss die Bourgeoisie durch sozialistische Revolution weggefegt werden.“

Rassistische Rasterfahndung gegen Studenten – Achidi John im Polizeigewahrsam umgebracht

Für Studenten/Immigranten/Arbeiter-Mobilisierung gegen rassistischen Staatsterror!

Nachfolgend drucken wir das leicht redigierte Flugblatt der Spartakist-Jugend Hamburg vom 24. Januar gegen die rassistischen Brechmitteleinsätze ab.

Während die Bundesregierung gegen Afghanistan Krieg führt, hat sie im Inneren ihren brutalen Krieg gegen Immigranten und Arbeiter verschärft. Wir sagen: **Für Klassenkampf gegen die SPD/Grünen-Regierung! Alle imperialistischen Truppen raus aus Afghanistan und dem Balkan!**

In Hamburg ist die Hatz gegen Immigranten besonders stark sichtbar. Diese Stadt rückte als angebliche „Schläferstadt“ ins Interesse der Weltöffentlichkeit. Jetzt werden 140 überwiegend immigrierte Studenten vorgeladen, um im Rahmen der Rasterfahndung Angaben über ihre Mietkosten, Auslandsaufenthalte, Kontobuchungen und Vereinszugehörigkeiten abzugeben.

Der Terror, der ihnen droht, lässt sich ermesen, wenn man den Fall von Abdelwahab Osman K.-M. betrachtet: Der deutsche Wissenschaftler sudanesischer Abstammung geriet durch Denunziation ins Fadenkreuz der Bullen. Seine Wohnung wurde während seines Urlaubs von der Polizei aufgebrochen und durchsucht. Sein Name und sein Gesicht wurden in der bürgerlichen Presse wochenlang durch den Schmutz gezogen. Er ist als Terrorist abgestempelt worden, obwohl die Bullen und die Staatsanwaltschaft absolut nichts gegen ihn in der Hand hatten. Es wurde ein internationaler Haftbefehl erlassen, der wieder aufgehoben wurde wegen mangelnder Beweise. Wir, die Spartakist-Jugend, intervenierten an seiner Hochschule am Berliner Tor mit den Losungen „**SPD/Grüne/CDU/Schill: Hände weg von Abdelwahab! Nieder mit der rassistischen Rasterfahndung!**“ Dabei zeigten viele Studenten ein starkes Interesse an unserer Zeitung mit dem Jugendartikel gegen die Rasterfahndung (Spartakist Nr. 146).

Im Windschatten der Anti-Terror-Hetzkampagne haben die Bullen jetzt Achidi John am 9. Dezember bei einem

Veranstaltungsreihe der Spartakist-Jugend

Berlin

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Mittwoch, 8. Mai 2002, 18 Uhr

Für Klassenkampf gegen Imperialismus – Der Hauptfeind steht im eigenen Land

Donnerstag, 23. Mai 2002, 18 Uhr

Staatskapitalismus vs. Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten

Donnerstag, 6. Juni 2002, 18 Uhr

Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Donnerstag, 20. Juni 2002, 18 Uhr

Treff: Humboldt-Universität
Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 208
Kontakt: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg

Verteidigt das palästinensische Volk!

Donnerstag, 16. Mai 2002, 18 Uhr

US/UN/NATO/Bundeswehr raus aus Afghanistan, Zentralasien und dem Balkan!

Donnerstag, 6. Juni 2002, 18 Uhr

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Für Klassenkampf gegen SPD/Grünen-Regierung!

Donnerstag, 27. Juni 2002, 18 Uhr

Kürzungen und Sozialabbau nach Konterrevolution: Es trifft zuerst Frauen, Immigranten und Jugend!

Donnerstag, 11. Juli 2002, 18 Uhr

Treff: Uni Hamburg, Teestube im Pferdestall
Allendeplatz 1, neben Abaton-Kino
Kontakt: (0 40) 32 36 44

Brechmitteleinsatz ganz legal getötet. An seinem Hals wurden Würgemale gefunden. Sie flößten ihm das Brechmittel durch eine Nasensonde ein, wogegen er sich wehrte und rief: „Ich werde sterben!“ (*Hamburger Morgenpost*, 20. Dezember 2001).

Wir wissen nicht, was ihm die Polizei sonst noch angetan hat, doch es ist offensichtlich, dass der Brechmitteleinsatz Folter an Immigranten ist, und sie machte sofort nach dem Einsatz klar, dass sie ihn auch weiterhin durchführen werde. Es ist für Immigranten heutzutage praktisch unmöglich, sich am Hauptbahnhof, an der Sternschanze oder in Altona aufzuhalten, ohne sich der Gefahr auszusetzen, von der Polizei kontrolliert, gefilzt, verhaftet oder zusammengeschlagen zu werden.

Der Zweck des Brechmitteleinsatzes ist es, Terror auf Immigranten auszuüben und sie einzuschüchtern. Was wir brauchen, sind massive Proteste von Studenten und Immigranten in Solidarität mit ihren Kommilitonen, die im Visier der Rasterfahndung des rassistischen Staates stehen, der Achidi getötet hat.

In einer Presseerklärung sagte die *Black Community*: „... wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass in einem Land, in dem Polizei und Ärzte – deren Funktion eigentlich darin besteht, Menschenleben zu schützen und zu retten – die ersten sind, die uns verletzen und töten, wir uns nur auf uns selbst verlassen können, wenn wir unser Leben schützen wollen.“ Das macht die Notwendigkeit für solche Proteste in Verteidigung von Immigranten deutlich.

Jedoch sind die Polizisten alles andere als ein neutraler Schiedsrichter. Der kapitalistische Staat ist die besondere Repressionsgewalt der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Sein bewaffneter Arm sind Polizei, Gerichte, Gefängnisse und die Armee. Sie hetzt ihre Bluthunde zuerst gegen die Immigranten, die einer der verwundbarsten Teile der Gesellschaft sind.

Rassismus ist untrennbar mit Kapitalismus verbunden. Die herrschende Klasse nutzt ihn, um die Ausbeutung der Mehrheit der Bevölkerung durch eine kleine Minderheit aufrechtzuerhalten. Die Bourgeoisie verschärft die Repression nach innen für die Erhöhung der Ausbeutung der Arbeiterklasse und setzt Brechmittel und Rasterfahndung ein, um die Arbeiterklasse entlang rassistischer Linien zu spalten.

Wir kämpfen für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten, um die rassistische Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden und sie zu einem im Kampf gegen Angriffe auf den Lebensstandard hier sowie gegen den Krieg der Bourgeoisie, den sie jetzt in Afghanistan begonnen hat. Jeder ernsthafte Kampf gegen Rassismus muss sich auf die strategische Rolle der Arbeiterklasse stützen, die aufgrund ihrer Stellung in der Produktion die soziale Macht besitzt, Kapitalismus zu stürzen. So könnte auch ein Protest der integrierten Arbeiterklasse im UKE [Universitäts-Krankenhaus Eppendorf], von den Anästhesisten über das Pflegepersonal bis zum Reinigungsservice, ein machtvolleres Zeichen im Kampf für die Verteidigung der Immigranten sein. Dafür wollen wir von der Spartakist-Jugend Immigranten, Studenten und Jugendliche gewinnen.

In unserem Flugblatt zur letzten Hamburger Wahl warnen wir: „Schill (Richter Gnadenlos) ist ein gefährlicher Demagoge, und sich ihn als Innensenator vorzustellen lässt einem das Blut in den Adern gefrieren.“ Und viele haben verstanden, dass die so genannte „Anti-Drogen-Kampagne“ nicht durch den neuen konservativen Senat kreiert wurde. Der Brechmitteleinsatz wurde durch die SPD eingeführt und SPD-Chef Olaf Scholz verteidigt ihn nach wie vor (*taz*, 10. Januar). Obwohl also die SPD für einen Großteil linker Jugendlicher keine Alternative zu Schill darstellt, existieren

stattdessen Illusionen in die zweite sozialdemokratische Partei PDS.

In einem Berliner Flugblatt zum Wahlkampf schrieb die Sozialistische Alternative Voran (SAV), dass die PDS-Führung ihrem sozialistischen Anspruch nicht gerecht wird. Jedoch empfehlen sie, die Zweitstimme der PDS zu geben, mit dem Argument: „Die PDS kann aufgrund ihrer Verankerung im Osten noch am ehesten durch ArbeiterInnen und Jugendliche unter Druck gesetzt werden.“ Sie machen deutlich, dass sie das prokapitalistische Programm der PDS als ein kleineres Übel ansehen und damit den bürgerlichen Staat reformieren wollen. Durch ihren Stimmenfang für die PDS tragen sie die Verantwortung für die Austerität mit.

Tatsächlich kündigte die Berliner PDS im Wahlkampf an, gegen den vermeintlichen Terror mehr Bullen auf die Straße loszulassen. Als ersten Schritt in der neuen Koalition bereiten sie die Schließung von Krankenhäusern und Entlassung von Pflegepersonal vor. So sagte Gysi kürzlich, dass sich Berlin gerade im Rahmen der Wissenschaftsförderung in der derzeitigen Situation auf eine Uniklinik beschränken müsse (*junge Welt*, 24. Januar).

Die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke, kritisiert Rasterfahndung und Abschiebungen durch ihre eigene Partei in Mecklenburg-Vorpommern. Tatsächlich spielt sie die Rolle, als linkes Feigenblatt Jugend und Arbeiter an die PDS zu binden, mit der Illusion, die PDS benutzen zu können, um Kapitalismus demokratischer zu machen. Das funktioniert nicht. Ganz im Gegenteil: Die PDS trieb die prokommunistischen Arbeiter der DDR 1989/90 in die kapitalistische Konterrevolution. Sie ebnete den Weg für zwölf Jahre massive Angriffe auf die Arbeiter und für Bundeswehreinheiten überall auf der Welt. Seitdem gierte die PDS danach, sich an der Regierung für den deutschen Imperialismus zu beteiligen.

Wir riefen in unserem Flugblatt zur Hamburger Wahl auf: **Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei! Keine Stimme für SPD, Grüne, Regenbogen oder PDS!** Was wir brauchen, sind Einheitsfrontproteste, die sich nicht einem Programm unterordnen, den bürgerlichen Staat zu benutzen.

Genauso mobilisieren unsere Genossen der SL/U.S. und der Spartacus Youth Clubs am 9. Februar Schwarze und Arbeiter in einer Einheitsfrontaktion gegen die Anti-Immigranten-Hetzjagd in den USA und für die Verteidigung demokratischer Rechte. Die ersten Unterzeichner des Aufrufs dieser Demonstration in San Francisco sind Gewerkschaftsorganisationen. Unter anderem die Hafentarbeitergewerkschaft ILWU. Diese Demonstration wird ein machtvolleres Beispiel sein für eine Mobilisierung unabhängig vom kapitalistischen Staat.

Um alle Elemente der Gesellschaft zu vereinen, die gegen Brechmitteleinsatz, Rasterfahndung oder andere Übel des kapitalistischen Systems kämpfen wollen, braucht man eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei. Die Spartakist-Jugend will Jugendliche und Studenten zu diesem Programm gewinnen! ■

Bestell!

Artikel der Spartakist-Jugend, erschienen im Spartakist Nr. 144

„Stoppt rassistische Angriffe auf türkisch-deutschsprachigen Unterricht!“

€ 0,50

Zu beziehen über die Kontaktadresse



Naher Osten...

Fortsetzung von Seite 2

ten mit Bürgerkriegspolizei aneinander geraten. In Ägypten haben sich die Proteste über die Hauptstadt hinaus nach Alexandria im Norden und Sohag im Süden ausgeweitet; Tausende und Abertausende haben sich einem landesweiten Demonstrationsverbot widersetzt und Tränengas- und Wasserwerfereinsätzen der Bullen die Stirn geboten. Selbst das kleine, ölfreiche Emirat Bahrain – wo die Fünfte US-Flotte stationiert ist – hat ein Aufwallen von Massenprotesten erlebt, wobei Demonstranten die Schließung des US-Flottenstützpunktes forderten, nachdem ein Demonstrant bei dem Versuch, sich der amerikanischen Botschaft zu nähern, getötet worden war.



Beirut, Anfang April: Demonstration in Solidarität mit Palästinensern wird von Bullen angegriffen

Es könnte gut sein, dass die arabischen Herrscher diesen Volksaufbruch abzulenken suchen, indem sie verstärkt antizionistische und sogar antiamerikanische Demagogie benutzen, wie sie es so häufig in der Vergangenheit getan haben. Die Solidarität der arabischen Massen mit dem unterdrückten palästinensischen Volk muss in Richtung der *proletarischen Revolution* gegen ihre *eigenen* arabischen Herrscher gelenkt werden, die, egal ob bürgerliche Nationalisten oder islamische Traditionalisten, im Grunde die politischen Agenten des westlichen Imperialismus sind. Wenn dies nicht passiert, wird die glühende Feindschaft gegenüber Israel und seinem amerikanischen Beschützer weiterhin nur die Kräfte des islamischen Fundamentalismus stärken, die als „radikale“ Opposition zu den meist prowestlich eingestellten arabischen Regimen posieren.

Gewaltige Proteste sind auch in ganz Westeuropa aufgelodert und in geringerem Maße auch in den USA. In Paris gingen am 6. April etwa 40 000 Menschen auf die Straße und riefen „Bush, Scharon – Mörder!“ Die Demonstration war überwiegend maghrebinisch (nordafrikanisch), schloss jedoch auch schwarzafrikanische, türkische, kurdische und französische Demonstranten mit ein, darunter auch die Vereinigung französischer Juden für den Frieden. Die maghrebinische Bevölkerung wird von Arbeitslosigkeit, „Terroristen“hetze in der Presse und verstärkter Bullenrepression bedrängt. Doch unter den Tausenden, die in Paris marschierten, waren ganze Familien, einschließlich Kinder und Großeltern, die ihre Furcht überwinden und der Separation, die sie auf die Arbeitervorstädte (*banlieus*) beschränkt hält, trotzen.

Die Jospin-Regierung hat eine Reihe verwerflicher Bombenanschläge auf jüdische Schulen und Synagogen dazu benutzt, ihre Polizeistaatsmaßnahmen gegen maghrebinische Jugendliche zu rechtfertigen. Es ist überhaupt nicht klar, wer für diese abscheulichen Anschläge verantwortlich ist, besonders angesichts der beträchtlichen faschistischen Bewegung in Frankreich. Klar ist jedoch, dass es den Faschisten in die Hände spielt, wenn sich gerechtfertigter Hass auf die rassistischen kapitalistischen Herrscher Israels in widerlichen Antisemitismus verwandelt, den „Sozialismus des dummen Kerls“. Lobenswerterweise gaben die Organisatoren der arabischen Gemeinde am 6. April, wie es auch schon bei früheren propalästinensischen Protesten geschah, öffentliche Erklärungen ab, in denen sie die antisemitischen Anschläge verurteilten.

Im Gegensatz dazu war eine große proisraelische Demonstration am darauf folgenden Tag eine Orgie des antiarabischen Chauvinismus mit einem Mob, der nach Arafats Blut schrie. Bewaffnete Schläger der Jewish Defense League und von Betar, die sich mit Mussolinis Faschisten der 30er-Jahre identifizierten, verprügelten brutal jeden Araber oder Afrikaner, der ihnen in die Hände fiel, und griffen auch eine säkulare jüdische Demonstration an, an der auch Unterstützer der israelischen Armeereservisten, die den Dienst in den besetzten Gebieten verweigern, teilnahmen.

Pseudolinke betteln um imperialistische Intervention

Die reformistischen und zentristischen linken Gruppen, die um imperialistische „Friedenstruppen“ ersuchen oder Wirtschaftssanktionen fordern, verbreiten die Illusion, ihre jeweiligen imperialistischen Herrscher könnten dazu gedrängt werden, den Interessen der Unterdrückten zu dienen. In Frankreich fordert unter anderen die pseudotrotzkistische Ligue communiste révolutionnaire (LCR) dieselbe imperialistische Regierung zum Schutz der palästinensischen Araber im Nahen Osten auf, die einen Kolonialkrieg in Algerien führte und heute arabische Jugendliche in den *banlieus* verhaftet und terrorisiert.

Die LCR und andere linke Gruppen rufen zu Abordnungen europäischer und amerikanischer ziviler Beobachter in den besetzten Gebieten auf. Viele der Teilnehmer sind zweifellos mutig und riskieren ihr Leben aus humanitärer Sorge um die Palästinenser. Aber solche idealistischen Bemühungen werden als Mittel benutzt, um eine imperialistische „Friedens“intervention herbeizuführen.

In den USA, wo weder die Demokraten noch die Republikaner auch nur vorgeben mit den Palästinensern zu sympathisieren, konzentrieren sich Reformisten wie die International Socialist Organization (ISO), die Workers World Party (WWP) und Socialist Action auf die Forderung nach Beendigung der US-Hilfe an Israel. Diese Gruppen gehen mit der Illusion hausieren, der amerikanische Imperialismus könne, wenn er seine Politik gegenüber Israel ändere, eine Kraft für „Frieden“ und „Gerechtigkeit“ im Nahen Osten sein. So erklärt der *Socialist Worker* (5. April) der ISO: „Wir haben eine Verpflichtung, für Gerechtigkeit einzutreten – und zu fordern, dass die US-Regierung ihre Unterstützung für das terroristische Regime Israels einstellt.“ Die eindeutige Implikation ist, dass der amerikanische Imperialismus ein irgendwie weniger terroristisches Regime sei.

Massive militärische und wirtschaftliche Unterstützung für Israel ist schon seit Jahrzehnten ein Eckpfeiler amerikanischer Außenpolitik im Nahen Osten. Israel hat heute einen hoch technisierten militärischen Apparat, der diejenigen der umliegenden arabischen Regime in den Schatten stellt. Und Scharons jüngste Abfuhr an Bushs Aufforderung zu einem Waffenstillstand zeigt, dass Israel zwar ein Junior-

GAM: Gysis bunte Truppe kläfft

Am 11. Januar wurden unsere Genossen von der Teilnahme an einer öffentlichen Veranstaltung der Gruppe Arbeitermacht (GAM) in Berlin ausgeschlossen. Im Februar erhielten wir dann einen Brief, datiert auf „Juli 2001“. In diesem Brief teilt uns die GAM ihren Beschluss mit, dass die SpAD ab sofort von ihren Veranstaltungen ausgeschlossen sei. Wir hätten bei einer Veranstaltung in Hamburg am 21. März 2001 – elf Monate zuvor – „Normen demokratischer Diskussionskultur in der Arbeiterbewegung“ gebrochen. Unser angebliches Verbrechen: Unsere Genossen hätten sich geweigert, „den Vorsitz der Versammlung und die Redeleitung zu respektieren“. Das Verdikt über unseren Ausschluss soll bis zum Eingang einer Entschuldigung in Kraft bleiben.

Vier Monate brauchten sie, diesen Beschluss zu fassen und dann noch mal mehr als ein halbes Jahr, uns diesen mitzuteilen. Offensichtlich liegt das Problem also ganz woanders. So war der Beschluss jedenfalls nicht in Kraft, als wir am 14. September in Berlin auf einer GAM-Veranstaltung gegen sie intervenierten und ihre Unterstützung der PDS bei den bevorstehenden Berliner Wahlen offen legten (siehe „Antikriegstreffen der Pseudolinken – ‚Gysis bunte Truppe‘“, *Spartakist* Nr. 145, Herbst 2001). Nun, wo die PDS hart daran arbeitet, in der Koalition mit der SPD den Arbeitern, Frauen, Immigranten und allen Unterdrückten Berlins ein Programm sozialen Kahlschlags mit Lohnkürzungen und Massenentlassungen rein zu würgen, da möchte die GAM nicht an ihre Wahlunterstützung er-

innert werden. Prompt fällt ihnen da die Hamburger Veranstaltung wieder ein. Ist doch nur zu praktisch, die Kritiker ihrer PDS-Unterstützung einfach von ihren Veranstaltungen fernzuhalten. Wir entlarven den grellen Widerspruch zwischen den vorgeblich linken Ansprüchen der GAM (in ihren theoretischen Publikationen) und ihrer rechten „Real“politik – und das ist ihnen unerträglich. Aus dem gleichen Grund sind unsere Genossen in Britannien seit Jahren von den Veranstaltungen der GAM-Schwesterorganisation Workers Power ausgeschlossen.

Die Wirklichkeit ist, dass die GAM politische Feiglinge sind, politische Speichellecker der Sozialdemokratie. Der Ausschluss spiegelt den Antikommunismus wider, das Markenzeichen der Sozialdemokratie – sowohl SPD als auch PDS. Kennzeichnend für Zentristen ist es, sich an Kräfte rechts von ihnen anzukuscheln und ihr Feuer auf ihre linken Kritiker zu konzentrieren. Um die Spuren ihrer politischen Herrn und Meister zu verwischen – ob der rabiate Antikommunist Oskar Lafontaine und der „Genosse der Bosse“ Schröder oder, alternativ, der „Allesfür-die-Wirtschaft“-Senator Gysi und Gabi (Ich liebe Deutschland) Zimmer – und linke Jugendliche und Arbeiter weiter an SPD und/oder PDS ketten zu können, greifen sie dann auch zu der sanften Gewalt antikommunistischer Ausschlüsse. Es ist dringend notwendig, politisch sowohl mit SPD/PDS zu brechen als auch mit ihren Anhängseln auf der Linken wie der GAM.

partner des US-Imperialismus ist, aber auch eine regionale Macht mit eigenen Interessen.

Marxisten kämpfen dafür, die Arbeiter in konkreten klassenkämpferischen Solidaritätsaktionen mit den bedrängten palästinensischen Massen zu mobilisieren, einschließlich politischer Proteststreiks und Arbeiteraktionen zur Verhinderung der Verschiffung militärischer Güter an die israelischen Herrscher. Aber solch eine Perspektive kann nur verwirklicht werden, indem man die Arbeiter in den USA gegen ihre *eigenen* Herrscher mobilisiert, nicht indem man Illusionen in die mögliche Wohltätigkeit des amerikanischen Staates schürt. Wie Leo Trotzki in den 30er-Jahren schrieb, als viele Linke Sanktionen des Völkerbundes (Vorgänger der UNO) gegen die italienischen Invasoren Äthiopiens forderten: „Arbeiteraktion kann erst durch absolute Opposition gegenüber der nationalen Bourgeoisie und ihren internationalen Zusammenschlüssen beginnen. Unterstützung des [Völker-]Bundes und Unterstützung von Arbeiteraktionen sind wie Feuer und Wasser; man kann sie nicht miteinander verbinden“ („Once again the ILP“, November 1935).

Die Kampagne, die amerikanische Regierung zur Einstellung der Hilfe an Israel zu veranlassen, ist eng verknüpft mit der Agitation, Universitätsverwaltungen – die die Namen arabischer und muslimischer Studenten an FBI und INS weitergegeben haben – sollten sich ihrer Aktienanteile an Unternehmen, die mit Israel im Geschäft sind, entledigen. Diese Forderung wurde erst kürzlich erhoben, bei einer Gebäudebesetzung an der Berkeley-Universität in Kalifornien durch die Gruppe Students for Justice in Palestine (SJP) [Studenten für Gerechtigkeit in Palästina], deren Hauptwortführer ein Mitglied der ISO ist.

Die israelische Wirtschaft ist nicht so sehr abhängig von Investitionen amerikanischer Firmen als vielmehr von direkter Hilfe durch die amerikanische Regierung in Höhe von über fünf Milliarden Dollar im Jahr. So zielt die

erbärmliche Kampagne der ISO darüber, wie man am besten Stiftungsgelder manipulieren kann, im Endeffekt darauf ab, die Politik der amerikanischen Regierung neu zu bestimmen und, implizit, um eine US-Intervention zur Verteidigung der Palästinenser zu bitten. Die SJP-Gruppe an New Yorks Columbia-Universität machte dies deutlich, indem sie für eine Gesprächsrunde am 5. April verantwortlich zeichnete, die den Titel trug „Die Notwendigkeit einer internationalen Intervention, um Israel zur Verantwortung zu ziehen“.

Der Bankrott des PLO-Nationalismus

Was die stalinoide Workers World Party angeht, die bei der Organisierung von Protesten zur Solidarität mit den Palästinensern prominent zu sehen ist, so war ihr Kennzeichen schon immer Begeisterung für nationalistische Bewegungen der Dritten Welt. Man wird in *Workers World* kein kritisches Wort über Arafat oder seine Appelle für eine imperialistische Intervention finden. Darüber hinaus hatte die WWP nach dem israelischen Einmarsch im Libanon 1982 einen Protest organisiert, der zu „wirksamen US-Aktionen zur Erlangung eines israelischen Rückzugs“ aufrief. Ein paar Monate später gingen amerikanische und andere imperialistische „Friedens“truppen nach Libanon und starteten eine „wirksame Aktion“, indem sie die palästinensischen Kämpfer entwaffneten und damit dem von Israel organisierten Massaker an über 2000 Flüchtlingen in den Lagern von Sabra und Schatila den Weg bereiteten.

Heute schwärmt *Workers World* (11. April) über die Zeit nach der ersten *Intifada* in den frühen 90er-Jahren: „Washington und Tel Aviv waren gezwungen, die palästinensische Befreiungsorganisation nach 20 Jahren des Kampfes anzuerkennen“, sie nannten dies einen „Sieg, der auf dem Schlachtfeld errungen worden war“. Das Ergebnis dessen, was die WWP als „Sieg“ feiert, war das von den USA

Fortgesetzt auf Seite 8

Naher Osten...

Fortsetzung von Seite 7

vermittelte Osloer „Friedens“abkommen von 1993 zwischen Israel und der PLO. Wir verurteilten dieses Abkommen klipp und klar als einen „grotesken Handel über den Kopf des unterjochten palästinensischen Volkes hinweg“, der „der nationalen Unterdrückung der leidgeprüften palästinensisch-arabischen Massen das Siegel der PLO aufdrücken würde“ („Israel-PLO Deal for Palestinian Ghetto“, *Workers Vanguard* Nr. 583, 10. September 1993).

Hintergrund für diesen Verrat an den palästinensischen Massen war eine welthistorische Niederlage des internationalen Proletariats, die Zerstörung der UdSSR durch kapitalistische Konterrevolution in den Jahren 1991/92. Als die diplomatische und finanzielle Unterstützung ausblieb, die Moskau zuvor zur Verfügung gestellt hatte, fand sich die PLO (wie andere nationalistische Bewegungen und Regime der Dritten Welt) schnell mit dem US-Imperialismus zurecht.

Das „Friedens“abkommen von 1993 diente nur dazu, die Unterdrückung des palästinensischen Volkes zu vertiefen. Der gesamte Gazastreifen wurde mit einem Elektrozaun umgeben und so buchstäblich in ein besseres Konzentrationslager mit über einer Million eingeschlossenen Palästinensern verwandelt. Die israelischen kapitalistischen Herrscher beschränkten drastisch den Zugang zu Niedriglohnjobs in Israel, die für die meisten Einwohner Gazas als Einkommensquelle gedient hatten. Die Zahl der israelischen Siedler – die schwer bewaffneten, ultrachauvinistischen Hilfstruppen der militärischen Besatzungstreikräfte – hat sich seit 1993 *verdoppelt*. Eine Reihe interner Kontrollpunkte und befestigter Autobahnen „nur für Juden“ hat die palästinensische Bevölkerung in eine Vielzahl isolierter Ghettos zerstückelt.

Die WWP verherrlicht ganz besonders die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) als „die größte palästinensische marxistische Organisation“ (*Workers World*, 10. Januar). Trotz ihrer gelegentlichen verbalen Opposition gegen Arafats Versöhnertum ist die PFLP einfach eine kleinbürgerlich-nationalistische Gruppe, prinzipiell ähnlich der Fatah Arafats. Wie Arafat setzt der PFLP-Führer Ahmad Saadat auf die UNO, wie er letztes Jahr in einem Interview in *Al-Hadad* sagte, um „Israel [zu] zwingen, UN-Resolutionen umzusetzen“. Auf Palästina-Demonstrationen in Berlin griffen PFLP-Unterstützer unsere Genossen dafür an, dass sie zum Klassenkampf aufriefen, mit der Begründung, dies würde das palästinensische Volk spalten. In den frühen 70er-Jahren war die PFLP berüchtigt für Flugzeugentführungen und wahllose Terroranschläge auf israelische Zivilisten.

Während die „marxistische“ PFLP jegliche Vorstellung einer proletarischen Klasseneinheit zwischen arabischen und hebräischsprachigen Arbeitern verachtet, geht sie bereitwillig mit islamischen Fundamentalisten wie Hamas zusammen. Und in ihrem Artikel vom Januar jubelt die WWP, dass die Unterstützung für „nationalistische, linke und islamische palästinensische Organisationen dramatisch gewachsen ist“. Die antisemitischen Reaktionen von Hamas und Islamischem Dschihad sind eine tödliche Bedrohung für palästinensische Linke und insbesondere für Frauen, die sich weigern, sich den Geboten der *Scharia* (islamisches Recht) zu unterwerfen. Tatsächlich sehen viele Palästinenser eine imperialistische Intervention als Weg zur Aufrechterhaltung von Arafats Herrschaft in der Palästinensischen Autonomiebehörde an, als ein kleineres Übel gegenüber Hamas. Aber es ist gerade der völlige Bankrott des PLO-Nationalismus, der so viele aus dem historisch kosmopolitischen palästinensischen Volk in die Arme der islamischen Fundamentalisten getrieben hat.

Der stellvertretende Nationalismus der WWP versteigt sich sogar zu einer wahllosen Begeisterung für palästinensische Selbstmordattentate: „Die entschlossene Kampagne des Widerstands durch Selbstmord-Bombenanschläge zeigt, dass die Entschlossenheit, der Besetzung ein Ende zu bereiten, in der Bevölkerung so tiefe Wurzeln gefasst hat, unter Jungen und Alten, Frauen, Kindern und Männern, dass nach 35 Jahren keine Möglichkeit besteht, diesen Kampf aus der Welt zu schaffen“ (*Workers World*, 11. April). In Wirklichkeit sind dies Verzweiflungsakte angesichts einer ungeheuer überlegenen Militärmacht. Darüber hinaus unterscheidet die WWP nicht zwischen Angriffen auf israelische Truppen und Siedler, die Teil des unterdrückerischen militärischen Besatzungsregimes sind, und unschuldigen Zivilisten in Israel. Kriminelle Selbstmordanschläge auf die Zivilbevölkerung sind typisch für nationalistische Kämpfe, seien sie gerecht oder nicht.

Wie wir in einer Erklärung der Spartacist League vom 30. März mit der Überschrift „Verteidigt das palästinensische Volk! Alle israelischen Truppen und Siedler raus aus den besetzten Gebieten!“ (*Spartakist-Flugblatt* vom 4. April) erklärten:

„Jetzt sehen nicht nur islamische Fanatiker, sondern auch säkulare Palästinenser und sogar Frauen keine andere Möglichkeit mehr, als sich selbst und beliebige andere in einem Selbstmordattentat zu opfern. Doch solche Attentate dienen nur dazu, jegliche Risse in der israelischen Gesellschaft zuzukleistern, wie z. B. die jüngsten Proteste von israelischen Armeereservisten und ihren Unterstützern gegen die Besetzung, und treiben die hebräischsprachige Bevölkerung in die Arme der verrückten zionistischen Nationalisten.“

Die Unterstützung für den Schlächter Scharon unter der hebräischsprechenden Bevölkerung nahm im Gefolge der jüngsten Serie von Selbstmordattentaten bedeutend zu, wobei eine überwältigende Mehrheit den gegenwärtigen militärischen Angriff befürwortet. Tatsächlich hat Scharon schon immer versucht, palästinensische Terrorattacken zu provozieren, um einen Vorwand für seine weit tödlichere Terrorkampagne gegen die Palästinenser zu bekommen.

Der „Ministaat“: ein Palästinenser-Ghetto

Hinter den Appellen der reformistischen Linken nach imperialistischer Intervention und ihrer Unterstützung für den palästinensischen Nationalismus steckt das völlige Unvermögen, sich irgendeine Lösung der palästinensischen Frage außerhalb des Rahmens des bürgerlichen Nationalstaatsystems vorzustellen. Sie weisen die Perspektive einer arabisch-hebräischen Arbeiterrevolution, die sowohl die israelische als auch die arabischen Bourgeoisien hinwegfegt, als utopisch zurück. Tatsächlich ist dies aber der einzige Weg zur nationalen Emanzipation des palästinensischen Volkes. Es ist ganz offensichtlich, dass sich die Palästinenser in einem militärischen Konflikt mit dem zionistischen Staat nicht behaupten können. Aber es kann keinen echten Ausdruck palästinensischer Selbstbestimmung geben, ohne dass dieser Staat zerstört wird, der gegenüber dem palästinensischen Volk von Natur aus als Unterdrücker auftritt. Jegliche „Lösung“ der palästinensischen nationalen Frage im Rahmen des Kapitalismus verewigt entweder die Unterdrückung des palästinensisch-arabischen Volkes oder fasst eine Umkehr der Unterdrückungsbedingungen ins Auge, indem sie dem hebräischsprachigen Volk die legitimen nationalen Rechte verweigert.

Im Jahre 1974 erklärte die PLO ihre Zustimmung zur Schaffung eines palästinensischen „Ministaats“ im Westjordanland und in Gaza. Linksnationalistische Palästinenserführer wie George Habash von der PFLP widersetzten

Fortgesetzt auf Seite 26

„Achse des Bösen“: NATO-Partner wütend über Bushs Hetze



Oben: *Der Spiegel* zieht über „Die Bush-Krieger“ her. Rechts: Südkoreaner protestieren gegen Bushs Besuch in Seoul im September



18. März – Nur wenige Tage bevor der amerikanische Vizepräsident Richard Cheney zu einer Reise in den Nahen Osten aufbrach, um arabische Unterstützung für einen Einmarsch in den Irak zu mobilisieren, wurden die internationalen Schlagzeilen beherrscht von einem neuen Pentagon-Bericht, der „Notfallpläne“ für einen möglichen atomaren Erstschlag skizziert. Zu den in dem Bericht („Nuclear Posture Review“) aufgeführten potenziellen Zie-

US-Imperialisten: Hände weg vom Irak!

len gehört auch Saddam Husseins Irak, eines der drei Länder, die George W. Bush in seiner Rede an die amerikanische Nation Ende Januar als Teil einer „Achse des Bösen“ gebrandmarkt hatte.

Groteskerweise an die Achse Deutschland-Japan-Italien im Zweiten Weltkrieg erinnernd, erfand Bush eine „Achse“ von zwei kleinen, miteinander verfeindeten Staaten im Nahen Osten, Irak und Iran, und des deformierten Arbeiterstaates Nordkorea. Er wetterte, diese Staaten seien die „gefährlichsten Regime der Welt“, die „uns mit den gefährlichsten Waffen der Welt“ bedrohen. In Wirklichkeit ist so ziemlich das einzige, was diese drei Länder gemeinsam haben, der Umstand, dass sie *keine* Atomwaffen haben, aber von Amerikas Herrschern als aufsässig angesehen werden; das ist es, was sie zu „Schurkenstaaten“ macht. Aber der US-Imperialismus, wahrhaftig das gefährlichste Regime der Welt, verfügt über Atomwaffen – ein Vielfaches dessen, was zur Zerstörung der ganzen Welt notwendig wäre.

Während die USA gegen mutmaßliche „Massenvernichtungswaffen“ in den Händen des irakischen Regimes schimpfen, setzt Israel (das über sein eigenes Atomwaffenarsenal verfügt) gegenwärtig genau die ganz realen Waffen ein, die es von seinem amerikanischen Quartiermeister erhalten hat, um gegen das arabische Volk der Palästinenser mit Massen-

vernichtung vorzugehen. Mit vollendetem Zynismus nahm Washington am Vorabend von Cheneys Reise das grüne Licht zurück, das es zuvor dem israelischen Führer Ariel Sharon dafür gegeben hatte, wahllos Palästinenser in den besetzten Gebieten abzuschlachten, und kündigte an, der amerikanische „Friedens“beauftragte Anthony Zinni würde in die Region zurückkehren. In der Woche zwischen dieser Ankündigung und Zinnis Ankunft startete Sharon die bislang blutigste Offensive gegen die vor 18 Monaten begonnene *Intifada*. Israelische Truppen und Panzer stürmten überfüllte Flüchtlingslager und Städte und walzten buchstäblich ganze Gebiete platt, töteten täglich Dutzende und verhafteten bei Hausdurchsuchungen von Tür zu Tür, die an die „Säuberungs“aktionen der Gestapo in den Ghettos Osteuropas erinnern, jeden palästinensischen Mann, dessen sie habhaft werden konnten. Die zionistischen Einsatzkommandos stempelten sogar Erkennungsnummern auf die Arme von palästinensischen Gefangenen.

Dringend erforderlich sind internationale Protestaktion-
Fortgesetzt auf Seite 10



Gebäude im Irak, 1999 zerstört durch US-Bombenüberfall unter dem Demokraten Clinton. Jetzt droht US-Präsident Bush mit neuem „Desert Slaughter“

Achse...

Fortsetzung von Seite 9

nen, die sich auf die Macht des Proletariats stützen, von den zum großen Teil arabischen und schwarzen Autoarbeitern im Gebiet von Detroit bis hin zur multiethnischen Industriearbeiterklasse in Frankreich mit ihrem strategisch wichtigen maghrebinischen (nordafrikanischen) Bestandteil, um zu fordern: **Verteidigt das palästinensische Volk! Alle israelischen Truppen und Siedler sofort raus aus allen besetzten Gebieten!**

Es überrascht nicht, dass Cheneys Bemühungen, „befreundete“ muslimische Länder unter Druck zu setzen, nur wenig sichtbaren Erfolg hatten, wobei selbst loyale Partner der USA wie Mubaraks Ägypten, die saudische Monarchie und das NATO-Bollwerk Türkei gegen einen Angriff auf den Irak sind, weil sie befürchten, das würde den gesamten Nahen Osten destabilisieren. Auch wenn die europäischen Großmächte über Bushs jüngste „Friedens“bemühungen in Israel erfreut sind, sind sie, bis auf die den USA sklavisch ergebene Labour-Regierung von Blair in Britannien (der einzige europäische Zwischenstopp auf Cheneys Reise), ebenfalls gegen einen Einmarsch in den Irak.

Seit Ende des Golfkrieges 1991 haben die US-Imperialisten – auch die Clinton-Regierung der Demokratischen Partei – die irakische Bevölkerung unerbittlich mit Bomben- und Raketenangriffen unter Dauerbeschuss genommen. Ungefähr 1,5 Millionen Menschen, hauptsächlich Kinder und ältere Menschen, sind durch die 1990 unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen verhängte Hungerblockade umgekommen. Im letzten Jahr nutzte Washington sein Vetorecht im UN-Sicherheitsrat, um mindestens die Hälfte jener Lebensmittel- und Medikamentenimporte zu blockieren, die dem Irak gemäß der Bedingung „Öl gegen Lebensmittel“ unter den UN-Sanktionen gestattet waren.

Jetzt, in „Phase zwei“ ihres „globalen Kriegs gegen den Terrorismus“, beabsichtigt die Clique im Weißen Haus, den „Job zu Ende zu bringen“, den sie 1991 unter Bush Senior begonnen hatte, als sie Zehntausende Iraker abschlachtete. Laut Londoner *Guardian* (14. Februar) bereitet das Pentagon einen Bodenangriff mit bis zu 200 000 amerikanischen Soldaten vor. Ein gefügiges Regime in Bagdad zu installieren, wird nicht so einfach sein, wie die Taliban zu stürzen. Der gegen Saddam eingestellte Irakische Nationalkongress wird selbst von seinen amerikanischen CIA-Schirmherren als ein Haufen inkompetenter Versager ohne jegliche Unterstützung in der Bevölkerung abgetan. Aber mit oder ohne NATO-Unterstützung oder arabische „Koalition“-partner scheint Washington wild entschlossen zu sein, Sad-

dam Hussein zu vernichten.

Die internationale Arbeiterklasse hat ein lebenswichtiges Interesse an der **militärischen Verteidigung des Irak** angesichts eines amerikanischen Angriffs, ohne dem arbeiterfeindlichen Regime Saddam Husseins auch nur die geringste politische Unterstützung zu geben. Ein Sieg für den amerikanischen Militarismus irgendwo bedeutet weiteren Tod und Zerstörung überall auf der Welt und weiteres Elend für die arbeitende Bevölkerung und die Minderheiten in den USA. **Nieder mit der Hungerblockade! USA: Hände weg vom Irak!**

Nieder mit der „Nationalen Einheit“ der US-Imperialisten!

Die Bush-Bande gelangte nur mit einer Minderheit der abgegebenen Stimmen an die Macht, war aber dennoch entschlossen, die Armen in den Ghettos, die Einwanderer und die Arbeiterklasse abzuzocken und ihre Spießgesellen wie im Falle Enron zu bereichern. Auf internationaler Ebene wollten sie hauptsächlich den militärischen Druck auf die Volksrepublik China verstärken, um den Drang zur kapitalistischen Konterrevolution dort zu begünstigen. Aber mit dem Anschlag auf das World Trade Center – ein Akt wahllosen Terrors – erhielten Bush und seine Truppe einen nahezu uneingeschränkten Zugriff zur Macht. Auf einer Welle von Fahnen schwenkender „nationaler Einheit“, wie man sie seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen hat, erklärte die Regierung der Republikaner – mit Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Demokraten – einen unbegrenzten „Krieg gegen den Terror“ gegen alle vermeintlichen Feinde, setzte massive Angriffe auf bürgerliche Freiheiten im eigenen Land durch und schlug gegen das von den Taliban regierte Afghanistan los als „Phase eins“ ihres Krieges im Ausland.

Ihr leichter Sieg über das rückständige, verarmte Afghanistan regte den Appetit der Regierung auf weitere militärische Abenteuer an. Kaum eine Woche verstreicht ohne die Ankündigung einer weiteren Stationierung des amerikanischen Militärs, von den Philippinen über den Jemen bis hin zur früheren Sowjetrepublik Georgien. Jetzt will Washington weitere US-„Berater“ nach Kolumbien entsenden, während sich der seit Jahrzehnten dauernde Krieg zur Aufstandsbekämpfung durch militärische Todesschwadronen verschärft.

Im letzten Dezember verabschiedete der amerikanische Kongress – mit Unterstützung sowohl der Republikaner als auch der Demokraten – ein riesiges Paket von High-Tech-Waffen für das kapitalistische Taiwan, ein konterrevolutionärer Dolch, der gegen den deformierten Arbeiterstaat China und die Errungenschaften der Revolution von 1949 gerichtet ist (und die USA haben inzwischen oder planen eine militärische Präsenz in ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubliken an Chinas Westflanke). Gleichzeitig zerfetzte Bush einseitig den 30 Jahre alten ABM-Vertrag, der die Entwicklung von Raketenabwehrsystemen verbietet und ein Hindernis für die US-Pläne einer „nationalen Raketenabwehr“ war. Selbst wenn eine solche Raketenabwehr gebaut werden könnte, wäre sie nutzlos gegen einen massiven Atomangriff. Aber sie könnte eingesetzt werden, um ein relativ kleines Atomwaffenarsenal wie das von China im Fall eines atomaren Erstschlags der USA zu neutralisieren. Es ist kein Zufall, dass China zu den sieben Ländern gehört, die in der „Nuclear Posture Review“ als potenzielle Ziele aufgelistet werden. **Für die bedingungslose militärische Verteidigung von China sowie Nordkorea, Vietnam und Kuba gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution!**

In einem Kommentar zu den internationalen Protesten, auf die das Pentagon-Papier stieß, sprach die *New York Times* (11. März) davon, „das Udenkbare denkbar zu machen“. In den Köpfen von Amerikas imperialistischen

WORKERS VANGUARD

No U.S./UN/EU Intervention in the Near East!

Zionist Bloodbath in Jenin

Defend the Palestinian People!

U.S. Hands Off Israel!
Down With Zionist and Arab Bourgeois Rulers!
For a Socialist Federation of the Near East!



Abonniere jetzt!

Workers Vanguard zweiwöchentliche Zeitung der Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl. *Spartacist* (englische Ausgabe) und *Black History*

Luftpost € 25,-
Seepost € 10,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin
Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

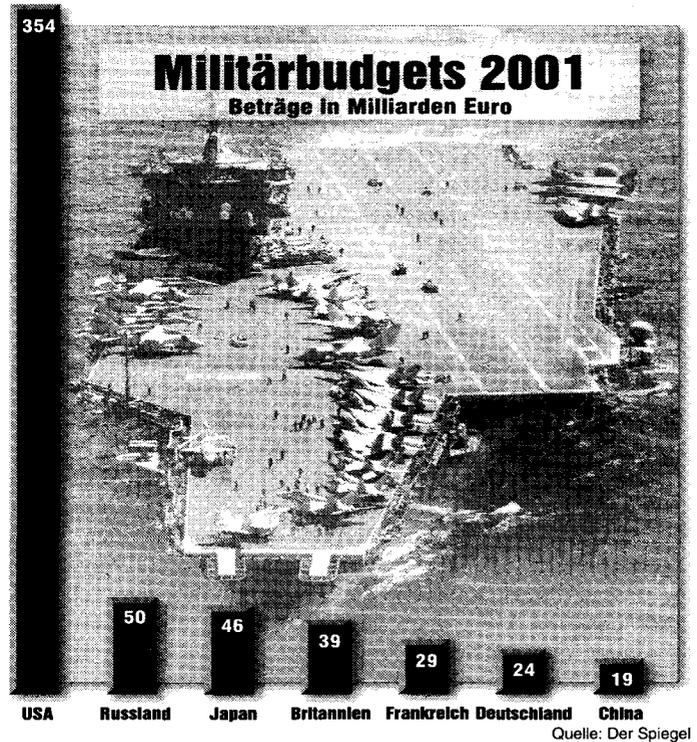
Herrschern – Demokraten wie Republikaner – ist ein Atomangriff von dem Moment an denkbar gewesen, als sie das erste Mal die Atombombe in die Finger kriegten. Die ersten beiden von den USA entwickelten Bomben wurden sofort eingesetzt, um 1945 die Bevölkerung von Hiroshima und Nagasaki einzuäschern. Washington hat wiederholt den Einsatz von Atomwaffen in Erwägung gezogen, gegen Nordkorea im Krieg 1950–53 und später gegen Vietnam in den 60er- und frühen 70er-Jahren, wie die kürzlich freigegebenen Tonbänder mit Richard Nixons Tiraden im Weißen Haus belegen. Die amerikanischen Herrscher hielt nur die Furcht vor einer atomaren Vergeltung durch die Sowjetunion zurück. Aber heute existiert die Sowjetunion nicht mehr, sie wurde durch die kapitalistische Konterrevolution 1991/92 zerstört.

Diese welthistorische Niederlage für das internationale Proletariat prägt die heutige Welt. Während Rivalitäten zwischen den kapitalistischen Großmächten nicht länger durch einen antisowjetischen Konsens unter Führung der USA im Zaum gehalten werden, haben die USA gleichzeitig ihre unangefochtene Vorherrschaft als „die einzige Supermacht der Welt“ geltend gemacht. In einem Leitartikel vom 12. März warnte die sich rational gebende *Times*, Bush würde die USA in einen „atomaren Schurken“ verwandeln, wenn er Staaten, die keine Atomwaffen haben, mit einem Atomangriff bedroht. Diese „Schurken“politik jedoch wurde bereits früher von Clintons Pentagon-Chef William Perry im Jahre 1996 formuliert. Geändert hat sich allerdings, dass die republikanische Regierung selbst auf die Augenwischerei eines „Multilateralismus“ verzichtet. Kein Wunder also, dass Bushs Tirade gegen „die Achse des Bösen“ einen Aufschrei nicht nur bei denen hervorgerufen hat, die deren Zielscheibe sind, sondern auch bei Washingtons NATO-Verbündeten. Selbst der „Soft Cop“ in der Bush-Regierung, Außenminister Colin Powell, warnte die Europäer, dass sie die „prinzipielle Führung“ des amerikanischen Kolosses zu akzeptieren hätten, egal was ihre Differenzen sind.

Der durch Bushs Rede signalisierte ungezügelter Militarismus beweist noch klarer als zuvor, dass der amerikanische Imperialismus wirklich der Hauptfeind der Völker der Welt ist. Die Spartacist League/U.S., amerikanische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, kämpft für die Schmiedung der revolutionären Arbeiterpartei, die notwendig ist, um die multirassische Arbeiterklasse in einer sozialistischen Revolution zu führen, die die kapitalistische Ordnung in der Bastion des Weltimperialismus hinwegfegt. Dieses Ziel inspirierte die auf der Mobilisierung der Arbeiterbewegung basierende Protestkundgebung in der San Francisco Bay Area am 9. Februar zur Verteidigung von Immigranten und gegen die Gesetze „USA-Patriot Act“ und „Maritime Security Act“. Wie der Spartacist-Sprecher erklärte:

„Dies ist der erste Versuch, die Macht der Arbeiterklasse unabhängig gegen ‚nationale Einheit‘ hier im Bauch der Bestie des amerikanischen Imperialismus zu mobilisieren...“

Die Angriffe gegen Immigranten und die Arbeiterklasse, von denen wir heute hier auf der Kundgebung sprechen, kann man nicht von den allgemeineren Zielen der herrschenden Klasse trennen. Der amerikanische Koloss, der mit der kriminellen Zerstörung des World Trade Centers am 11. September wie mit einem blutgetränkten Hemd herumfuchelt, hat gegen Afghanistan losgeschlagen, um seine unangefochtene Vorherrschaft als der atomare Cowboy der Welt geltend zu machen. Jetzt planen die amerikanischen Imperialisten ihre nächsten Schritte in einem ‚Krieg gegen den Terrorismus‘ ohne Ende, seien es nun Angriffe gegen den Irak, den Iran oder Nordkorea. Wir verteidigten Irak und dann Afghanistan, als sie von



der imperialistischen Kriegsmaschine angegriffen wurden, und wir werden dies wieder tun...

Indem wir gegen jede Ungerechtigkeit und gegen jede Unterdrückung kämpfen, haben wir von der Spartacist League das Ziel, der Arbeiterklasse als Ganzer ihre historischen Aufgaben bewusst zu machen: dieses ganze System von Gier, Ausbeutung und Krieg, was der Kapitalismus ist, zu Fall zu bringen.“

EU-Imperialisten: wirtschaftliche Riesen, militärische Zwerge

Auf einer Ebene spiegelte die europäische Empörung über Bushs Rede von der „Achse des Bösen“ den wachsenden Interessenkonflikt zwischen den USA und den Staaten der Europäischen Union (EU) im Persischen Golf und im Nahen Osten wider. Selbst in der Zeit des Kalten Krieges versuchten die europäischen Bourgeoisien, sich eigene Klientenstaaten in der ölreichen Golfregion zu erschließen. Vor dem Krieg von 1991 trieb Frankreich einen blühenden Waffen-gegen-Erdöl-Handel mit Saddam Husseins Irak. In den letzten Jahren hat Frankreich immer wieder dafür gestimmt, das UN-Embargo aufzuweichen, und hat seinen Handel mit dem Irak ausgeweitet – in den durch die Sanktionen festgelegten Grenzen und, was noch wesentlicher ist, im Rahmen dessen, was die USA tolerieren. Die französische Ölgesellschaft TotalFinaElf verhandelt auch bereits mit Bagdad über Investitionen in den riesigen Ölfeldern von Majnoon und Nahr bin Omar.

Die europäischen Kapitalisten haben auch ein starkes Interesse an Investitionen im Iran, einem weiteren ölreichen Land. Seit dem Sturz des von den USA unterstützten Schahs durch die „islamische Revolution“ 1979 und der anschließenden „Geiselkrise“ unterhält Washington nicht einmal formale diplomatische Beziehungen zum Iran. Währenddessen verfolgt die EU eine Politik des „konstruktiven Engagements“ und versucht vor allem, den „gemäßigten“ Flügel der islamischen Theokratie um Präsident Mohammad Chatami zu fördern. Bushs Rede von der „Achse des Bösen“ war natürlich ganz das Gegenteil von einem „konstruktiven Engagement“. Selbst der im Allgemeinen pro-amerikanische Londoner *Economist* (9. Februar) tadelte Bush dafür, dass er „die Dinge schwieriger“ für Chatami mache und stattdessen „iranische Hardliner“ stärke.

Fortgesetzt auf Seite 12

Achse...

Fortsetzung von Seite 11

Aber es waren nicht allein Differenzen über Iran oder Irak, die bei den Wortführern aller Teile des europäischen politischen Spektrums den Sturm der Entrüstung über Bushs Rede auslösten. Der deutsche Grüne Joschka Fischer, Außenminister unter dem sozialdemokratischen Kanzler Gerhard Schröder (SPD), erklärte wütend: „Bündnispartner sind nicht Satelliten“, womit er auf die Linie des Kalten Krieges zurückgriff, dass die deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas bloße „Satellitenstaaten“ der Sowjetunion gewesen seien. Der rechte französische Präsident Jacques Chirac bevorzugte eine Analogie aus der Zeit des Feudalismus und beschuldigte Washington, seine NATO-Partner wie „Vasallenstaaten“ zu behandeln. Selbst der britische Konservative Chris Patten, zur Zeit EU-Kommissar für auswärtige Angelegenheiten, warnte Washington vor „gefährlichen Instinkten“, wozu auch die Vorstellung gehöre, dass „Alliierte vielleicht als Sonderzubehör nützlich sind, aber dass die USA groß genug sind, um ohne sie auszukommen, falls notwendig“.

Das wichtige deutsche Wochenmagazin *Der Spiegel* (18. Februar) verzichtete auf derartigen diplomatischen Sprachgebrauch und veröffentlichte auf seiner Titelseite eine Karikatur „Die Bush-Krieger“. Ein Artikel „Die Herren der Welt“ schimpfte: „Nicht einmal ein halbes Jahr, nachdem Westeuropas Politiker und Medien täglich verkündeten, nun seien wir alle Amerikaner, zeigt sich: Die vielgerühmte Wandlung des US-Präsidenten von einem belächelten Hilfssheriff zum Team Player ... ist pures Wunschdenken gewesen.“ *Der Spiegel* zog gegen das „imperiale Amerika“ zu Felde, das erneut „die alte Arroganz der Großmacht an den Tag“ legt, und warnte: „Rambo hat wieder Ausgang.“ Der Artikel wetterte, dass aus Sicht des Pentagon-Chefs Donald Rumsfeld „Krieg, im Zweifelsfall auch mit Atomwaffen, im 21. Jahrhundert ein selbstverständliches Mittel amerikanischer Außenpolitik bleibe“. Der Artikel schließt mit der spitzen Bemerkung: „Das wichtigste Argument, das die Amerikaner für ihr martialisches Auftreten anführen können, ist ihre unantastbare militärische Überlegenheit.“

Der kriegerische „Unilateralismus“ der Bush-Regierung zeigt auf drastische Weise, dass die europäischen Imperialisten ihren eigenen nationalen Ambitionen nicht nachjagen können, wenn diese mit US-Interessen irgendwo auf der Welt in Konflikt geraten, solange sie relativ gesehen wirtschaftliche Riesen, aber militärische Zwerge bleiben. Ihnen mögen die Strafzölle auf Stahlimporte, die Bush eben erst in Verletzung internationaler Abkommen verhängt hat, nicht gefallen, aber es gibt wenig, was sie dagegen tun könnten, außer sich zu beschweren und mit wirtschaftlichen Vergeltungsmaßnahmen zu drohen. *Der Spiegel* mag der Meinung sein, dass als Antwort auf die Provokationen Washingtons „die Europäer eine gemeinsame Stimme“ fanden. Aber die Bildung eines europäischen „Superstaats“ als Gegengewicht zu den USA wird, wie schon immer, durch die Spaltung Europas in rivalisierende und potenziell miteinander verfeindete kapitalistische Nationalstaaten blockiert. Trotz der Einführung des Euro und eines gewissen Grades an wirtschaftlicher Integration bleibt der Kern der Staatsmacht, das Militär, streng national, nicht gesamteuropäisch.

In der „Grundsatzklärung und einige Elemente des Programms“ der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) stellen wir fest: „Betrachtet man rückblickend die Periode vor dem Ersten Weltkrieg, so weist die heutige ‚Welt nach dem Kalten Krieg‘ eine Menge Parallelen auf“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998). In allgemeiner politischer Hinsicht ist dies richtig: Der sowjetische Arbeiterstaat,

der aus der Oktoberrevolution von 1917 hervorging, der ersten proletarischen Revolution in der Geschichte, existiert nicht mehr, während die Rivalitäten zwischen den wichtigsten kapitalistischen Ländern immer mehr zutage treten.

Aber auf der militärischen Ebene unterscheiden sich die Beziehungen zwischen den konkurrierenden Imperialisten erheblich von denen vor dem Ersten oder dem Zweiten Weltkrieg. Obwohl Britannien und Frankreich bereits über beträchtliche Atomwaffenarsenale verfügen und Deutschland und die übrigen Länder sich in Kürze ihr eigenes zusammenstellen könnten, ist die Kluft zwischen diesen Ländern und den USA gewaltig. So bemerkte der britische Linkliberale Seumas Milne im Londoner *Guardian* (14. Februar) in Bezug auf Bushs Wunsch nach Erhöhung des diesjährigen US-Militärbudgets um 48 Milliarden Dollar: „Die jüngsten Erhöhungen werden die Militärausgaben auf 40 Prozent der weltweiten Gesamtausgaben bringen, größer als die Rüstungsbudgets der nächsten 19 Staaten zusammengekommen. Kein früheres militärisches Reich – vom Römischen bis zum Britischen – hatte ein derartiges Übergewicht, von Amerikas globaler Reichweite ganz zu schweigen.“

Bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts sagte der scharfsinnige französische Intellektuelle Alexis de Tocqueville voraus, dass die USA – aufgrund ihrer Größe, ihrer Naturschätze und ihrer wirtschaftlichen Dynamik – eines Tages Europa überholen würden. Gegen Ende des Ersten Weltkrieges hatte die Wall Street die Londoner City als Finanzzentrum der Welt ersetzt, als die europäischen Imperialisten durch das vierjährige Gemetzel wirtschaftlich und militärisch erschöpft waren. Mitte der 20er-Jahre wies Leo Trotzki, gemeinsam mit W.I. Lenin Führer der bolschewistischen Revolution, auf den Aufstieg des amerikanischen Imperialismus hin:

„Das amerikanische Kapital will sich eine exponierte Stellung schaffen, es will einen amerikanischen imperialistischen Absolutismus auf unserem Planeten verwirklichen – das ist sein Ziel. Was soll es mit Europa anfangen? Man sagt, es will in Europa den Frieden schaffen. Wie? Unter seiner Hegemonie. Und das bedeutet? Das bedeutet, dass man Europa gestatten will, innerhalb bestimmter, im vornhinein festgesetzter Grenzen zu gesunden, wozu Europa bestimmte, fest umrissene Parzellen des Weltmarktes eingeräumt werden.“ („Aussichten der Weltentwicklung“ [1924], abgedruckt in *Europa und Amerika*)

Aber die wachsende wirtschaftliche Vormachtstellung des US-Imperialismus ging noch nicht einher mit einer militärischen Vorherrschaft. Die Konferenz von Washington 1921, einer von mehreren „Abrüstungs“gipfeln in jenem Jahrzehnt, setzte für die Zahl der Schlachtschiffe, die die USA, Britannien und Japan jeweils besitzen durften, das Verhältnis 5:5:3 fest. In den Jahren 1933–38 betrug die gesamten Militärausgaben der USA weniger als die Hälfte von denen Hitlerdeutschlands und waren ungefähr vergleichbar mit denen von Japan, Britannien oder Frankreich. Aber Washingtons Militärbudget hatte gegen Ende des Zweiten Weltkriegs astronomische Höhen erreicht. Während Deutschland und Japan in Trümmern lagen und Britannien und Frankreich qualitativ geschwächt waren, gingen die USA aus dem Krieg als die hegemoniale imperialistische Macht hervor, sowohl in militärischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. In den nächsten 45 Jahren wurde ihre Vorherrschaft nur durch die Existenz des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates in Frage gestellt. Trotz der durch den Naziüberfall angerichteten Verwüstung – und der Misswirtschaft der parasitären Kreml-Bürokratie – zeigte der Sieg der UdSSR über Nazideutschland und bald darauf die Entwicklung eines eigenen Atomwaffenarsenals, das den US-Imperialismus in Schach halten konnte, die enorme Macht der geplanten kollektivierten Wirtschaft.

Bis zu den 70er-Jahren verlor der amerikanische Kapi-

talismus, geschwächt durch den verlorenen Krieg in Vietnam und angesichts des industriellen Wiederaufstiegs von Westdeutschland und Japan, seine überwältigende wirtschaftliche Dominanz. Aber Westdeutschland und die anderen imperialistischen Mächte akzeptierten die amerikanische Führung in ihrem gemeinsamen Kreuzzug zur Zerstörung der Sowjetunion.

Heute haben die kapitalistischen Herrscher des nachsowjetischen Russlands ihre eigenen imperialistischen Ambitionen, selbst wenn sie jetzt noch nicht in der Lage sind, sie zu verwirklichen. Wenn Deutschland ein Ungleichgewicht zwischen seinem wirtschaftlichen Gewicht und seiner militärischen Schwäche aufweist, so hat Russland das umgekehrte Ungleichgewicht. Sollten diese beiden Länder ein Bündnis schmieden, bei dem Deutschlands finanzielle und technologische Ressourcen mit Russlands immer noch gewaltigen Atomwaffenarsenal vereinigt werden, würde ein solches Bündnis das globale Machtgleichgewicht schnell verändern.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Unter den arbeitenden Menschen in Europa gibt es gegenüber dem amerikanischen Militarismus aufrichtige und wohl begründete Gefühle des Hasses und der Furcht: die Angst, das Arsenal des Todes und der Zerstörung in den Händen des Pentagons werde nicht nur gegen Länder der Dritten Welt wie Irak und Iran eingesetzt, sondern irgendwann auch gegen Europa. Aber wenn die Gegnerschaft zum amerikanischen Militarismus nicht zum *proletarischen Internationalismus* hingelenkt wird, führt sie unweigerlich dazu, die Stärkung der militärischen Macht und der globalen Rolle des „eigenen“ kapitalistischen Staates zu unterstützen.

Während des Ersten Weltkrieges appellierten die deutsche herrschende Klasse und ihre sozialdemokratischen Handlanger an die tief verwurzelte Feindschaft der deutschen Arbeiterklasse gegen die russische zaristische Selbstherrschaft, die historisch betrachtet der Gendarm der europäischen Reaktion war. Die französische herrschende Klasse wiederum und ihre sozialdemokratischen Mietlinge appellierten an die Feindschaft der französischen Werktätigen gegenüber dem kaiserlichen und militaristischen Deutschland, wobei sie den „demokratischeren“ Charakter der französischen Republik dem Kaiserreich entgegenstellten. Gegen die sozialdemokratischen Klassenverräter erhob der große deutsche revolutionäre Sozialist Karl Liebknecht die Losung: Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Heute ist es notwendig erneut zu betonen, dass der Kampf gegen Militarismus und imperialistischen Krieg *in allererster Linie ein Kampf für die proletarische Revolution gegen die eigene imperialistische Bourgeoisie* ist.

Es sind die Sozialdemokraten, die gegenwärtig in einem Großteil Westeuropas die imperialistische Herrschaft organisieren. Und die Linie der diversen selbst ernannten „revolutionären“, „marxistischen“ oder „trotzkistischen“ Organisationen, die sie unterstützen, lautet, dass die amerikanische und *nur* die amerikanische Bourgeoisie der Feind ist. Sie stellen die europäischen Bourgeoisien – wenn auch nicht immer explizit, sondern durch das, was sie nicht sagen – im Gegensatz zu den verrückten Kriegstreibern in Washington als „friedliebend“ hin.

So hat die französische Ligue communiste révolutionnaire (LCR) kürzlich Demonstrationen in Paris und Brüssel organisiert mit der Forderung nach einer „internationalen Friedens- und Schutztruppe“ zur Verteidigung der Palästinenser, und schon vorher forderte sie „einen politischen Kampf, der sich an die Europäische Union und die franzö-

sische Regierung richtet, damit diese auf die Forderungen der palästinensischen nationalen Bewegung positiv reagieren“ (*Rouge*, 7. Dezember 2000). Eine der anderen Gruppen, die für die proimperialistische Demonstration in Paris mobilisierten, war Lutte Ouvrière (LO), die im vergangenen Jahr einen Appell an Frankreich und die EU unterzeichnete, im Nahen Osten zu intervenieren. Ein Artikel in *Lutte Ouvrière* (25. Januar), der Washingtons Unterstützung für den zionistischen Staatsterror verurteilt, erwähnt nicht einmal den französischen Imperialismus.

Unsere Genossen der Ligue trotskyste de France sind gegen Aufrufe zu militärischen Interventionen der französischen Bourgeoisie, den früheren Kolonialherren im Nahen Osten und Nordafrika und brutalen Unterdrückern der großen maghrebinischen Minderheit in Frankreich, aufgetreten. In ganz Europa haben Sektionen der IKL hervorgehoben, dass das multiethnische Proletariat gegen die gesteigerten immigrantenfeindlichen Repressionsmaßnahmen, die im Namen des „Krieges gegen den Terrorismus“ durchgeführt werden, mobilisiert werden muss. Mit ihren Angriffen gegen Immigranten bereiten die kapitalistischen Regierungen einen Generalangriff auf die gesamte Arbeiterbewegung vor. In den USA sitzen Hunderte von Immigranten aus dem Nahen Osten und andere, die nach dem 11. September willkürlich verhaftet wurden, immer noch im



kein Bildnachweis

Die internationale Arbeiterklasse wird die Opfer des Holocaust rächen. Der deutsche Imperialismus ist wie sein amerikanischer Rivale Feind der Arbeiter und Unterdrückten

Gefängnis. Die auf der Mobilisierung der Arbeiterbewegung basierende Demonstration vom 9. Februar in Oakland zur Verteidigung von Immigranten hatte eine besondere Auswirkung auf militante Arbeiter und Kämpfer für Minderheitenrechte in Europa, indem sie die Notwendigkeit von proletarischem Internationalismus betonte und die Lüge widerlegte, die amerikanische Arbeiterklasse sei mit ihren „eigenen“ imperialistischen Herrschern einer Meinung.

Während die französischen Cliff-Anhänger lauthals tönten: „Die wirkliche Unsicherheit in der Welt: Das US-Militärbudget von 396 Milliarden Dollar“, verurteilten sie wenigstens die Präsenz französischer Truppen in Afghanistan (*L'Étincelle*, März 2002). Ihre britischen Gesinnungsfreunde, die Socialist Workers Party (SWP), brachten auf der Titelseite einen Artikel mit einem Foto von Bush und mit der schreierischen Schlagzeile in großen Lettern: „Der Verrückte bereitet sich wieder aufs Töten vor“ (*Socialist Worker*, 16. Februar). Obwohl sie „Bushs und Blairs Krieg in

Fortgesetzt auf Seite 14

Achse...

Fortsetzung von Seite 13

Afghanistan“ verurteilen, steht ihr Hauptfeind eindeutig nicht im eigenen Land, wie man in einer folgenden Ausgabe (2. März) sehen kann, wo sie fragen: „Können wir das US-Reich des Bösen besiegen?“ In diesem Punkt scheinen sich die deutschen Cliff-Anhänger sicherer zu sein und stellen in ihrer Zeitung *Linksruck* (4. März) stattdessen die Frage: „Wie können wir die USA stoppen?“

Ihre Antwort besteht eindeutig darin, die europäischen Imperialisten gegen die Bourgeoisie der Hiroshima-Bombe zu unterstützen. Tatsächlich hat die Gruppe *Linksruck* gemeinsam mit dem SPD-„Linken“ Oskar Lafontaine und anderen eine ursprünglich in der *Frankfurter Rundschau* (9. Februar) veröffentlichten Erklärung unterzeichnet, in der es heißt:

„Deutschland und die anderen EU-Staaten haben allen Grund, militärischem Größenwahn und Weltherrschafsvorstellungen eine Absage zu erteilen, die in unserer komplexen Welt nur mehr Unsicherheit und menschliches Leid bringen können. Statt sich an den von Bush angekündigten weltweiten Kriegen zu beteiligen und hierfür aufzurüsten, soll sich die EU als bedeutende politische Kraft der Lösung von Konflikten mit friedlichen zivilen Mitteln widmen und Zusammenarbeit fördern. Deutschland kann bei einer solchen Politik eine wichtige Rolle spielen.“

Ein derart krasser Sozialchauvinismus hätte wahrscheinlich selbst den Renegaten Karl Kautsky erleichen lassen. Durch ihre Befürwortung einer größeren internationalen Rolle für die Bourgeoisie von Auschwitz (als einer Kraft für den Frieden!) arbeitet *Linksruck* der Kampagne für eine militärische Wiederaufrüstung Deutschlands in die Hände. Zur Entlarvung von Kautskys vergleichsweise milden Aufrufen zu einem friedlichen „Ultra-Imperialismus“ schrieb Lenin in seiner 1916 verfassten Schrift *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*:

„Denn unter dem Kapitalismus ist für die Aufteilung der Interessen- und Einflußsphären, der Kolonien usw. eine andere Grundlage als die *Stärke* der daran Beteiligten, ihre allgemeinwirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke, *nicht* denkbar...“

Friedliche Bündnisse bereiten Kriege vor und wachsen ihrerseits aus Kriegen hervor...“

So oder so werden die Bourgeoisien Deutschlands, Japans und der anderen imperialistischen Länder darangehen, ihre militärischen Kapazitäten zu erweitern, um ihren Interessen und Appetiten im Ausland nachzugehen. In den letzten Jahren hat Deutschland wichtige Maßnahmen ergriffen, um eine regionale militärische Rolle zu übernehmen, hat das Grundgesetz geändert, um Auslandseinsätze der Bundeswehr zuzulassen, und Kampftruppen auf den Balkan geschickt. „Das deutsche Militär weiß, was zu tun ist“, wird eine Strategin in einem Artikel der *New York Times* (16. März) über „Europas militärische Lücke“ zitiert. „Aber“, fährt sie fort, „man hat nicht genügend Geld, um es auch zu tun“. Die deutsche und die anderen europäischen Bourgeoisien wissen, woher man das Geld kriegt – aus den Taschen der arbeitenden Menschen –, aber dazu muss man den Widerstand der organisierten Arbeiterbewegung brechen. Und die „friedliebenden“ Schmeicheleien der Cliff-Anhänger, der LCR, von LO usw. helfen dabei, den Weg dorthin zu ebnen.

Klassenkampf in Europa

Der Versuch der Pseudolinken, ihre imperialistischen Regierungen als humaner und zivilisierter hinzustellen, ist besonders kriminell zu einer Zeit, wo die sozialdemokratischen Herrscher von Deutschland, Frankreich und Britannien (wie auch die rechtsgerichtete Berlusconi-Regierung in Italien)

mit zunehmender Unzufriedenheit in der Arbeiterklasse konfrontiert sind, was auf eine neue Welle militanter Arbeiterkämpfe hindeutet. In Frankreich wurde der Führer der Kommunistischen Partei, Robert Hue, am 14. März in Paris auf einer Kundgebung von 20 000 Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes wegen der Beteiligung seiner Partei an der Regierung, die den Arbeitern die Renten stiehlt, Fabriken schließt und Sozialleistungen kürzt, ausgebuht und davongejagt. In Britannien hat es in den letzten paar Monaten die bedeutendsten Streiks gegeben, seit die Labour Party 1996 an die Macht kam. Im Januar legten 40 000 Bedienstete der Sozialämter für zwei Tage die Arbeit nieder, und eine Reihe kurzer Eisenbahnerstreiks legten den Pendlerverkehr von und nach London wirksam lahm. Weitere Arbeitsniederlegungen in den nächsten Monaten haben die Gewerkschaften der Eisenbahner, Briefzusteller, Lehrer und des Öffentlichen Dienstes angedroht. Der Labour-Regierung schlugen Schmähungen und Misstrauen entgegen, wobei die Arbeiter besonders wütend darüber sind, dass Blair wie eine Dampfwalze seine „Reform“ von Britanniens heruntergekommenem Öffentlichen Dienst durchpeitscht – im Verkehrs- und Bildungswesen und beim Nationalen Gesundheitsdienst –, was weitere Privatisierungen und Angriffe auf die Gewerkschaften bedeutet. Führende Gewerkschaftsfunktionäre vergleichen Blair jetzt mit der verhassten Gewerkschaftsfeindin Margaret Thatcher, und eine Reihe von Gewerkschaften haben ihre finanzielle Unterstützung an die Labour Party gekürzt oder zurückgehalten.

Die jüngsten Entwicklungen in Deutschland ähneln denen in Britannien: eine gestiegene gewerkschaftliche Kampfbereitschaft, wachsendes Misstrauen bei der Arbeiterklasse in die SPD-geführte Regierung; zunehmender Widerstand gegen die Unterstützung der Regierung für Washingtons „Krieg gegen den Terrorismus“. Als die riesige Metallarbeiter-Gewerkschaft IG Metall (Auto usw.) im letzten Herbst zur Beendigung der Bombardierung in Afghanistan aufrief, warnte Schröder sie arrogant, doch erfolglos: „Lasst die Finger von der Außenpolitik.“ Jetzt, wo die Arbeiter bereit sind, für eine größere Lohnerhöhung als die von den Gewerkschaftsspitzen geforderten 6,5 Prozent zu kämpfen, forderte eine Resolution von Vertrauensleuten des riesigen Siemens-Konzerns die IG-Metall-Bürokratie heraus: „Wie lange wollen sich die Mitglieder einen Vorstand leisten, der hinter ihren Erwartungen bleibt?“

Michael Sommer, der vorgeschlagen ist, im Mai neuer DGB-Chef zu werden, warnte die Regierung vor der „explosiven Stimmung an der Basis“. Am 29. Januar traten mehrere tausend Werftarbeiter in den Streik und verlangten die gleiche Bezahlung für die Arbeiter wie für die Angestellten. Zwei Wochen später streikten Arbeiter der GM-Opel-Fabrik in Bochum gegen Arbeitsplatzabbau durch „Rationalisierung“. In Halle/Ammendorf in Ostdeutschland besetzten die Arbeiter des Bombardier-Waggonwerks den Betrieb, um gegen die drohende Schließung vorzugehen, wobei andere Arbeiter sich ihnen anschlossen. Hamburger Hafearbeiter haben gegen eine weitere Privatisierung des Hafens protestiert. In Berlin protestieren fast täglich Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes gegen die massiven Angriffe der neuen Koalitionsregierung aus SPD und der „links“-sozialdemokratischen PDS.

Italien wird durch eine Welle von Streiks und Massenprotesten gegen den Krieg in Afghanistan, zur Verteidigung von Immigranten und gegen Angriffe auf die Gewerkschaften erschüttert. Am 9. März demonstrierten in Rom etwa 100 000 in Solidarität mit den Palästinensern. Eine Woche zuvor hatte es eine Demonstration in Neapel unter der Losung „Staatsbürgerrechte für alle“ gegeben und die Woche davor eine riesige Protestveranstaltung in Brescia, an der viele eingewanderte Arbeiter teilnahmen. Der Gewerk-

schaftsbund CGIL hat für April zu einem Generalstreik gegen die Regierungsangriffe auf bestehende Arbeitsrechtsbestimmungen, einschließlich des Rechts auf Schutz vor willkürlicher Entlassung, aufgerufen. Die Führer der Gewerkschaftsverbände CSIL und UIL haben den Generalstreikaufruf auch unterstützt, nachdem ihre anfängliche Weigerung zu einem Proteststreik geführt hatte, an dem sich allein in der Provinz Turin 10 000 Arbeiter beteiligten.

Die Gewerkschaftsführer und „linke“ Sozialdemokraten wie die britische Socialist Alliance (zu der auch die SWP gehört), die PDS in Deutschland und Rifondazione Comunista in Italien werden bei dem Versuch, mit der wachsenden Militanz der Arbeiter mitzuhalten, ihre Rhetorik anpassen, aber nur, um die Kämpfe des Proletariats unter Kontrolle zu bringen und sie in den Grenzen des bürgerlichen Parlamentarismus zu halten. Der gegenwärtige Aufschwung des Klassenkampfes bietet eine Gelegenheit für Marxisten, die dafür kämpfen, Arbeiter von ihren prokapitalistischen Irreführern zu brechen und sie für eine revolutionäre, internationalistische Arbeiterpartei zu gewinnen. Das erfordert einen scharfen Kampf gegen die Illusionen, die von den pseudorevolutionären Anhängseln der Sozialdemokratie geschürt werden, wonach der Imperialismus „friedlich“ gemacht werden könne und eine neue „linke“ Regierung an der Spitze des kapitalistischen Staates die Hoffnungen der Arbeiterklasse irgendwie erfüllen werde.

Für Arbeiterrevolution gegen den US-Imperialismus!

In den USA, wo es keine sozialdemokratische Massenpartei gibt, drückt sich das Vertrauen der Pseudolinken in ihre „eigene“ Bourgeoisie so aus, dass man versucht die Demokratische Partei unter Druck zu setzen, um den US-Imperialismus „gerechter“ zu machen. Die Hauptforderung einer für den 20. April in Washington, D.C., geplanten Antikriegsdemonstration, unterstützt von einem Haufen reformistischer Gruppen wie der International Socialist Organization (ISO), der Socialist Workers Organization und der Young Communist League, bittet um „eine US-Außenpolitik, die auf sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit basiert und nicht auf der Unterdrückung durch Militär und Konzerne.“ Die Internationale ANSWER-Koalition, die von der stalinoide Workers World Party (WWP) gegründet wurde, fordert auf ähnliche Weise (von George W. Bush und keinem Geringeren) „Geld für Arbeitsplätze und Ausbildung, nicht für Krieg!“ Die WWP und ISO erwähnen hin und wieder die Unterstützung der Demokraten für die Kriegsmaschine, aber sie verbannen das in das Kleingedruckte, während ihre Schlagzeilen über *Bushs* Krieg zetern.

Zwar ist das Niveau an sozialen Kämpfen in den USA gegenwärtig weit niedriger als in Westeuropa, doch gab es selbst während der hochgradig chauvinistischen Hysterie nach dem 11. September eine Anzahl von Streiks im ganzen Land. Und sobald die von den USA unterstützten afghanischen Kriegsherren der Nordallianz Kabul eingenommen hatten, ersetzte der Enron-Skandal den „Krieg gegen den Terrorismus“ als das Hauptthema der Nachrichten. Zu der Faszination der amerikanischen Öffentlichkeit über die Missetaten des Kenneth Lay und seiner Komplizen beim Unternehmensbetrug trug das Elend bei, das die Rezession der Wirtschaft angerichtet hat. Eine Meinungsumfrage in der Woche vor Bushs Rede zur Lage der Nation zeigte, dass der Wirtschaft im Moment die Hauptsorge gilt. Einer der Befragten, ein Verkäufer für Wohnungseinrichtungen, der jetzt im Ruhestand ist, sagte: „Jeder hielt in den ersten ein oder zwei Monaten die Fahne hoch. Aber wenn du nicht versichert bist und nicht zum Arzt gehen kannst, ist der Krieg ziemlich weit weg“ (*New York Times*, 27. Januar).

Der Schlüssel zur Entfesselung des Arbeiterkampfes in



Anja Niedringhaus/dpa

Bundeswehrtruppe in Kabul, Afghanistan. Unten: Spartakisten auf Anti-Kriegsdemo am 6. Oktober in Berlin. Bundeswehr, NATO, UNO, OSZE – raus aus dem Balkan und Afghanistan!



Spartakist

diesem Lande liegt darin, die klassenversöhnlerische „Nationale Einheit“ zu zerbrechen, die von der Bourgeoisie und ihren Arbeiterleutnants in der AFL-CIO-Bürokratie propagiert wird. Und das bedeutet zuallererst, die von den Gewerkschaftsführern und den schwarzen Politikern geschmiedeten Ketten zu zerbrechen, die das Proletariat und die Ghettomassen an das „kleinere Übel“ der Demokratischen Partei des amerikanischen Imperialismus binden. Wenn es ein Ende der imperialistischen Kriege, der rassistischen Unterdrückung und des allseitigen, zermürbenden Elends geben soll, muss die multirassische Arbeiterklasse der USA durch marxistische Erziehung und ihre eigene Erfahrung im Kampf dazu gewonnen werden, für eine revolutionäre Arbeiterpartei zu kämpfen. Das ist unsere Perspektive, und von ihrem Erfolg hängt das Schicksal der gesamten Welt ab. Wie wir in der Grundsatzklärung der IKL schrieben:

„Der Weg vorwärts für die gesamte Menschheit besteht darin, daß die gegenwärtig geringen Kräfte, die am revolutionären Programm Lenins und Trotzki festhalten, Parteien schmieden, die über die Erfahrung, Willenskraft und Autorität bei den Massen verfügen, um erfolgreiche proletarische Revolutionen zu führen. Doch während wir danach streben, dieses Programm bei den Arbeitern und Unterdrückten aller Länder zur Geltung zu bringen, müssen wir feststellen, dass die Technologie eines atomaren Holocausts im Besitz einer irrationalen imperialistischen herrschenden Klasse die Möglichkeit verringert: Wir haben nicht allzu viel Zeit.“

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 777, 22. März 2002

Klassenkampf und revolutionäre Führung

Minneapolis 1934: ein siegreicher Streik



Minnesota Historical Society

„Battle of deputies run“ in Minneapolis, Mai 1934: Kontingente der Teamsters (Fernfahrergewerkschaft) konfrontieren Polizeiketten

Nachfolgend drucken wir ausführliche Auszüge aus einer Präsentation, die James P. Cannon, Führer und Begründer des amerikanischen Trotzismus, 1942 im Rahmen einer internen Schulung gab. Die Rede wurde unter dem Titel „Die großen Streiks von Minneapolis“ in dem Band *The History of American Trotskyism* [Geschichte des amerikanischen Trotzismus], eine Zusammenstellung von Reden James P. Cannons, 1972 von Pathfinder Press veröffentlicht.

Die Lehren dieses Textes sind reichhaltig – Lehren, die zeigen, wie man einen Streik gewinnt. In Minneapolis gewannen die Arbeiter des Transportgewerbes unter der Führung der Trotzisten zwei aufeinander folgende Streiks, im Mai 1934 und im Juli/August des gleichen Jahres. Nach fünf Wochen eines erbitterten Kampfes – in dem zwei Arbeiter getötet und viele Dutzende verletzt wurden, die meisten durch Schüsse – erzwangen die Streikenden die Durchsetzung ihrer Hauptforderungen, einschließlich der Anerkennung ihrer Gewerkschaft. Auf diese Streiks, die eine enorme Auswirkung auf die gesamte amerikanische Arbeiterklasse hatten, folgte eine neue Welle von Streiks, wuchtig wie nie zuvor, die durch das ganze Land fegte und den riesigen und mächtigen Industriegewerkschaftsverband Congress of Industrial Organizations (CIO) hervorbrachte.

Die Bourgeoisie hat den Führern der Streiks von Minneapolis nie vergeben. Jahrelang versuchten die Bosse ohne Erfolg, die Industriegewerkschaft der Teamster (Lastwagenfahrer) zu zerstören. Schließlich, zu Beginn des Zweiten Weltkriegs, warf US-Präsident Roosevelt die für den Streik

Verantwortlichen der trotzkistischen Socialist Workers Party (SWP) und der klassenkämpferischen Gewerkschafter ins Gefängnis – die 18 von Minneapolis. Sie wurden verfolgt, weil sie sich mutig gegen den imperialistischen Krieg stellten. Cannon spricht in seiner Rede von der „Liga“; dies war eine Vorläuferin der SWP, die Communist League of America. Während des gesamten Zweiten Weltkriegs hielt die damals revolutionäre SWP ihre internationalistische Position aufrecht: revolutionärer Defätismus sowohl gegen den deutschen Imperialismus als auch gegen die „demokratischen“ Alliierten und Verteidigung der Sowjetunion gegen die faschistische Aggression.

Welch große Bedeutung die Verteidigung des degenerierten Arbeiterstaats UdSSR hatte und wie untrennbar dies mit der Situation der Arbeiter überall auf

der Welt verbunden ist, zeigt sich eindringlich heute, zehn Jahre nach den Konterrevolutionen, die die UdSSR, die DDR und die anderen deformierten Arbeiterstaaten des Ostblocks zerstörten. Nach dem Wegfall des „Konkurrenzsystems“ greift der deutsche Imperialismus, um seine Weltmachtambitionen zu finanzieren, auf breiter Front die Arbeiter an; erkämpfte Sozialleistungen sollen zerschlagen, die Löhne in den Keller gedrückt werden. Wut und Kampfbereitschaft in der Arbeiterklasse gibt es heute ebenso wie 1934 in Minneapolis – damals machte die revolutionäre, klassenkämpferische Führung der Streiks den entscheidenden Unterschied aus. Ebenso erfordert heute ein siegreicher Streik – etwa von den in der mächtigen IG Metall organisierten multiethnischen Arbeitern gegen die Angriffe von Bossen und Regierung – eine Führung, die sich frontal gegen die Politik der Klassenzusammenarbeit stellt, gegen SPD und PDS und die mit diesen Parteien zutiefst verflochtenen verräterischen Gewerkschaftsbürokraten.

Die großen Streiks von Minneapolis

Das Jahr 1933, das vierte Jahr der großen amerikanischen Krise, markierte den Beginn des größten Erwachens der amerikanischen Arbeiter und ihrer Bewegung hin zur gewerkschaftlichen Organisation in einem Ausmaß, das es in der amerikanischen Geschichte nie zuvor gegeben hatte. Das war der Hintergrund aller Entwicklungen innerhalb der verschiedenen politischen Parteien, Gruppen und Tendenzen. Diese Bewegung der amerikanischen Arbeiter nahm

die Form einer gewaltigen Offensive an, aus ihrer atomisierten Lage auszubrechen und den Bossen mit der organisierten Macht der Gewerkschaftsbewegung entgegenzutreten.

Diese grandiose Bewegung entwickelte sich in Wellen. Im ersten Jahr der Roosevelt-Regierung gab es die erste Streikwelle von beträchtlicher Größe, aber mit nur dürftigen Ergebnissen hinsichtlich der Organisierung, da der hinreichende Schwung und die geeignete Führung fehlten. In den meisten Fällen wurden die Bestrebungen der Arbeiter entweder durch „Vermittlung“ der Regierung oder durch brutale Unterdrückung zunichte gemacht.

Die zweite große Welle von Streiks und Organisierungsbewegungen fand 1934 statt. Dann folgte eine sogar noch machtvollere Bewegung in den Jahren 1936/37, deren Höhepunkte die Sitzstreiks [Fabrikbesetzungen] in den Fabriken der Auto- und der gummi-verarbeitenden Industrie und der gewaltige Aufschwung der CIO waren.

Unser Vortrag heute Abend handelt von der Streikwelle 1934, wie sie durch die Streiks von Minneapolis verkörpert wird. Dort wurde zum ersten Mal die effektive Teilnahme einer revolutionär-marxistischen Gruppe an der wirklichen Organisation und Führung eines Streiks demonstriert. Die Grundlage für diese Streikwellen und Organisationsbewegungen war eine teilweise Erholung der Industrie.

Dies wurde schon angesprochen und muss immer von neuem wiederholt werden. Auf dem Tiefpunkt der Depression, als die Arbeitslosigkeit so riesige Ausmaße hatte, hatten die Arbeiter ihr Selbstbewusstsein verloren und fürchteten sich, unter der unheilvollen Bedrohung durch Arbeitslosigkeit irgendwelche Schritte zu unternehmen. Aber mit der Wiederbelebung der Industrie erlangten die Arbeiter neues Selbstvertrauen und begannen eine Bewegung zur Wiedererringung einiger jener Dinge, derer sie in den Tiefen der Depression beraubt worden waren. Die Grundlage für die Massenaktivität der trotzkistischen Bewegung in Amerika wurde natürlich durch die Aktionen der Massen selbst gelegt. Im Frühjahr 1934 war das Land durch den Auto-Lite-Streik in Toledo elektrisiert worden, bei dem einige neue Methoden und neue Techniken des militanten Kampfes eingeführt worden waren. Eine politische oder zumindest halbpolitische Gruppe, repräsentiert durch die Conference for Progressive Labor Action [Konferenz für fortschrittliche Gewerkschaftsaktion], die das Provisional Committee for the Formation of the American Workers Party [Provisorisches Komitee zur Gründung der amerikanischen Arbeiterpartei] ins Leben gerufen hatte, hatte diesen enorm wichtigen Streik in Toledo durch ihre Unemployed League [Liga der Arbeitslosen] angeführt. Dabei zeigte sich erstmals, was für eine bedeutende Rolle eine Organisation der Arbeitslosen, die von kämpferischen Elementen geführt wird, in den Kämpfen der Industriearbeiter spielen kann.

[...]

Unsere Genossen in Minneapolis begannen ihre Arbeit zuerst in den Kohlenhöfen und weiteten dann ihre Organisationskampagne auf die Lastwagenfahrer und Hilfskräfte im Allgemeinen aus. Das war kein vorgefertigter Plan, der im Generalstab unserer Bewegung ausgearbeitet worden war. Die Lastwagenfahrer von Minneapolis waren bei weitem nicht der maßgeblichste Sektor des amerikanischen Proletariats. Wir begannen unsere wirkliche Aktivität in der Arbeiterbewegung dort, wo sich uns die Möglichkeit bot. Es ist unmöglich, solche Gelegenheiten willkürlich nach Laune oder Vorliebe auszuwählen. Man muss sich der Massenbewegung dort anschließen, wo eine Tür offen ist. Eine Reihe



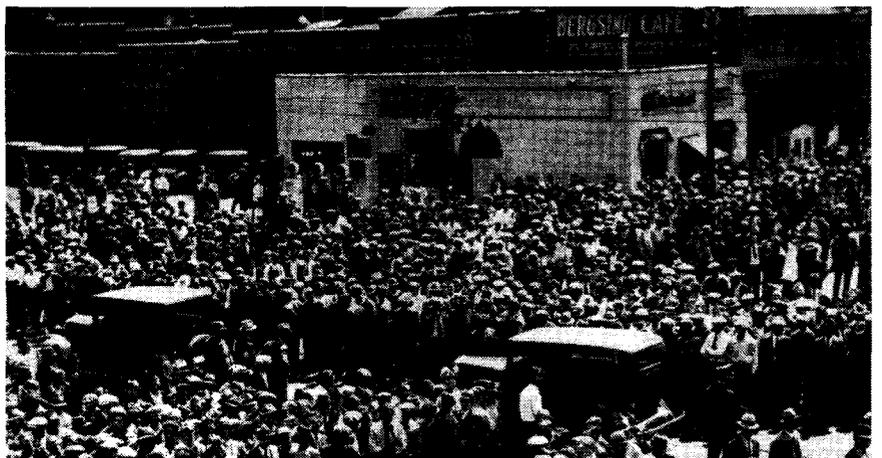
Minnesota Historical Society

Vincent Dunne, einer der Streikführer, verhaftet bei einer Razzia der Nationalgarde

von Umständen machte Minneapolis zum Brennpunkt unserer ersten großen Anstrengungen und Erfolge im Bereich der Gewerkschaften. Wir hatten in Minneapolis eine Gruppe alter und erprobter Kommunisten, die gleichzeitig erfahrene Gewerkschafter waren. Sie waren wohl bekannte Leute und am Ort verwurzelt. Während der Depression arbeiteten sie zusammen in den Kohlenhöfen. Als sich die Gelegenheit bot, die Höfe zu organisieren, ergriffen sie sie und bewiesen rasch ihre Fähigkeiten durch einen erfolgreichen dreitägigen Streik. Es versteht sich von selbst, dass danach die Ausweitung der Organisationsarbeit auf das Transportgewerbe im Allgemeinen folgte.

Minneapolis war nicht die leichteste Nuss zu knacken. Es war sogar eine der härtesten im Land; Minneapolis war dafür berüchtigt, keine Gewerkschaften zu haben. Fünfzehn oder zwanzig Jahre lang hatte die Citizens Alliance [Bürgerallianz], eine Organisation hart gesottener Unternehmer, Minneapolis mit eiserner Hand regiert. Kein einziger bedeutender Streik war in diesen Jahren erfolgreich gewesen. Selbst die Bauarbeiter, vielleicht die stabilste und effektivste aller Fachgewerkschaften, wurden in Minneapolis

Fortgesetzt auf Seite 18



Minnesota Historical Society

Fliegende Massenstreikpostenketten waren der Schlüssel zum Sieg des Streiks

Minneapolis...

Fortsetzung von Seite 17

ständig gejagt und von den wichtigsten Baustellen vertrieben. Es war eine Stadt der verlorenen Streiks, gewerkschaftsfreier Betriebe, miserabler Löhne, mörderischer Arbeitszeiten und einer schwachen und ineffektiven Fachgewerkschaftsbewegung.

Der Kohlestreik, der in unserer Diskussion letzte Woche erwähnt wurde, war ein Vorgeplänkel zu den großen Schlachten, die folgen sollten. Der durchschlagende Sieg dieses Streiks, seine Militanz, seine gute Organisation und sein schneller Erfolg spornte die allgemeine Organisation der Lastwagenfahrer und Hilfskräfte an, die bis zu diesem Zeitpunkt und während der Jahre der Depression grausam ausgebeutet und ohne Unterstützung einer Organisation gewesen waren. Sicher, es gab eine Gewerkschaft in diesem Industriezweig, aber sie bewegte sich am Rande des Abgrunds. Es gab nur eine kleine Hand voll Mitglieder, die eine Art armseliger Tarifverträge mit ein oder zwei Speditionsfirmen hatten – keine wirkliche Organisation der Masse der Lastwagenfahrer und Hilfskräfte in der Stadt.

Der Erfolg des Kohlestreiks ermutigte die Arbeiter in der Transportindustrie. Sie ließen sich leicht entflammen; ihre Löhne waren zu niedrig, ihre Arbeitszeiten zu lang. Die profithungrigen Bosse, so lange Jahre von jeglichen gewerkschaftlichen Einschränkungen befreit, waren zu weit gegangen – die Bosse gehen immer zu weit – und die zermürbten Arbeiter hörten die Gewerkschaftsbotschaft mit Freuden.

Unsere Gewerkschaftsarbeit in Minneapolis war von Anfang bis Ende eine politisch angeleitete Kampagne. Die Taktik richtete sich nach der allgemeinen Politik, vom *Militant* [Zeitung der Communist League of America] beständig eindringlich formuliert, der die Revolutionäre dazu aufrief, sich dem Hauptstrom der Arbeiterbewegung anzuschließen, der durch die American Federation of Labor [AFL – Facharbeitergewerkschaftsverband] verkörpert wurde.

Wir verfolgten bewusst den Kurs in Richtung des organisatorischen Ziels der Massen, anstatt irgendwelche künstlich entwickelten eigenen Gewerkschaften aufzubauen im Widerspruch zu dem Impuls der Massen, sich der etablierten Gewerkschaftsbewegung anzuschließen. Fünf Jahre lang

hatten wir einen entschlossenen Kampf gegen das ultralinke Dogma der „Roten Gewerkschaften“ geführt; solche Gewerkschaften, künstlich von der Kommunistischen Partei geschaffen, wurden von den Arbeitern boykottiert und isolierten so die Avantgardeelemente. Die Masse der Arbeiter hatte bei ihrer Suche nach Organisation einen gesunden Instinkt. Sie spürten die Notwendigkeit, Hilfe zu bekommen. Sie wollten in Kontakt mit anderen organisierten Arbeitern sein, nicht draußen an einer Seitenlinie zusammen mit einigen brüllenden Radikalen. Es ist ein unfehlbares Phänomen: Die hilflosen unorganisierten Massen in der Industrie haben eine übertriebene Hochachtung vor etablierten Gewerkschaften, wie konservativ und reaktionär diese Gewerkschaften auch sein mögen. Die Arbeiter fürchten Isolation. In dieser Hinsicht sind sie klüger als all die Sektierer und Dogmatiker, die versucht haben, ihnen bis ins kleinste Detail die Form der perfekten Gewerkschaft vorzuschreiben. In Minneapolis wie anderswo hatten sie einen starken Impuls, sich der offiziellen Bewegung anzuschließen in der Hoffnung auf deren Beistand im Kampf gegen die Bosse, die ihnen das Leben reichlich schwer gemacht hatten. [...]

Es war nicht gerade einfach für unsere Leute, sich der American Federation of Labor in Minneapolis anzuschließen. Sie waren gezeichnete Männer, die zweifach ausgeschlossen worden waren, zweifach verdammt. Im Laufe ihrer Kämpfe waren sie nicht nur aus der Kommunistischen Partei, sondern auch aus der American Federation of Labor rausgeworfen worden. Während der „Roten Säuberungen“ von 1926/1927 auf dem Höhepunkt der Reaktion in der amerikanischen Arbeiterbewegung waren praktisch alle unsere Genossen, die in den Gewerkschaften in Minneapolis aktiv gewesen waren, ausgeschlossen worden. Ein Jahr später wurden sie, um ihre Isolation zu besiegeln, aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen.

Aber der Drang der Arbeiter nach Organisation war stärker als die Dekrete der Gewerkschaftsbürokraten. Es hatte sich gezeigt, dass unsere Genossen das Vertrauen der Arbeiter hatten und das Konzept zu ihrer Organisation. Die erbärmliche Schwäche der Gewerkschaftsbewegung in Minneapolis und das Gefühl der Mitglieder der Fachgewerkschaften, dass eine Neubelebung notwendig sei – all das arbeitete zu Gunsten unserer Leute auf ihrem Weg zurück in die American Federation of Labor durch die Teamsters Union [Gewerkschaft der Lastwagenfahrer]. Außerdem wollte es der Zufall, ein glücklicher Umstand, dass an der Spitze der Ortsgruppe 574 und des Teamster Joint Union Council [Gesamtgewerkschaftsrat der Teamster-Gewerkschaft] in Minneapolis ein kämpferischer Gewerkschafter namens Bill Brown stand. Er hatte einen gesunden Klasseninstinkt und war sehr eingenommen von der Idee, mit einigen Leuten zusammenzuarbeiten, die wussten, wie man die Arbeiter organisiert und den Bossen einen wirklichen Kampf liefert. Das war ein glücklicher Umstand für uns, aber solche Dinge geschehen eben hin und wieder. Das Glück ist mit den Frommen. Wenn du ein ordentliches Leben führst und dich anständig aufführst, hast du von Zeit zu Zeit mal Glück. Und wenn ein Zufall deinen Weg kreuzt – ein glücklicher Zufall –, solltest du ihn beim Schopfe packen und das Beste daraus machen.

[...] Aber unsere Genossen waren neue Mitglieder in dieser Gewerkschaft. Sie waren nicht lange genug dabei, um Funktionäre zu sein; sie waren einfache Mitglieder, als der Kampf losbrach. So war kein einziger unserer Leute – d. h. der Mitglieder der trotzkistischen Gruppe – während der drei Streiks Gewerkschaftsfunktionär. Aber sie organisierten und führten den Streik trotzdem. Sie hatten sich als „Organisationskomitee“ konstituiert, eine Art inoffizielle Körperschaft, geschaffen zum Zwecke der Leitung der

NEU! **Abonniere jetzt!**
Spartacist Ireland

Neue Zeitung der Spartacist Group Ireland

4 Ausgaben € 4,-
inkl. Spartacist
(englische Ausgabe)
und die Broschüre
Ireland: workers to power!

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Kontó 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M. BLZ
500 100 60

Organisierungskampagne und Führung der Streiks.

Die Organisierungskampagne und die Streiks wurden buchstäblich über die Köpfe der offiziellen Gewerkschaftsführung hinweg geführt. Der einzige der regulären Funktionäre, der wirklich unmittelbar an der eigentlichen Führung des Streiks beteiligt war, war Bill Brown, zusammen mit dem Organisierungskomitee. Dieses Organisierungskomitee hatte einen Vorzug, der sich von Anfang an zeigte – andere Vorzüge kamen später zutage: Die Leute wussten, wie man Arbeiter organisiert. Das ist etwas, was die verknöcherten Gewerkschaftsbonzen von Minneapolis nicht konnten und offensichtlich auch nicht lernen konnten. Sie wussten, wie man sie desorganisiert. Diese Typen sind überall gleich. Sie verstehen es, manchmal, die Arbeiter in die Gewerkschaften reinzulassen, wenn die ihnen die Türen einrennen. Aber hinauszugehen und wirklich die Arbeiter zu organisieren, sie aufzurütteln und sie mit Überzeugung und Zuversicht zu erfüllen – dazu ist der traditionelle Bürokrat einer Fachgewerkschaft nicht imstande. Das ist weder sein Arbeitsgebiet noch seine Funktion. Es ist nicht einmal sein Bestreben.

Das trotzkistische Organisierungskomitee organisierte die Arbeiter in der Transportindustrie und machte sich dann daran, für diese Arbeiter die Unterstützung der übrigen Arbeiterbewegung zu erlangen. Sie führten sie nicht in eine isolierte Aktion. Sie begannen mittels der Central Labor Union [Gesamtgewerkschaftsverband] dafür zu arbeiten – durch Konferenzen mit den Gewerkschaftsbonzen wie auch durch Druck von unten –, dass die gesamte Arbeiterbewegung in Minneapolis die Unterstützung für diese neu organisierten Lastwagenfahrer bekundete; sie arbeiteten unermüdlich daran, die Funktionäre der Central Labor Union in die Kampagne einzubinden, Resolutionen zur Unterstützung ihrer Forderungen verabschieden zu lassen, sie offizielle Verantwortung übernehmen zu lassen. Als die Zeit des Handelns gekommen war, befand sich die Arbeiterbewegung von Minneapolis, repräsentiert durch die offiziellen Gewerkschaften der American Federation of Labor, von vornherein in einer Position, die Forderungen unterstützt zu haben und logischerweise verpflichtet zu sein, den Streik zu unterstützen.

[...]

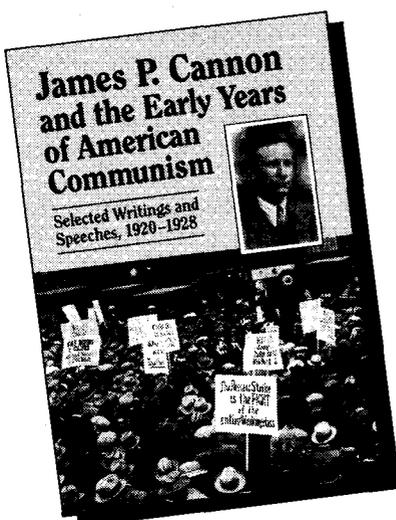
Dieser Generalstreik vom Mai erschütterte Minneapolis wie nie zuvor. Er erschütterte das ganze Land, denn dies war kein zahmer Streik. Dies war ein Streik, der mit einem solchen Knall begann, dass das ganze Land davon hörte und von der Rolle der Trotzlisten in seiner Führung – die Bosse verkündeten dies weit und breit und auch hysterisch. Dann erlebten wir wieder dieselbe Reaktion unter den aufmerk-

samen radikalen Arbeitern wie schon nach unserer entschiedenen Aktion im Fall Field und dem New Yorker Hotelstreik. [B.J. Field, Streikführer 1933, kompromittierte durch seine versöhnlerische Politik den Erfolg des Streiks und die Trotzlisten und wurde wegen Verletzung der Parteidisziplin ausgeschlossen.] Als sie sahen, wie wir uns im Mai-Streik in Minneapolis schlugen, kam wieder genau die gleiche Stimmung zum Ausdruck: „Diese Trotzlisten meinen es ernst. Wenn die etwas anfangen, führen sie es auch zu Ende.“ Die Witze über die trotzkistischen „Sektierer“ wurden langsam abgestanden.

Es gab keinen wesentlichen Unterschied, tatsächlich glaube ich, es gab überhaupt keinen ernsthaften Unterschied zwischen den Streikenden in Minneapolis und den Arbeitern, die an Hunderten anderer Streiks im ganzen Land in dieser Periode teilnahmen. Nahezu alle Streiks wurden von den Arbeitern mit der größten Militanz geführt. Der Unterschied lag in der Führung und der Politik. In praktisch jedem anderen Streik wurde die Militanz der Arbeiterbasis von oben in Schranken gehalten. Die Führer hatten übergroße Ehrfurcht vor der Regierung, den Zeitungen, dem Klerus und vor diesem oder jenem. Sie versuchten, den Konflikt von den Straßen und den Streikpostenketten in die Konferenzräume zu verlegen. In Minneapolis wurde die Kampfbereitschaft der Arbeiterbasis nicht gezügelt, sondern von oben organisiert und angeleitet.

Alle modernen Streiks erfordern politische Führung. Die Streiks jener Periode rückten jedes Mal die Regierung, ihre Agenturen und ihre Institutionen direkt ins Zentrum des Geschehens. Streikführer ohne ein Konzept einer politischen Linie waren schon 1934 sehr veraltet. Die altmodische Gewerkschaftsbewegung, die mit den Bossen ohne Einmischung der Regierung zu verhandeln pflegte, gehört ins Museum. Die moderne Arbeiterbewegung muss politisch angeleitet sein, weil sie auf Schritt und Tritt mit der Regierung konfrontiert ist. Unsere Leute waren darauf vorbereitet, da sie politische Menschen waren, inspiriert von einem politischen Konzept. Die Politik des Klassenkampfes leitete unsere Genossen; sie konnten nicht, wie so viele Streikführer dieser Periode, getäuscht und ausmanövriert werden durch diesen Mechanismus der Sabotage und Zerstörung namens National Labor Board [Nationale Institution für Arbeitsangelegenheiten] und alle seine Hilfsorganisationen. Sie setzten keinerlei Vertrauen in Roosevelts Labor Board; sie ließen sich nicht zum Narren halten durch irgendeine Vorstellung, Roosevelt, der liberale „arbeiterfreundliche“ Präsident, werde den Lastwagenfahrern in Minneapolis zu ein paar Cents mehr in der Stunde verhelfen. Sie ließen sich

Fortgesetzt auf Seite 20



Links: Buch der Prometheus Research Library mit Schriften von James P. Cannon, einem Gründer der amerikanischen Kommunistischen Partei und später der bedeutendste Führer des Trotzkismus in den USA. Rechts: Spartacist, deutsche Ausgabe Nr. 18, mit Schlüsseltexten Cannons

Zu beziehen über die Redaktionsadresse





The Organizer, die Streikzeitung der Gewerkschaft, repräsentierte die Stimme der Arbeiter gegen die bürgerliche Presse der Bosse

Minneapolis...

Fortsetzung von Seite 19

nicht einmal von der Tatsache irreführen, dass damals in Minnesota ein Gouverneur der Farmer-Labor-Party regierte, der angeblich auf der Seite der Arbeiter stand.

Unsere Leute glaubten an niemanden und an nichts, außer an die Politik des Klassenkampfes und an die Fähigkeit der Arbeiter, durch Stärke und Solidarität ihrer Massen zu siegen. Folglich rechneten sie von Anfang an damit, dass die Gewerkschaft für ihr Existenzrecht werde kämpfen müssen; dass die Bosse die Gewerkschaft keineswegs anerkennen würden, keinerlei Lohnerhöhungen oder Verkürzung der skandalösen Arbeitszeiten zugestehen würden, ohne dass ein gewisser Druck ausgeübt wird. Deshalb trafen sie alle Vorbereitungen unter dem Gesichtspunkt eines Klassenkriegs. Sie wussten, dass Macht, nicht Diplomatie, die Frage entscheiden würde. Ein Bluff funktioniert nicht in grundlegenden Angelegenheiten, nur bei Nebensächlichkeiten. Bei Dingen wie dem Konflikt von Klasseninteressen muss man darauf vorbereitet sein, zu kämpfen.

Ausgehend von diesen allgemeinen Überlegungen arbeiteten die Trotzisten von Minneapolis, während sie die Arbeiter organisierten, eine Kampfstrategie aus. Etwas Einzigartiges war in Minneapolis erstmals zu sehen. Nämlich ein Streik, der schon vorher völlig durchorganisiert war, ein Streik, vorbereitet bis ins kleinste Detail, wie man es gewöhnlich der deutschen Armee zuschrieb – bis hin zum letzten Knopf an der Uniform des letzten Soldaten. Als die Stunde der Wahrheit kam und die Bosse immer noch glaubten, manövrieren und täuschen zu können, errichteten unsere Leute ein befestigtes Aktionszentrum. [...]

Unsere Leute hatten eine Versorgungsstelle fix und fertig eingerichtet. Sie warteten nicht, bis die Streikenden hungrig wurden. Sie hatten sie von vornherein als Vorbereitung für den Streik organisiert. Sie hatten ein Notfallkrankenhaus in einer Garage eingerichtet – das Streikhauptquartier war in einer Garage – mit eigenem Arzt und eigenen Krankenschwestern, noch bevor der Streik ausbrach. Warum? Weil

sie wussten, dass die Bosse, ihre Bullen, ihre Schläger und Hilfssheriffs in diesem Fall wie in allen anderen versuchen würden, den Streik niederzuschlagen. Sie waren darauf vorbereitet, sich um ihre eigenen Leute zu kümmern, damit sie im Falle einer Verletzung nicht in ein städtisches Krankenhaus gebracht werden müssten, um dann verhaftet und aus dem Verkehr gezogen zu werden. Wenn ein Arbeitskollege als Streikposten verletzt wurde, brachten sie ihn zu ihrem eigenen Hauptquartier und versorgten ihn dort medizinisch.

Sie schauten sich etwas von den Progressive Miners of America [Fortschrittliche Bergarbeiter Amerikas] ab und organisierten eine Frauenhilfstruppe, die dazu beitragen sollte, den Bossen Schwierigkeiten zu bereiten. Und ich sage euch, die Frauen machten eine Menge Schwierigkeiten, sie liefen herum und protestierten und machten den Bossen und der Stadtverwaltung einen Riesenskandal, was eine der wichtigsten politischen Waffen ist. Die Streikführung organisierte Streikposten auf einer Massenbasis. Das Geschäft, ein paar Leute zu ernennen oder anzustellen, ein oder zwei, die beobachten, zählen und weitermelden, wie viele Streikbrecher eingestellt wurden, funktioniert in einem wirklichen Kampf nicht. Sie schickte einen Trupp Leute, um zu verhindern, dass Streikbrecher überhaupt reingehen können. Ich erwähnte, dass sie ihre Streikzentrale in einer Garage eingerichtet hatte. Dies deshalb, weil die Streikposten motorisiert wurden. Sie organisierte nicht nur die Streikposten, sie mobilisierte eine Flotte von Streikautomobilen. Jeder streikende Arbeiter, Sympathisant und Gewerkschafter in der Stadt wurde dazu aufgerufen, sein Automobil oder seinen Lastwagen zur Verfügung zu stellen. So hatte das Streikkomitee eine ganze Flotte zur Verfügung. Fliegende Streikpostentrupps auf Rädern wurden an strategischen Punkten in der ganzen Stadt stationiert.

Wann immer gemeldet wurde, dass ein Lastwagen in Betrieb war oder dass versucht wurde, LKWs in Bewegung zu setzen, rief der „Abfertiger“ durch die Lautsprecher der Garage nach so vielen Autos, beladen mit Streikposten, wie benötigt wurden, um dort hinauszufahren und sich mit den Fahrern der Streikbrecher-Lastwagen auseinanderzusetzen.

Der „Abfertiger“ im Mai-Streik war ein junger Mann namens Farrell Dobbs. Er kam von einem Kohlenhof in Minneapolis in die Gewerkschaft und zum Streik und schließlich in die Partei. Wir lernten ihn kennen als Abfertiger, der die Wagentrupps und die Streikposten hinauskatapultierte. Anfangs fuhren die Streikposten mit bloßen Händen hinaus, kamen aber mit eingeschlagenen Köpfen und den verschiedensten Verletzungen zurück. Dann rüsteten sie sich für die nächsten Ausfahrten mit Shillalaha aus. Ein Shillalah ist, wie euch jeder Ire sagen kann, ein Schlehdornstock, auf den man sich stützen kann, falls man plötzlich lahmen sollte. Natürlich ist er auch für andere Zwecke nützlich. Der Versuch der Bosse und der Polizei, den Streik mit Gewalt zu zerschlagen, gipfelte in der berühmten „Schlacht am Markt“. Mehrere tausend Spezial-Hilfssheriffs wurden zusätzlich zur gesamten Polizeimacht für einen Großangriff mobilisiert, um einen strategischen Teil der Stadt, den Großmarkt, für den Betrieb von Lastwagen zu öffnen.

Diese Hilfssheriffs, rekrutiert aus den kleinbürgerlichen und den Unternehmerklassen der Stadt und aus den gehobenen Berufsständen, kamen in einer Art Gala-Feiertagsstimmung auf den Markt. Sie würden ihren Spaß dort unten haben, einfach Streikende zusammenschlagen. Einer der Spezial-Hilfssheriffs trug seinen Polohut. Er wollte dort unten verdammt viel Spaß dabei haben, die Köpfe der Arbeiter wie Polobälle herumschlagen. Der schlecht beratene Sportsfreund hatte sich getäuscht; diesmal war es kein Polospiel. Er und der gesamte Mob aus Hilfssheriffs und Bullen trafen auf eine Menge von entschlossenen, organisierten Streikposten der Gewerkschaft, verstärkt durch sym-

pathisierende Gewerkschafter anderer Branchen und durch Mitglieder der Arbeitslosenorganisationen. Der Versuch, die Streikposten vom Marktplatz zu vertreiben, endete in einer Niederlage. Der Gegenangriff der Arbeiter schlug sie in die Flucht. Der Kampf ging in die Geschichte von Minneapolis ein als „The Battle of Deputies Run“ [Schlacht der flüchtenden Hilfssheriffs]. Es gab zwei Verluste, und sie waren beide auf der anderen Seite. Dies war eines der Kennzeichen des Streiks, das Minneapolis überall in der Wertschätzung der Arbeiter stark ansteigen ließ. Bei jedem Streik wurde damals dieselbe Geschichte eintönig in der Presse wiederholt: zwei Streikende getötet, vier Streikende von Schüssen getroffen, zwanzig Streikende verhaftet usw. Hier gab es einen Streik, wo nicht alles einseitig verlief. Es gab einen allgemeinen Beifallsausbruch in der gesamten Arbeiterbewegung für die Militanz und Entschlossenheit der Kämpfer von Minneapolis. Sie hatten den vorherrschenden Trend umgekehrt, und weit und breit priesen kämpferische Arbeiter ihren Namen.

Als sich die Organisierungskampagne entwickelte, war unser Nationalkomitee in New York über alles unterrichtet und arbeitete so weit wie möglich per Post mit. Aber als der Streik ausbrach, waren wir uns alle völlig bewusst, dass dies der Zeitpunkt für uns war, mehr zu tun, alles zu tun, was wir konnten, um zu helfen. Ich wurde per Flugzeug nach Minneapolis geschickt, um die Genossen zu unterstützen, besonders bei den Verhandlungen über ein Abkommen. Das war die Zeit, wie ihr euch erinnern werdet, als wir noch so arm waren, dass wir uns kein Telefon im Büro leisten konnten. Wir hatten absolut keine finanzielle Grundlage für so extravagante Ausgaben wie Flugtickets. Aber das Bewusstsein unserer Bewegung zeigte sich sehr plastisch in der Tatsache, dass wir in einem Moment, wo es wirklich nötig war, die Mittel fanden, um ein Flugticket zu bezahlen und so ein paar Stunden einzusparen. Diese Aktion, deren Kosten die normalen Möglichkeiten unseres Budgets weit überstiegen, war dazu gedacht, den Genossen, die vor Ort in den Kampf verwickelt waren, so viel Rat und Unterstützung zukommen zu lassen, wie wir geben konnten, worauf sie als Mitglieder der Liga auch einen Anspruch hatten. Aber es gab einen anderen, genauso wichtigen Aspekt. Durch die Entsendung eines Repräsentanten des NC [Nationalkomitee] nach Minneapolis gab unsere Liga zu verstehen, dass sie für das, was die Genossen taten, die Verantwortung übernahm. Wenn Dinge schief liefen – und in einem Streik gibt es immer die Möglichkeit, dass Dinge schief laufen –, wollten wir dafür Verantwortung übernehmen und nicht die Genossen vor Ort im Schlamassel sitzen lassen. So sind wir immer vorgegangen. Wenn sich irgendein Teil unserer Bewegung in einer Aktion befindet, werden die Genossen vor Ort nicht sich selbst überlassen. Die nationale Führung muss helfen und letztendlich die Verantwortung übernehmen.

Der Mai-Streik dauerte nur sechs Tage und eine schnelle Übereinkunft wurde erreicht. Den Bossen wurde der Boden unter den Füßen weggezogen, das ganze Land verlangte lautstark nach Beilegung der Angelegenheit. Es gab Druck von Washington und von Gouverneur Olson. Die Einigung wurde von der stalinistischen Presse, die damals sehr radikal war, heftig angegriffen, weil es kein allumfassender Sieg war, sondern ein Kompromiss; ein Teilsieg, der der Gewerkschaft die Anerkennung verschaffte. Wir übernahmen für die Einigung, die unsere Genossen erzielt hatten, die volle Verantwortung und nahmen die Herausforderung der Stalinisten an. Unsere Presse jagte die Stalinisten in dieser Kontroverse einfach aus der Arena. Wir verteidigten die Einigung im Minneapolis-Streik und vereitelten ihre Kampagne, diese Einigung und damit unsere Arbeit in den Gewerkschaften zu diskreditieren. Der radikalen Arbeiterbewegung wurde ein umfassendes Bild von diesem Streik

vermittelt. Wir brachten eine Extraausgabe des *Militant* heraus, die die verschiedenen Aspekte des Streiks und der Vorbereitungen dafür detailliert darlegte. Diese Ausgabe war fast ausschließlich von den führenden Genossen des Streiks geschrieben worden.

Das Hauptargument, um das wir unsere Erklärung des Kompromisses aufbauten, war: Was sind die Ziele einer neuen Gewerkschaft in dieser Periode? Wir wiesen darauf hin, dass die amerikanische Arbeiterklasse immer noch unorganisiert, atomisiert ist. Nur ein Teil der Facharbeiter ist in Fachgewerkschaften organisiert, und diese repräsentieren nicht die große Masse der amerikanischen Arbeiterschaft. Die amerikanischen Arbeiter sind eine unorganisierte Masse, und ihr erster Impuls und ihr erstes Bedürfnis ist es, den ersten elementaren Schritt zu tun, bevor sie irgendetwas anderes beginnen können; d. h. eine Gewerkschaft zu gründen und die Bosse dazu zu zwingen, diese Gewerkschaft anzuerkennen. So formulierten wir das Problem.

Wir vertraten die Ansicht – und ich denke mit vollem Recht –, dass eine Gruppe von Arbeitern, die in ihrer ersten Schlacht die Anerkennung ihrer Gewerkschaft erfochten hat und auf dieser Grundlage ihre Position aufbauen und festigen konnte, die der Situation entsprechenden Ziele erreicht hatte und nicht ihre Kräfte überfordern und die Gefahr von Demoralisierung und Niederlage eingehen sollte. Die Einigung erwies sich als richtig, denn sie bot genug, um darauf aufzubauen. Die Gewerkschaft blieb stabil. Es war kein Strohfeuer. Die Gewerkschaft begann Fortschritte zu machen, begann neue Mitglieder zu rekrutieren und einen Kader neuer Führer zu erziehen. Nach einigen Wochen wurde den Bossen klar, dass ihr Plan, die Lastwagenfahrer mit einem Trick um die Früchte ihres Kampfes zu bringen, nicht so gut funktionierte.

Dann kamen die Bosse zu der Überzeugung, einen Fehler gemacht zu haben; dass sie hätten länger kämpfen und die Gewerkschaft zerschlagen sollen, um den Arbeitern von Minneapolis die Lektion zu erteilen, dass Gewerkschaften dort nicht existieren konnten; dass Minneapolis eine gewerkschaftsfreie Sklavenstadt sei und das auch bleiben sollte. [...]

Die Führung der Gewerkschaft erkannte die Situation. Die Bosse waren durch das erste Kräfteressen mit der Gewerkschaft nicht ausreichend überzeugt worden und benötigten eine weitere Demonstration. Sie begannen, einen neuen Streik vorzubereiten. Wieder waren die Arbeiter in der Branche auf eine Aktion vorbereitet. Wieder wurde die gesamte Arbeiterbewegung von Minneapolis zur Unterstützung mobilisiert, diesmal auf die eindrucksvollste, dramatischste Art. Die Kampagne in der Central Labor Union und ihren angeschlossenen Gewerkschaften für die Verabschiedung von Resolutionen zur Unterstützung von Ortsgruppe 574 war ausgerichtet auf einen großen Aufmarsch der organisierten Arbeiterschaft. Die Mitglieder der verschiedenen Gewerkschaften kamen in großer Anzahl auf die Straße und marschierten in fest gefügten Reihen zu einer riesigen Massenkundgebung in der Stadthalle, um sich hinter die Lastwagenfahrer zu stellen und ihnen im bevorstehenden Kampf Unterstützung zuzusichern. Es war eine beeindruckende Demonstration von Arbeitersolidarität und der neuerlichen Kampfbereitschaft, die die Arbeiter ergriffen hatte.

Die Bosse blieben starrköpfig. Sie schürten in großem Stil die Angst vor dem „Roten Schrecken“ und denunzierten in schrillen Zeitungsanzeigen die „Trotzki-Kommunisten“. Auf Seiten der Gewerkschaft gingen die Vorbereitungen voran wie im Mai-Streik, aber auf einem noch höheren organisatorischen Niveau. Als deutlich wurde, dass ein weiterer Streik nicht ohne die Preisgabe der Gewerkschaft

Fortgesetzt auf Seite 22

Minneapolis...

Fortsetzung von Seite 21

vermieden werden konnte, beschloss unser Nationalkomitee, dass die gesamte Communist League of America mit aller Kraft Unterstützung geben musste. Wir wussten, dass das der wirkliche Test war, dass wir es uns nicht leisten konnten, mit dieser Sache oberflächlich umzugehen. Wir begriffen, dass hier eine Schlacht stattfand, die uns auf Jahre hinaus entweder Erfolg bescheren oder das Genick brechen könnte; wenn wir nur halbherzige Unterstützung gaben oder diese oder jene Hilfe, die wir zu leisten im Stande waren, zurückhielten, konnte das über Sieg oder Niederlage entscheiden. Wir wussten, dass wir unseren Genossen in Minneapolis viel anzubieten hatten.

In unserer Bewegung spielten wir nie mit der absurden Idee, dass nur diejenigen, die direkt mit einer Gewerkschaft verbunden sind, fähig seien, Beistand zu leisten. Moderne Streiks benötigen mehr als alles andere politische Führung. Wenn unsere Partei, unsere Liga, wie wir sie damals nannten, eine Existenzberechtigung hatte, dann musste sie den Genossen vor Ort zu Hilfe kommen. Wie immer bei Gewerkschaftsführern, insbesondere in Zeiten eines Streiks, sind sie der Belastung und dem Stress von tausend dringlichen Details ausgesetzt. Eine politische Partei andererseits erhebt sich über die Details und verallgemeinert ausgehend von den Hauptfragen. Ein Gewerkschaftsführer, der die Konzeption einer politischen Anleitung im Kampf gegen die Bosse und ihre Regierung mit ihren schlaun Tricks, Fallen und Methoden des Druckausübens zurückweist, ist taub, stumm und blind. Unsere Genossen in Minneapolis waren nicht von diesem Schläge. Sie wandten sich an uns um Hilfe.

Wir schickten eine ganze Menge Kräfte. Ich ging etwa zwei Wochen vor dem Ausbruch des zweiten Streiks dorthin. Nachdem ich ein paar Tage dort verbracht hatte, beschlossen wir, mehr Hilfe anzufordern – eigentlich einen ganzen Stab. Zwei zusätzliche Leute wurden aus New York für journalistische Arbeit hinzugezogen: Shachtman und Herbert Solow, ein erfahrener und talentierter Journalist, damals eine Art Sympathisant unserer Bewegung. Vom Auto-Lite-Streik in Toledo übernahmen wir die Idee, einen weiteren Genossen hinzuzuziehen, dessen besondere Aufgabe es sein sollte, die Arbeitslosen für die Unterstützung des Streiks zu organisieren. [...] Darüber hinaus importierten wir einen Generalbevollmächtigten für die Gewerkschaft, Albert Goldman. Wir wussten aus früherer Erfahrung, dass ein Rechtsanwalt in einem Streik sehr wichtig ist, wenn man einen guten bekommen kann. Es ist sehr wichtig, sein eigenes „Sprachrohr“ und juristischen Sachverwalter zu haben, der ehrlichen Rat gibt und die rechtlichen Interessen wahrnimmt. [...]

Wir gaben dem Streik von unserer Zentrale in New York aus alles, was wir konnten, nach demselben Prinzip, von dem ich vorhin gesprochen habe, was als Richtlinie für jede Art von Aktivitäten einer ernsthaften Partei dienen sollte, oder auch einer ernsthaften Person. Das ist das Prinzip: Wenn du dir etwas vornimmst, dann tu es um Himmels willen gründlich, mache es richtig. Sei nie oberflächlich, mache nie etwas halb. Wehe den Lauwarmen! „Weil du aber lau bist und weder warm noch kalt, werde ich dich ausspeien aus meinem Munde.“

Der Streik begann am 16. Juli 1934 und dauerte fünf Wochen. Ich denke, ich kann ohne die leiseste Übertreibung sagen, ohne Widerspruch fürchten zu müssen, dass der Juli-August-Streik der Lastwagenfahrer und Hilfskräfte von Minneapolis in die Geschichtsannalen der amerikanischen Arbeiterbewegung als einer ihrer großartigsten, heroischsten und bestorganisierten Kämpfe eingegangen ist. Darüber hinaus: Der Streik und die Gewerkschaft, die in seinem

Feuer zusammengeschweißt wurde, werden für immer in der Arbeiterbewegung, nicht nur hier, sondern weltweit, mit Trotzismus in Aktion in der Massenbewegung der Arbeiter identifiziert werden. Der Trotzismus steuerte eine Anzahl spezifischer Dinge zu diesem Streik bei, und das machte den ganzen Unterschied aus zwischen dem Minneapolis-Streik und hundert anderen Streiks in dieser Periode, an denen teilweise mehr Arbeiter in sozial bedeutenderen Gegenden und Industriezweigen beteiligt waren. Der Trotzismus steuerte Organisation und Vorbereitung bis ins letzte Detail bei. Das ist etwas Neues, das ist etwas ausgesprochen Trotzkistisches. Zum Zweiten führte der Trotzismus in alle Pläne und Vorbereitungen der Gewerkschaft und in den Streik von Anfang bis Ende die Klassenlinie der Militanz ein; nicht als subjektive Reaktion – das sieht man in jedem Streik –, sondern als bewusste Politik basierend auf der Theorie des Klassenkampfes, dass man nichts von den Bossen bekommen kann, es sei denn, man hat den Willen, dafür zu kämpfen, und die Stärke, es sich zu nehmen.

Der dritte Beitrag des Trotzismus zum Minneapolis-Streik – der interessanteste und vielleicht der entscheidendste – war, dass wir den Regierungsvermittlern auf ihrem eigenen Terrain entgegentraten. Ich sage euch, so ziemlich das Jammervollste, was man in dieser Periode beobachten konnte, war es, wie in einem Streik nach dem anderen die Arbeiter ausmanövriert und auseinander genommen und ihr Streik von „Freunden der Arbeiterschaft“ in Gestalt von Vermittlern der Bundesregierung gebrochen wurde.

Diese gewieften Schurken erschienen, nutzten die Unwissenheit und Unerfahrenheit und politische Unzulänglichkeit von örtlichen Führern aus und versicherten ihnen, dass sie als Freunde gekommen seien. Ihre Aufgabe war, „den Konflikt beizulegen“ durch die Erpressung von Zugeständnissen der schwächeren Seite. Unerfahrene und politisch ungeschulte Streikführer waren ihre Beute. Sie hatten eine Prozedur, eine Formel, die Unvorsichtigen zu überumpeln. „Ich bitte euch nicht, den Bossen irgendwelche Zugeständnisse zu machen, aber macht mir ein Zugeständnis, damit ich euch helfen kann.“ Dann, nachdem durch Leichtgläubigkeit etwas aufgegeben wurde: „Ich versuchte ein entsprechendes Zugeständnis von den Bossen zu erhalten, aber sie lehnten ab. Ich denke, ihr solltet lieber mehr Zugeständnisse machen: Die öffentliche Meinung wendet sich gegen euch.“ Und dann Druck und Drohungen: „Roosevelt wird eine Erklärung abgeben.“ Oder: „Wir werden etwas gegen euch in den Zeitungen veröffentlichen müssen, wenn ihr nicht vernünftiger und verantwortungsvoller seid.“ Stecke sodann die armen Greenhorns in Konferenzräume, halte sie dort stundenlang ohne Unterbrechung fest und terrorisiere sie. Das war die allgemeine Routine, die diese zynischen Schurken anwandten.

Sie kamen nach Minneapolis, gespornt und gestieft für eine weitere Standardvorstellung. Wir saßen da und warteten auf sie. Wir sagten: „Kommt her. Ihr wollt verhandeln, nicht wahr? In Ordnung. Das ist ausgezeichnet.“ Natürlich drückten es unsere Genossen in der diplomatischeren Sprache des Verhandlungs„protokolls“ aus, aber das war der Kern unserer Herangehensweise. Nun, sie handelten den trotzistischen Führern der Ortsgruppe 574 nie auch nur zwei Cents ab. Sie bekamen eine Dosis an Verhandlungen und Diplomatie, an der sie noch immer zu würgen haben. Wir verschlissen drei von ihnen, bevor der Streik schließlich beigelegt wurde.

Eine beliebte List der Trickbetrüger, die als Bundesvermittler auftraten, war damals, unerfahrene Streikführer in einem Raum zu versammeln, ihre Eitelkeit anzusprechen und sie dazu zu bringen, sich zu irgendeinem Kompromiss zu verpflichten, den einzugehen sie nicht autorisiert waren.

Die Bundesvermittler überzeugten sodann die Streikführer davon, dass sie „hohe Tiere“ seien, die eine „verantwortungsvolle“ Haltung an den Tag legen müssten. Die Vermittler wussten, dass Zugeständnisse, die von Führern in Verhandlungen gemacht werden, sehr selten zurückgenommen werden können. Egal wie sehr die Arbeiter auch dagegen sein mögen, die Tatsache, dass sich die Führer bereits öffentlich festgelegt haben, schadet der Position der Gewerkschaft und bewirkt Demoralisierung unter den Mitgliedern.

[...] Der Streik war ein harter und bitterer Kampf, aber bei der Vorbereitung der Sitzungen des Verhandlungskomitees der Gewerkschaft mit den Vermittlern hatten wir viel Spaß. Wir verachteten sie und all ihre hinterlistigen Kunstgriffe und Tricks und ihre heuchlerische Vorspiegelung von guter Kameradschaft und Freundschaft mit den Streikenden. Sie waren nichts weiter als Agenten der Regierung in Washington, die wiederum der Agent der Unternehmerklasse als Ganzes ist. Das war einem Marxisten völlig klar, und wir fassten es als ziemliche Beleidigung auf, dass sie annahmen, wir würden auf Methoden, die sie bei Neulingen anwandten, hereinfallen. Sie versuchten es dennoch. Offenbar kannten sie keine anderen Methoden. Aber sie kamen keinen Zentimeter voran, bis sie zur Sache kamen, auf die Bosse Druck ausübten und der Gewerkschaft Zugeständnisse machten. Die kollektive politische Erfahrung unserer Bewegung war sehr nützlich beim Umgang mit den Bundesvermittlern. Anders als dumme Sektierer ignorierten wir sie nicht. Manchmal brachten wir Diskussionen in Gang. Aber wir ließen uns nicht von ihnen benutzen und wir trauten ihnen keinen Augenblick. Unsere allgemeine Streikstrategie war, die Sache auszufechten, an niemanden irgendetwas zu verschenken, durchzuhalten und es auszufechten. Das war der trotzkistische Beitrag Nummer vier. Es mag als eine sehr banale und selbstverständliche Verhaltensmaßregel erscheinen, aber das stimmt nicht. Für die große Mehrheit der Streikführer damals war es nicht selbstverständlich.

Der fünfte und krönende Beitrag, den der Trotzismus zum Minneapolis-Streik beisteuerte, war die Veröffentlichung der täglichen Streikzeitung, des *Daily Organizer* [Täglicher Organisator]. Erstmals in der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung waren Streikende nicht mehr abhängig von der kapitalistischen Presse, wurden nicht mehr durch sie verwirrt und terrorisiert, mussten nicht miterleben, wie die öffentliche Meinung durch das kapitalistische Pressemonopol desorientiert wurde. Die Streikenden von Minneapolis veröffentlichten ihre eigene Tageszeitung. Dies wurde nicht von einer halben Million Bergarbeiter, von hunderttausend Auto- oder Stahlarbeitern bewerkstelligt, sondern von einer einzigen örtlichen Gewerkschaft von 5000

Lastwagenfahrern, einer neuen Gewerkschaft in Minneapolis, die eine trotzkistische Führung hatte. Die Führung wusste, dass Publicity und Propaganda äußerst wichtig sind, und das ist etwas, was nur sehr wenige Gewerkschaftsführer wissen. Es ist fast unmöglich, den gewaltigen Effekt dieser Tageszeitung begrifflich zu machen. Sie war nicht groß – nur ein zweiseitiges Blatt. Aber sie neutralisierte die kapitalistische Presse vollständig. Nach ein oder zwei Tagen kümmerten wir uns nicht mehr darum, was die Tageszeitungen der Bosse schrieben. Sie schrieben alles Mögliche, aber den Reihen der Streikenden war das recht egal. Sie hatten ihre eigene Tageszeitung und sie glaubten ihr aufs Wort. Der *Daily Organizer* überzog die Stadt wie eine Decke. Die Streikenden in der Zentrale bekamen ihn gewöhnlich alle direkt vom Drucker. Die Frauenhilfstrupps verkauften sie in jeder Gaststätte der Stadt mit Kundschaft aus der Arbeiterklasse. In vielen Kneipen in Arbeitervierteln ließen sie einen Stoß Zeitungen auf dem Tresen liegen zusammen mit einer Sammelbüchse mit Schlitz darin für Spenden. Viele Dollars wurden so gesammelt und von den freundlichen Barkeepern aufmerksam bewacht.

Jeden Abend kamen Gewerkschafter von den Betrieben und Eisenbahnbetriebshöfen, um sich Bündel des *Organizer* zur Verteilung unter den Männern ihrer Schicht abzuholen. Die Macht dieser kleinen Zeitung, ihr Einfluss auf die Arbeiter, ist unbeschreiblich. Sie glaubten dem *Organizer* und keiner anderen Zeitung. Hin und wieder erschien in der kapitalistischen Presse ein Artikel über neue Entwicklungen im Streik. Die Arbeiter glaubten es nicht. Sie warteten auf den *Organizer*, um zu sehen, was die Wahrheit war. Entstellte Presseberichte über Vorfälle im Streik und regelrechte Erfindungen – was die Moral so vieler Streiks gebrochen hatte – funktionierten in Minneapolis nicht. Mehr als einmal konnte man in der Menge, die sich immer um die Streikzentrale drängte, wenn die neueste Nummer des *Organizer* ausgeliefert wurde, Bemerkungen hören wie: „Du siehst, was der *Organizer* schreibt. Ich habe dir gleich gesagt, dass der Bericht in der *Tribune* eine verdammte Lüge ist.“ Das war die allgemeine Einstellung der Arbeiter gegenüber der Stimme der Arbeiterschaft im Streik, dem *Daily Organizer*.

Dieses machtvolle Instrument kostete die Gewerkschaft keinen Cent. Im Gegenteil, der *Daily Organizer* warf vom ersten Tag an Gewinn ab und trug den Streik weiter, wenn kein Geld mehr in der Kasse war. Der Gewinn des *Organizer* beglich die täglichen Ausgaben für die Verpflegungsstelle. Die Zeitung wurde an jeden, der sie wollte, kostenlos abgegeben, aber fast jeder sympathisierende Arbeiter gab etwas, von einem Nickel [fünf Cent] bis zu einem Dollar pro Exemplar. Die Moral der Streikenden wurde durch den *Organizer* aufrechterhalten, aber vor allem war seine Funktion

Fortgesetzt auf Seite 24

18 Parteiführer der SWP und Streikführer der Teamsters (Fernfahrer) in Minneapolis wurden aufgrund ihrer aktiven Opposition gegen den imperialistischen Krieg von der US-Regierung eingesperrt. Auf dem Bild 15 von ihnen auf dem Weg ins Gefängnis im Dezember 1943



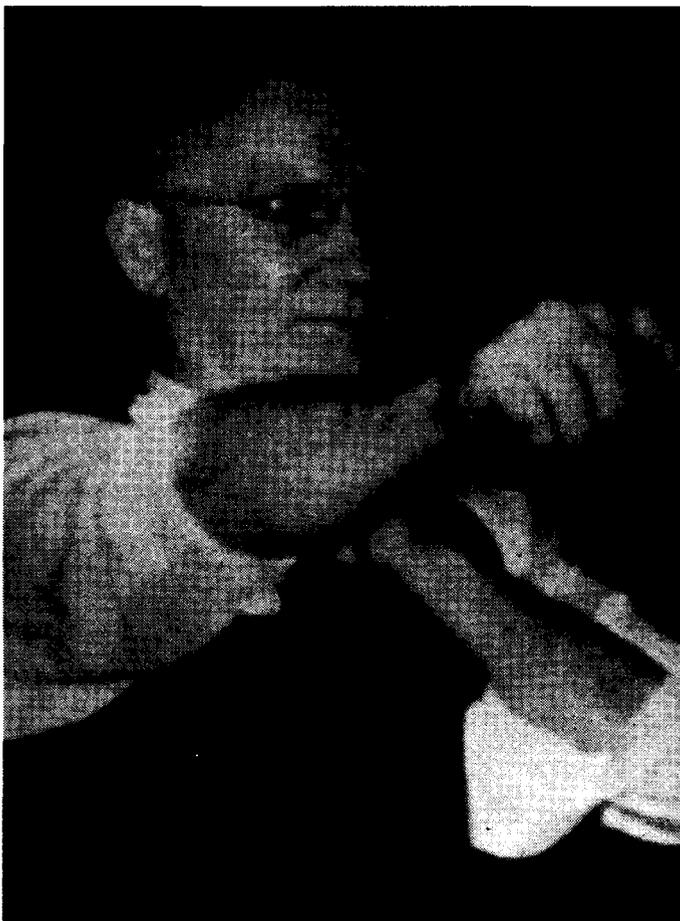
Minneapolis...

Fortsetzung von Seite 23

erzieherisch. Jeden Tag las man in der Zeitung die neuesten Nachrichten vom Streik, einige Witze über die Bosse, einige Informationen darüber, was in der Arbeiterbewegung los war. Es gab sogar eine tägliche Karikatur, gezeichnet von einem Genossen vor Ort. Dann gab es einen Leitartikel, der täglich die Lehren der letzten 24 Stunden zog und den weiteren Weg aufwies. „Das ist passiert. Das kommt als Nächstes. Das ist unsere Position.“ Die streikenden Arbeiter waren im Voraus gewappnet und auf jeden Schritt der Vermittler oder von Gouverneur Olson vorbereitet. Wir wären armselige Marxisten, wenn wir nicht 24 Stunden vorausschauen könnten. Wir kündigten neue Entwicklungen so oft an, dass die Streikenden begannen, unsere Vorhersagen wie Nachrichten zu behandeln und sich dementsprechend darauf zu verlassen. Der *Daily Organizer* war die bedeutendste aller Waffen im Arsenal der Minneapolis-Streiks. Ich kann ohne jede Einschränkung sagen, dass von allem, was wir beisteuerten, das Entscheidendste, das für den Sieg Ausschlaggebende, die Herausgabe der Tageszeitung war. Ohne den *Organizer* wäre der Streik nicht gewonnen worden.

[...]

Der Streik gab Floyd Olson, dem Farmer-Labor-Gouverneur, eine harte Nuss zu knacken. Wir kannten die widersprüchliche Lage, in der er sich befand. Er war einerseits angeblich ein Vertreter der Arbeiter; andererseits war er Gouverneur eines bürgerlichen Staats und fürchtete sowohl die öffentliche Meinung als auch die Unternehmer. Er war in einer Zwickmühle zwischen seiner Verpflichtung, etwas für die Arbeiter zu tun oder wenigstens diesen Anschein zu erwecken, und seiner Angst, den Streik aus dem Ruder laufen zu lassen. [...]



Pathfinder

James P. Cannon, Führer der trotzkistischen SWP, arbeitete eng mit Leo Trotzki zusammen

Floyd Olson war zweifellos der Führer der offiziellen Arbeiterbewegung in Minnesota, aber wir erkannten seine Führerschaft nicht an. Die Gewerkschaftsbürokraten in Minneapolis standen unter seiner Führung, genau wie die gegenwärtigen Bürokraten der CIO und der AFL unter der Führung von Roosevelt stehen. Roosevelt ist der Boss, und Floyd Olson war der Boss der gesamten Gewerkschaftsbewegung in Minneapolis außer Ortsgruppe 574. Aber er war nicht unser Boss; wir zögerten nicht, ihn auf die rücksichtsloseste Art anzugreifen. Unter diesen Angriffen wich er immer ein wenig zurück und machte ein oder zwei Zugeständnisse, die die Streikführung im Vorbeigehen mitnahm. Wir hatten keinerlei sentimentale Gefühle für ihn. Die örtlichen Gewerkschaftsbürokraten weinten und jammerten aus Furcht, seine politische Karriere könnte ruiniert werden. Das war uns egal. Das war seine Angelegenheit, nicht unsere. Was wir wollten, waren mehr Zugeständnisse von ihm, und diese forderten wir lautstark tagtäglich. Die Gewerkschaftsboszen waren zu Tode erschrocken. „Tut das nicht; treibt ihn nicht in diese Misere; denkt an die schwierige Lage, in der er sich befindet.“ Wir scherten uns nicht darum und gingen unsere eigenen Wege. Von beiden Seiten bedrängt und unter Beschuss, in Angst davor, den Streikenden zu helfen, und in Angst davor, es nicht zu tun, rief Floyd Olson das Kriegsrecht aus. Das ist wirklich eine der bizarrsten Episoden in der gesamten Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung. Ein Farmer-Labor-Gouverneur rief das Kriegsrecht aus und verhinderte damit den Betrieb von Lastwagen. Das war angeblich ein Punkt für die Gewerkschaftsseite. Doch dann erlaubte er den Lastwagen, mit Sondergenehmigungen wieder zu fahren. Das war ein Punkt für die Bosse. Natürlich machten sich die Streikposten daran, die Lastwagen zu stoppen, Genehmigungen hin oder her. Dann, ein paar Tage später, überfiel die Miliz des Farmer-Labor-Gouverneurs die Streikzentrale und verhaftete die Führer.

Aber ich greife den Ereignissen etwas vor. Nach der Ausrufung des Kriegsrechts waren die ersten Opfer, die ersten Kriegsgefangenen von Olson und seiner Miliz ich selbst und Max Shachtman. Ich weiß nicht, wie sie herausbekommen haben, dass wir dort waren, da wir in der Öffentlichkeit recht unauffällig auftraten. Aber Shachtman trug einen riesigen Cowboyhut, groß wie zehn Gallonen – woher er ihn hatte oder warum in Gottes Namen er ihn trug, habe ich nie erfahren –, und dadurch war er auffällig. Ich glaube, das ist der Grund, weshalb sie uns ausfindig machten. Eines Abends verließen Shachtman und ich die Streikzentrale und gingen in die Innenstadt und suchten Zerstreuung, schauten, was für Vorstellungen es gab. Am unteren Ende der Hennepin Avenue hatten wir eine Alternative: An einer Stelle gab es eine Varieté-Vorstellung, eine Tür weiter lief ein Film. Wo sollten wir hingehen? Nun, ich war natürlich für einen Film. Ein paar Kriminalbeamte, die sich an unsere Fersen geheftet hatten, folgten uns hinein und verhafteten uns dort. Um Haaresbreite wären wir in einer Varieté-Show verhaftet worden. Das wäre vielleicht ein Skandal gewesen. Darüber wäre ich nie hinweggekommen, da bin ich mir sicher.

Sie behielten uns für etwa 48 Stunden im Gefängnis; dann führten sie uns vor Gericht. Ich habe nie in meinem Leben so viele Bajonette auf einmal gesehen wie in und um den Gerichtssaal. All diese jungen Typen in der Miliz, „Hinterwäldler“ aus dem Norden des Bundesstaats und Fatzkes aus irgendwelchen Büros, schienen ganz erpicht darauf zu sein, etwas Praxis im Umgang mit dem Bajonett zu bekommen. Einige unserer Freunde waren im Gerichtssaal, um die Verhandlung zu beobachten. Schließlich überstellte uns der Richter dem Militär, und Shachtman und ich wurden die Korridore entlang und die Treppen hinunter

abgeführt, immer zwischen zwei Reihen von Milizmännern, die ihre Bajonette umklammerten. Als sie uns aus dem Gerichtsgebäude herausführten, hörten wir über uns einen Ruf. Bill Brown und Mick Dunne saßen gemütlich in einem Fenster im dritten Stock, sahen der Prozession zu, lachten und winkten uns zu. „Gebt auf diese Bajonette Acht“, rief Bill. Was tut man nicht alles für einen Lacher in Minneapolis. Als Bill und Mick einige Tage später von der Miliz verhaftet wurden, nahmen sie es ebenso leichtfertig hin.

[...] Wir wollten vor allem freikommen, damit wir dem Leitungskomitee der Gewerkschaft nützlich sein konnten. Wir beschlossen, ihr Angebot anzunehmen. Sie sagten: Wenn ihr zusagt, die Stadt zu verlassen, könnt ihr gehen. So sagten wir, in Ordnung: Wir zogen auf die andere Seite des Flusses nach St. Paul. Dort hielten wir jeden Abend Sitzungen des Leitungskomitees ab, solange noch einer der führenden Genossen in Freiheit war. Das Leitungskomitee des Streiks, manchmal mit Bill Brown, manchmal ohne ihn, stieg in ein Auto, fuhr hinüber, besprach die Erfahrungen des Tages und plante den nächsten Tag. Es gab während des ganzen Streiks keinen bedeutenden Schritt, der nicht im Voraus geplant und vorbereitet war.

Dann kam der Überfall auf die Streikzentrale. Eines Morgens früh um vier Uhr umzingelten die Miliztruppen die Zentrale und verhafteten Hunderte von Streikposten und alle Streikführer, derer sie habhaft werden konnten. Sie verhafteten Mick Dunne, Vincent Dunne, Bill Brown. In ihrer Eile „übersahen“ sie einige der Führer. Farrell Dobbs, Grant Dunne und einige andere entwischten ihnen. Sie gründeten einfach ein neues Komitee und errichteten eine Ersatzzentrale in mehreren freundlich gesinnten Garagen; die Arbeit der Streikposten, im Untergrund organisiert, wurde mit großer Energie fortgesetzt. Der Kampf ging weiter und die Vermittler machten mit ihren Hinterhältigkeiten weiter.

Ein Mann namens Dunnigan wurde als erster geschickt. Er war ein Kerl von beeindruckendem Aussehen, der einen Zwicker am schwarzen Band trug und teure Zigarren rauchte, aber er wusste nicht allzu viel. Nachdem er eine Weile vergeblich versucht hatte, die Streikführer herumzukommandieren, arbeitete er einen Vorschlag für einen Kompromiss aus, der substantielle Lohnerhöhungen für die Arbeiter vorsah, ohne ihren Forderungen gänzlich zu entsprechen. Inzwischen wurde einer von Washingtons Vermittler-Assen, ein katholischer Priester namens Vater Haas, geschickt. Er schloss sich Dunnigans Vorschlag an, der nun als „Haas-Dunnigan-Plan“ bekannt wurde. Die Streikenden nahmen ihn sofort an. Die Bosse mauerten und waren nun in die Position versetzt, sich einem Regierungsvorschlag zu widersetzen, aber das schien sie nicht zu kümmern. Die Streikenden nutzten die Situation wirkungsvoll aus, indem sie die öffentliche Meinung zu ihren Gunsten mobilisierten. Dann nach ein paar Wochen fand Vater Haas heraus, dass er die Bosse nicht unter Druck setzen konnte, und so beschloss er, die Streikenden unter Druck zu setzen. Das trug er dem Verhandlungskomitee der Gewerkschaft kurz und knapp vor: „Die Bosse wollen nicht nachgeben, also müsst ihr nachgeben. Der Streik muss beigelegt werden; Washington besteht darauf.“

Die Streikführer antworteten: „Nein, das können Sie nicht machen. Eine Abmachung ist eine Abmachung. Wir haben den Haas-Dunnigan-Plan akzeptiert. Wir kämpfen für Ihren Plan. Ihre Ehre steht hier auf dem Spiel.“ Woraufhin Vater Haas sagte – dies ist eine weitere Drohung, die sie immer gegen Streikführer verwenden: „Wir werden im Namen der Regierung der Vereinigten Staaten an die Mitgliedschaft der Gewerkschaft appellieren.“ Bei solch einer Drohung fällt unerfahrenen Gewerkschaftsführern gewöhnlich das Herz in die Hose.

Aber die Streikführer von Minneapolis ließen sich nicht erschrecken. Sie sagten: „In Ordnung, also los.“ Sie arrangierten eine Versammlung für ihn. Oh, er bekam eine Versammlung, wie er sie nicht erwartet hatte. Diese Versammlung, wie jede andere wichtige Aktion im Streik, war im Voraus geplant und vorbereitet worden. Kaum hatte Vater Haas seine Rede beendet, als auch schon der Sturm über ihn hereinbrach. Einer nach dem anderen standen die Streikenden von der Basis auf und zeigten, wie gut sie sich die in Vorbereitungstreffen grob umrissenen Reden gemerkt hatten. Sie jagten ihn fast aus der Versammlung. Sie verursachten bei ihm körperliches Unwohlsein. Er warf seine Hände hoch und verließ die Stadt. Die Streikenden lehnten einstimmig seinen verräterischen Versuch ab, ihren Streik und damit ihre Gewerkschaft zunichte zu machen.

Dunnigan war erledigt, Vater Haas war erledigt. Dann schickten sie einen dritten Bundesvermittler. Er hatte offensichtlich aus den traurigen Erfahrungen der beiden anderen gelernt, jeglichen Mumpitz zu unterlassen. Mr. Donaghue, ich glaube so hieß er, kam schnell zur Sache und arbeitete in ein paar Tagen ein Übereinkommen aus, das einen substantiellen Sieg für die Gewerkschaft bedeutete.

[...]

In Minneapolis sahen wir die den Arbeitern eigene Kampfbereitschaft verbunden mit einer politisch bewussten Führung. Minneapolis zeigte, wie großartig die Rolle einer solchen Führung sein kann. Es eröffnete großartige Aussichten für die Partei, die auf korrekten politischen Prinzipien basiert und mit den Massen der amerikanischen Arbeiter verschmolzen und vereinigt ist. In dieser Verbindung kann man die Macht entdecken, die die ganze Welt erobern wird.

* * *

Während jenes Streiks, täglich in Beschlag genommen durch zahllose Kleinigkeiten und unter dem ständigen Druck der täglichen Ereignisse, vergaßen wir doch nicht die politische Seite der Bewegung. Im Leitungskomitee diskutierten wir gelegentlich nicht nur das unmittelbare Tagesproblem des Streiks; so gut wir konnten, blieben wir auf dem Laufenden und verfolgten aufmerksam die Ereignisse in der Welt außerhalb von Minneapolis. Zu jener Zeit arbeitete Trotzki gerade einen seiner kühnsten taktischen Schachzüge aus. Er schlug vor, dass die Trotzkiisten Frankreichs dem wieder belebten linken Flügel der französischen Sozialdemokratie beitreten und dort als bolschewistische Fraktion arbeiten sollten. Dies war die berühmte „französische Wende“. Wir diskutierten diesen Vorschlag mitten in der Hitze des Streiks von Minneapolis. Wir übersetzten ihn für Amerika in eine Anweisung, die Fusion mit der American Workers Party voranzutreiben. Die AWP war offensichtlich die uns am nächsten stehende politische Gruppe und bewegte sich nach links. Wir beschlossen, der nationalen Führung unserer Liga zu empfehlen, entschlossene Schritte zur Beschleunigung der Vereinigung zu unternehmen und sie vor Jahresende zu vollenden. Die Leute um Muste hatten einen großen Streik in Toledo angeführt. Die Trotzkiisten hatten sich in Minneapolis ausgezeichnet. Toledo und Minneapolis waren verbunden als Zwillingsymbole der beiden Höhepunkte proletarischer Militanz und bewusster Führung. Diese beiden Streiks führten dazu, dass die Kämpfer in jeder Schlacht immer näher zusammenrückten; dass sie einander immer sympathischer wurden, immer stärker nach enger Zusammenarbeit verlangten. Nach Lage der Dinge war es offensichtlich, dass es Zeit war, das Zeichen zur Vereinigung dieser beiden Kräfte zu geben. Wir kehrten aus Minneapolis zurück mit diesem Ziel im Blick und bewegten uns entschlossen auf die Vereinigung der Trotzkiisten mit der American Workers Party zu, um eine neue Partei zu gründen – die amerikanische Sektion der Vierten Internationale. ■

Naher Osten...

Fortsetzung von Seite 8

sich der Ministaat-Lösung, konnten aber keine andere Alternative anbieten als fortgesetzten Krieg zwischen den arabischen Regimen und Israel. Dies basierte auf der Annahme, dass die arabischen bürgerlichen Regime dazu gedrängt werden könnten, für die Rechte der Palästinenser zu kämpfen. Die Realität hingegen ist, dass die arabischen bürgerlichen Regime den nationalen Bestrebungen der Palästinenser nicht weniger feindlich gegenüberstehen als die zionistischen Herrscher.

Demonstranten in arabischen Städten forderten: „Wo bleiben die arabischen Armeen?“ Aber als arabische Armeen 1948 gegen Israel in den Krieg zogen, war es nicht, um Palästina zu „befreien“, sondern um es unter sich selbst aufzuteilen. Und die zionistischen Führer waren sich dieser Tatsache vollkommen bewusst. Im November 1947 hielt die Führerin der Jewish Agency, Golda Meir, Geheimverhandlungen ab mit König Abdullah von Transjordanien, der sie von seinen Plänen in Kenntnis setzte, das damalige Ostpalästina zu übernehmen: „Ich will das Gebiet zu meinem Königreich annectieren. Ich will keinen weiteren arabischen Staat schaffen, der meine Pläne durchkreuzen würde. Ich will der Reiter sein, nicht der Gerittene!“ (zitiert in Dan Kurzman, *Genesis 1948* [1970]). Tatsächlich waren zwischen 1948 und dem arabisch-israelischen Krieg von 1967 das Westjordanland und Gaza von Jordanien beziehungsweise Ägypten besetzt. Und die Palästinenser dort blieben politisch rechtlos und waren brutaler Repression unterworfen.

Fassungslos über die Niederlage, die ihnen Israel 1967 beibrachte, war die Autorität der arabischen Regime genügend erschüttert, um palästinensischen nationalistischen Kräften mehr Handlungsspielraum einzuräumen. Aber die arabischen Regime konnten nicht lange dulden, dass unabhängige bewaffnete Kräfte auf ihrem Territorium operierten. Hin und wieder von den Zionisten angespornt, unterdrückten die arabischen Herrscher den palästinensischen Widerstand. In den zehn Jahren nach dem Krieg von 1967 wurden nahezu 50 000 Palästinenser von arabischen Regierungen abgeschlachtet, einschließlich der etwa 10 000 Kämpfer, die 1970 im Massaker des Schwarzen September von der jordanischen Monarchie getötet wurden.

Als sich die PLO 1974 für eine „Zweistaaten“-Lösung aussprach, erklärten wir: „Westjordanland-Ministaat keine Lösung“, räumten aber ein, dass dies „ein sehr partieller und deformierter Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts der palästinensischen Araber“ sei (WV Nr. 57, 22. November 1974). Solch ein Kleinstaat im Würgegriff Israels hätte für die dort lebenden Palästinenser eine Existenz in Armut bedeutet. Was aber seit dem Osloer Abkommen als „unabhängiges“ Palästina angeboten wurde, würde nicht einmal den allerdeformiertesten Ausdruck von Selbstbestimmung darstellen. Bestenfalls würde es dem ähneln, was der ehemalige Premierminister Ehud Barak vor zwei Jahren Arafat in Camp David angeboten hatte: der Gazastreifen und vier isolierte Kantone im Westjordanland, kreuz und quer zerschnitten von „strategischen Autobahnen“ und umgeben von befestigten Siedlungen. Dieser „Ministaat“ wäre nichts weiter als ein Bantustan, wo angrenzende Staaten ihre unerwünschten palästinensischen Bevölkerungen abladen könnten – 2,5 Millionen in Jordanien, 1,5 Millionen in Israel und eine Million im Libanon und in Syrien.

Ein „demokratisches, säkulares“ Palästina?

Während die meisten amerikanischen linken Organisationen heute die Ministaat-Lösung ablehnen, klammern sich ISO, WWP, die maoistische Revolutionary Communist Party (RCP) und andere an die Forderung nach einem „säkularen,

demokratischen Palästina“, die lange Jahre von der PLO aufgestellt worden war. Zum Beispiel erklärt der *Socialist Worker* (12. April) der ISO: „Wir müssen den Kampf um Selbstbestimmung für die Palästinenser bedingungslos unterstützen – und für ein demokratisches und säkulares Palästina kämpfen, in dem Juden, Araber, Moslems und Christen gleiche Rechte haben.“

Zunächst einmal würde ein solcher Staat die Millionen Palästinenser ausschließen, die heute in Jordanien, einem mehrheitlich palästinensischen Land, leben. Noch grundlegender: Ein säkulares, demokratisches Palästina mag zwar vielen westlichen Linken und Liberalen als eine humane, rationale Lösung erscheinen, aber es bewahrt doch den wesentlichen Kern der arabisch-nationalistischen Position, zu *leugnen*, dass die hebräischsprachige Bevölkerung eine Nation darstellt mit dem Recht auf Selbstbestimmung. Vielmehr solle diese einfach wie eine religiöse Minderheit behandelt werden.

In Übereinstimmung mit dieser Auffassung beschreiben ISO, RCP, WWP und andere Israel als „Siedler-Kolonialstaat“. Hinter dieser Position steht das Argument, dass die israelischen Juden als Unterdrücker ihre eigenen nationalen Rechte gegenüber den unterdrückten Palästinensern verweigert hätten. Dieses Argument wird explizit von der League for the Revolutionary Party (LRP) geäußert, die in einem Flugblatt vom 5. April erklärt: „Ganz Israel ist ‚besetztes Gebiet!‘“ Die LRP spricht zwar von „jüdischen Arbeitern“ und „Klassengegensätzen innerhalb der israelischen Gesellschaft“, charakterisiert aber das gesamte hebräischsprachige Proletariat als „Arbeiteraristokratie“ und fordert „einen einzigen palästinensischen Arbeiterstaat“. Die Logik der LRP-Position ist, dass die israelische Arbeiterklasse, falls sie nicht gewillt ist, in einem palästinensisch dominierten Staat zu leben, gar kein Recht habe, überhaupt in dieser Region zu leben.

Diese Perspektive verwirft jede Möglichkeit, die hebräischsprachigen Arbeiter für ein Programm der *Klasseneinheit* mit ihren arabischen Brüdern und Schwestern zu gewinnen, in einem gemeinsamen Kampf um gemeinsame Klasseninteressen gegen all die Ausbeuter und Unterdrücker der Region. Und ohne das ist jegliche Rede von „Revolution“ oder nationaler Gerechtigkeit nur leere Rhetorik, die nichts dazu beiträgt, die Sache der Palästinenser voranzubringen.

Die Doktrin, dass eine Unterdrückernation ihr Recht auf Selbstbestimmung verweigert habe, hat nichts mit Sozialismus oder Demokratie zu tun; es ist die Ideologie des völkermörderischen Irredentismus [Anschluss an das Mutterland]. Der zionistische Staat wurde geschaffen, indem die nationalen Rechte der Palästinenser mit Füßen getreten wurden. Aber die Sicherstellung der nationalen Rechte der Palästinenser bedeutet *nicht*, die Unterdrückungsbedingungen umzukehren und dem hebräischsprachigen Volkes die demokratischen Rechte zu verweigern. Grundlegend für die leninistische Position zur nationalen Frage – die einzig konsequent demokratische Position – ist, dass alle Nationen ein Recht auf Selbstbestimmung haben.

Für arabisch/hebräische Arbeiterrevolution!

Der Kern der palästinensischen Frage besteht in der Unmöglichkeit für geographisch vermischt lebende Völker, innerhalb eines kapitalistischen Rahmens nationale Gerechtigkeit zu erlangen. Sowohl palästinensische Araber als auch hebräischsprachige Israelis bewohnen und beanspruchen einen kleinen Streifen Land im Nahen Osten. Unter dem Kapitalismus wird die Ausübung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung durch eine der beiden Bevölkerungen notwendigerweise auf Kosten der anderen gehen. Die nationale Emanzipation der Palästinenser – einschließlich des

Rechts aller Flüchtlinge und ihrer Nachkommen, in ihre Heimat zurückzukehren – erfordert notwendigerweise Arbeiterrevolutionen, um das haschemitische Königreich Jordanien und die blutigen ba'athistischen Bonapartisten in Syrien hinwegzufegen, die kapitalistischen Herrscher des Libanons zu stürzen und den zionistischen Staat zu zerschlagen, und die Errichtung einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens.

In den 70er- und frühen 80er-Jahren erhoben wir die Forderung nach einem binationalen Arbeiterstaat, der sowohl das palästinensisch-arabische als auch das hebräischsprachige Volk umfasst, aber wir haben seither diese taktische Perspektive nicht mehr aufgeworfen. Wir können nicht die spezielle nationale Konfiguration vorhersehen, die den demokratischen Ansprüchen beider Völker unter den Bedingungen proletarischer Staatsmacht in der Region am besten gerecht wird. Es könnte sehr wohl die Form eines binationalen Arbeiterstaates sein oder aber zweier oder mehrerer Arbeiterstaaten.

Allein die Arbeiterklasse Israels kann die zionistische Festung von innen zerstören. Wenn nicht die hebräischsprachigen Arbeiter vom Zionismus gebrochen und für die Verteidigung des palästinensischen Volkes gewonnen werden, wird es keine Zukunft für das hebräischsprachige Volk im Nahen Osten geben. Wenn die israelische Bourgeoisie nicht durch eine sozialistische Revolution hinweggefegt wird, wird früher oder später der blutige Kurs des zionistischen Expansionsstrebens die israelischen Herrscher dazu verleiten, ihr Atomwaffenarsenal einzusetzen und die ganze Region in eine verwüstete Einöde zu verwandeln.

Die israelische Gesellschaft ist keine durchgängig reaktionäre Masse. Selbst angesichts der gegenwärtigen antiarabischen Hysterie beteiligten sich am 3. April etwa 10000 Menschen an einer „Frieden-jetzt“-Demonstration in Tel Aviv und forderten den Rückzug aus den besetzten Gebieten. Sephardische Juden stehen zwar weitgehend unter dem Einfluss rechtsgerichteter und religiöser Parteien, leiden aber unter weit verbreiteter Diskriminierung und Armut; die palästinensischen Araber, formell „Staatsbürger“, werden in separate, verarmte Gegenden und auf niedrig bezahlte Hilfsarbeiterjobs verwiesen. Noch grundlegender ist, dass die hebräischsprachigen Arbeiter durch ihr Klasseninteresse gezwungen werden, gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter zu kämpfen, wie eine Reihe von Streiks gerade in den letzten Monaten bezeugen.

Wir haben keine Illusionen, dass es leicht sein wird, den Chauvinismus der hebräischsprachigen Arbeiterklasse zu erschüttern. Wahrscheinlich werden nur große historische Ereignisse wie etwa die Niederlage und Demütigung Israels in einem Krieg oder eine verheerende Wirtschaftskrise die israelische Arbeiterklasse von ihren zionistischen Herrschern brechen und die Grundlage für eine revolutionäre Arbeitermassenpartei schaffen können. Andererseits würde auch die Machtergreifung des Proletariats in einem der größeren Staaten des Nahen Ostens – wie Ägypten, Irak oder Iran – unter revolutionär-internationalistischer, d.h. kommunistischer Führung das Bewusstsein der israelischen Arbeiterklasse dramatisch verändern.

Die Massenproteste von Nordafrika bis zum Persischen Golf in Solidarität mit den Palästinensern zeugen von der Brüchigkeit der arabischen bürgerlichen Regime. Die Nationalisten und Islamisten setzen auf einen „heiligen Krieg“ der arabischen Völker gegen das zionistische Israel. Marxisten kämpfen darum, die Klassenfrage in den Vordergrund zu stellen, um das Proletariat der islamischen Länder des Nahen Ostens im Kampf gegen ihre eigenen Bourgeoisien zu mobilisieren. Diese Möglichkeit zeigte sich deutlich bei den revolutionären Aufständen im Iran und Irak in den 50er-Jahren. Jedoch wurden diese revolutionären Gelegen-

heiten von den stalinistisch geführten Kommunistischen Parteien verraten. Sie ordneten das Proletariat einem Bündnis mit „fortschrittlichen“ bürgerlichen Nationalisten unter, die, einmal an der Macht, ein Blutbad an den kommunistisch geführten Arbeitern verübten.

In jüngerer Zeit gab es bedeutende Arbeiterkämpfe in der ganzen Region, von Algerien über Ägypten bis zum Iran. In Algerien streikten am 9. April 14000 Ölarbeiter um Löhne und Arbeitsbedingungen und legten die Raffinerie von Skikdalahm, die 70 Prozent des Öls des Landes weiterverarbeitet. Kämpfe der Arbeiterklasse müssen ausgerichtet werden auf einen Kampf für soziale und nationale Emanzipation gegen die imperialistischen Unterdrücker und die einheimischen Bourgeoisien, die ihnen als Agenten dienen. Entscheidend für diese Aufgabe ist die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse, was einen unnachgiebigen Kampf gegen alle Formen des Nationalismus und religiösen Fundamentalismus erfordert. Notwendig ist die Schmiedung von marxistischen Avantgardeparteien basierend auf der Perspektive und dem Programm von Trotzki's permanenter Revolution:

„In bezug auf die Länder mit einer verspäteten bürgerlichen Entwicklung, insbesondere auf die kolonialen und halbkolonialen Länder, bedeutet die Theorie der permanenten Revolution, daß die volle und wirkliche Lösung ihrer demokratischen Aufgabe und des Problems ihrer nationalen Befreiung nur denkbar ist mittels der Diktatur des Proletariats als des Führers der unterdrückten Nation und vor allem ihrer Bauernmassen...

In einem Lande dagegen, wo das Proletariat als Endergebnis einer demokratischen Revolution zur Macht gekommen ist, hängt das weitere Schicksal der Diktatur und des Sozialismus letzten Endes nicht nur und nicht so sehr von den nationalen Produktivkräften ab, wie von der Entwicklung der internationalen sozialistischen Revolution.“ (Die permanente Revolution, 1929)

Der Kampf für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens ist Teil des Kampfes, das System des Imperialismus international hinwegzufegen. Andererseits würde der Kampf um proletarische Macht im Nahen Osten, einer Region, die das Öl liefert, von dem die Industriewirtschaft Nordamerikas, Westeuropas und Japans abhängig ist, ohne Zweifel auf die Feindschaft der Imperialisten treffen. Die Befreiung der Völker des Nahen Ostens ist deshalb aufs engste verbunden mit dem Kampf für proletarische Revolution im imperialistischen Westen. Dies bedeutet vor allem die Notwendigkeit, revolutionäre Arbeiterparteien in den imperialistischen Ländern aufzubauen, insbesondere in den Vereinigten Staaten, der mächtigsten und tödlichsten imperialistischen Macht. Für die Wiederschmiedung von Trotzki's Viertes Internationale, Weltpartei der sozialistischen Revolution!

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 779, 19. April

طلبوا الحق الوطني والتحرير - العربيات

الاعتداء على مركز التجارة الدولي

Bestellt!

In Arabisch erhältlich

Gegen Repression im eigenen Land, gegen imperialistische „Vergeltung“

Der Anschlag auf das World Trade Center

Übersetzung der Erklärung des Politischen Büros der Spartacist League/U.S. vom 12. September 2001

€ 0,25

Zu beziehen über die Kontaktadresse

SPD, PDS ...

Fortsetzung von Seite 32

bürgerliche Arbeiterpartei bezeichnete: eine Partei mit einer Arbeiterbasis, aber einem Programm, den Kapitalismus zu erhalten und zu verwalten. In Berlin bildet die PDS zusammen mit der SPD den Senat und versucht die bankrotte Stadt auf Kosten der Arbeiter und Unterdrückten für die Bourgeoisie zu „sanieren“. Während der Senat 10 Prozent Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst ankündigte und darüber hinaus auch noch 30 000 entlassen will, warf er der Berliner Bankgesellschaft gerade eine Bürgschaft über 21,6 Milliarden Euro in den Rachen. So wie 1998 und bei den Berliner Wahlen rufen wir auch für die kommenden Bundestagswahlen auf: **Keine Stimme für SPD, PDS!**

Zu ihren jetzigen massiven Angriffen auf die Arbeiterklasse wurden die Bosse durch die Konterrevolution in der DDR, Osteuropa und der Sowjetunion vor mehr als zehn Jahren ermutigt, gegen die wir Trotzisten mit allen Mitteln unserer Internationale kämpften. Wir verteidigten diese deformierten Arbeiterstaaten bedingungslos militärisch – d.h. ohne der herrschenden stalinistischen Bürokratie die geringste politische Unterstützung zu geben –, denn in ihnen war die Bourgeoisie enteignet worden und es gab eine wenn auch bürokratisch geplante Kollektivwirtschaft. 1989/90 kämpften wir für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands – für politische Revolution im Osten, um die stalinistische Bürokratie hinwegzufegen, und für eine soziale Revolution im Westen –, für ein Rotes Rätendeutschland.

Schon den Bolschewiki war klar, dass es notwendig war, die Russische Revolution auszuweiten vor allem auf die fortgeschrittenen imperialistischen Länder. Dafür gründeten Lenin und Trotzki 1919 die Dritte Internationale als Weltpartei der Revolution. Im Gegensatz dazu steht das stalinistische reaktionäre Dogma vom Aufbau des „Sozialismus in einem Lande“, das auch das Programm der SED war. Es führte zum Ausverkauf revolutionärer Möglichkeiten international: von Spanien 1935/36 bis hin zu Frankreich 1968. Dieses Programm verwandelte die Dritte Internationale in ein Instrument zur Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Bourgeoisie im Namen der „friedlichen Koexistenz“.

In dieser Tradition steht die PDS, die 1990 die prosozialistischen Arbeiter der DDR mit Modrows „Deutschland einig Vaterland!“ und „Wir sind ein Volk 1:1!“ in die kapitalistische Wiedervereinigung geführt und die DDR an den deutschen Imperialismus ausverkauft hat. Sie ist somit direkt mitverantwortlich für die Folgen der Konterrevolution, nicht nur für die industrielle Wüste in der ehemaligen DDR und die Angriffe auf die Sozialsysteme heute, sondern auch für die Stärkung der sozialen Reaktion, z.B. die Angriffe auf Abtreibungsrechte der Frauen, der verschärfte Rassismus oder der enorme Auftrieb, den die kapitalistische Wiedervereinigung den Faschisten gab.

Jetzt fürchten die Kapitalisten nicht mehr das Beispiel der sozialen Errungenschaften der geplanten Wirtschaft der deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa wie Arbeit für alle, Kindergärten, kostenlose Gesundheitsversorgung, keine Obdachlosigkeit usw. Daher sind die sozialen Zustände der Kapitalisten, mit deren Hilfe die Sozialdemokratie die Arbeiterklasse an der Heimatfront im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion ruhig stellen sollte, in den Augen der Kapitalisten heute überflüssige Lohnnebenkosten. So versuchen sie aus der Arbeiterklasse drastisch mehr Profit herauszuschlagen und den so genannten „Sozialstaat“ zu zerschlagen. Dabei benutzen sie die Lüge vom „Tod des Kommunismus“, um den Arbeitern einzutrichern, dass sie den „Bedürfnissen“ der Kapitalisten nach mehr und mehr Profit nichts entgegenzusetzen haben, da Kapitalismus ja das einzig mögliche System sei und jeder Kampf für eine

Alternative daher letztendlich kriminell.

Der Versuch, die SPD zur Rückkehr zum guten alten „Sozialstaat“ zu zwingen, ist also eine Utopie. Der einzige Weg vorwärts ist, eine revolutionäre Arbeiterpartei zu schmieden, die das Ziel hat, die Kapitalistenklasse zu enteignen und unter einer Arbeiterräterregierung eine geplante kollektive Wirtschaft zu errichten, die nicht den Profiten weniger, sondern den Bedürfnissen aller dient. Eine solche Partei würde ihre Ziele durch Massenkämpfe basierend auf der Arbeiterklasse verfolgen, anstatt impotente Appelle ans Parlament zu richten und dort die hundertste kapitalistische Regierungskoalition zusammenzustoppeln. Die entscheidenden Fragen, für die wir Spartakisten heute kämpfen, sind die notwendigen Grundlagen für den Aufbau einer multiethnischen revolutionären Arbeiterpartei: Kampf gegen Chauvinismus, rassistische Diskriminierung und Unterdrückung von Asylsuchenden, Immigranten und Minderheiten; Kampf gegen die Unterdrückung von Frauen; Widerstand gegen alle imperialistischen Kriege und Angriffe durch den deutschen Imperialismus wie auf dem Balkan und in Afghanistan; und die bedingungslose militärische Verteidigung der verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten China, Kuba, Vietnam und Nordkorea gegen Konterrevolution und imperialistischen Angriff.

Mobilisiert die Gewerkschaften in Verteidigung von Immigranten und Minderheiten!

Seit dem 11. September haben überall in Europa ebenso wie in den USA die Bourgeoisien die „nationale Einheit“ proklamiert und im Namen des „Kampfes gegen den Terror“ den rassistischen Staatsterror massiv verschärft. So hat Schily das verschärfte „Sicherheitsüberprüfungsgesetz“ durchgepeitscht, mit dem große Teile der Arbeiterklasse und ihre Familien und Bekannten z.B. im Bereich „Energie, Wasser, pharmazeutische Firmen, Krankenhäuser, Banken“ sowie „Telekommunikation, Bahn, Post, Rundfunk- und Fernsehanstalten“ direkt attackiert werden durch „Überprüfungen“ von Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst. Außerdem werden beispielsweise Angaben über „Beziehungen zu verfassungsfeindlichen Organisationen“ gefordert. Dies ist eine verschärfte Neuauflage der unsäglichen Berufsverbote der 70er-Jahre im öffentlichen Dienst und der Anti-Stasi-Hexenjagd der 90er-Jahre. Allein die Teilnahme an einer Anti-Nazi-Demo oder etwa die Unterstützung eines kurdischen Kulturvereins vor zehn Jahren kann dazu führen, dass man gefeuert wird. Welche Chance, diese „Sicherheitsüberprüfung“ zu überstehen, hätte beispielsweise ein aktiver Gewerkschafter, der sich gegen den Afghanistan-Krieg stellt, besonders dann, wenn er Immigrant ist? Ergänzt wird dieses Gesetz durch die rassistische Rasterfahndung, in deren Rahmen Millionen Datensätze erstellt und alle Studenten/Arbeiter muslimischer Herkunft – d.h. besonders Immigranten türkischer und kurdischer Herkunft – als potenzielle Terroristen dargestellt werden. In Hamburg, wo der Schwarze Achidi John in Polizeigewahrsam umgebracht wurde, mobilisierte die Spartakist-Jugend zu einem Einheitsfrontprotest (siehe Seite 3). Es ist dringend notwendig, dass die Gewerkschaften den Kampf aufnehmen: **Nieder mit dem rassistischen Sicherheitsüberprüfungsgesetz! Nieder mit der rassistischen Rasterfahndung!**

In den USA benutzte die Regierung die Anschläge vom 11. September, um „Nationale-Einheit“-Patriotismus aufzupeitschen. Dies wollen sie gewaltsam per Gesetzpaket durchsetzen durch den „USA-Patriot Act“, der eine qualitative Einschränkung demokratischer Rechte darstellt, einschließlich massiver Razzien gegen Immigranten, Haft ohne Prozess, faktischer Eliminierung jeglicher formaler Einschränkungen der Bespitzelung der Bevölkerung durch die Geheimpolizei und der Ausweitung der Definition von „Ter-

rorismus“, so dass es jeden einschließen kann, der für einen Gegner der Regierung gehalten wird. Der „Maritime Security Act“ richtet sich gegen Immigranten und bedroht auch schwarze Arbeiter und alle kämpferischen Gewerkschafter besonders der ILWU (Hafenarbeitergewerkschaft). Das Partisan Defense Committee und die Labour Black Leagues for Social Defense, die brüderlich verbunden sind mit der Spartacist League/U.S., initiierten eine Einheitsfrontdemonstration unter den Losungen „Nieder mit der Anti-Immigranten-Hexenjagd! – Anti-Terror-Gesetze zielen auf Immigranten, Schwarze, Arbeiter! Nein zum USA-Patriot Act und dem Maritime Security Act!“. Am 9. Februar kamen in Oakland 300 entschlossene Gewerkschafter, Immigranten, Schwarze und Jugendliche auf die Straße zum ersten Gewerkschaftsprotest seit dem 11. September in den USA, der sich direkt gegen diese chauvinistischen Gesetze wendet. Der Protest richtete sich gegen die „nationale Einheit“, die auf der Lüge basiert, die Arbeiterklasse und ihre Ausbeuter hätten gemeinsame Interessen, und er unterstrich, dass die Arbeiterklasse ihre verwundbarsten Teile wie Immigranten verteidigen muss. Dies zeigt die Notwendigkeit und Möglichkeit für proletarischen Internationalismus und weist die antiamerikanischen Lügen zurück – wie sie von PDS und SPD-„Linken“ verbreitet werden –, die die multirassistische Arbeiterklasse der USA mit ihren Unterdrückern gleichsetzen.

Das „Zuwanderungsgesetz“ von SPD/Grünen ist in Wahrheit ein Gesetz, das nahezu jede Einwanderung unmöglich macht. So wird hier lebenden Immigranten sogar verboten, ihre Kinder hierher zu holen, wenn sie älter als zwölf Jahre sind. Weiterhin dient es dazu, das, was vom Asylrecht noch übrig ist, noch weiter einzuschränken und hier lebende Immigranten, die bisher einen legalen Status hatten, abschieben zu können. Die DGB-Führung ist zwar auf dem Papier dafür, dass Kinder von Immigranten nach Deutschland nachziehen dürfen, doch das hält sie nicht davon ab, Schily zu unterstützen: „Im Interesse Deutschlands sollten die Unionsparteien ihre Blockadehaltung aufgeben und den Weg freimachen für eine gestaltende Einwanderungspolitik“ (1. März). Schlüssel dafür, dieses Gesetz im Bundesrat durchzubekommen, war das „Ja“ der PDS, die zuvor im Bundestag, wo ihre Stimme für die SPD/Grünen-Mehrheit keine Rolle spielte, dagegen gestimmt hatte. Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion und antirassistisches Aushängeschild der PDS, sorgt sich nun: „Mit ihrer Zustimmung hat sich die PDS deshalb meines Erachtens in die Gefahr begeben, dass sie als ‚Umfaller‘ wie die Grünen dasteht, die um des Machterhaltes willen Grundsatzpositionen aufgegeben haben“ (*junge Welt*, 23. März). Ihr geht es also um die Glaubwürdigkeit der PDS, die angeblich antirassistische „Grundsatzpositionen“ hat. Doch dort, wo die PDS an der Macht ist – Mecklenburg-Vorpommern und Berlin –, führt sie rassistischen Staatsterror durch. Und seit Jahren unterstützt und fördert die PDS Nazi-Jugendklubs als angebliche antifaschistische Sozialarbeit. Doch in der Realität gibt sie so den Nazibandern Organisationshilfe für deren rassistischen Mordterror.

Tatsächlich gibt das Klima von rassistischer Hetze und der verschärfte rassistische Staatsterror den Nazis Auftrieb. Anfang Dezember marschierten 3000 Nazis durch Berlin-Mitte gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“, wobei sie von den SPD/Grünen/PDS-Bullen gegen aufgebrachte Gegendemonstranten geschützt wurden. Heute richtet sich der Mordterror der Nazibandern vor allem gegen die verwundbarsten Teile der Gesellschaft, vor allem gegen Immigranten. Morgen würden sie sich gegen streikende Arbeiter und die Gewerkschaften wenden. Das zeigt sich auch darin, dass die NPD vorhat, am 1. Mai, dem Tag der internationalen Arbeiterklasse, in Berlin und Frank-



Yahoo

Rassistischer Staatsterror: Razzia Hamburger Bullen

furt/Main für ihr Völkermordprogramm aufzumarschieren. Und vergesst nicht: Als die Nazis 1933 an die Macht kamen, zerschlugen sie KPD, Gewerkschaften und SPD.

Wie das *Neue Deutschland* berichtete, haben die S-Bahnfahrer dagegen protestiert, in Sonderzügen den NPD-Ab-schaum transportieren zu müssen, wozu sie wiederholt vom Senat mit krimineller Duldung durch die ver.di-Gewerkschaftsbürokratie gezwungen worden waren. *Ver.di hat die soziale Macht, dafür zu sorgen, dass am 1. Mai kein Nazi-Sonderzug rollt!* Doch statt die Belegschaft zu mobilisieren, fordert der S-Bahn-Betriebsratsvorsitzende Tannhäuser: „Am besten wäre, die NPD-Demo wird komplett verboten“ (5. April). Solche Verbotsappelle werden die Nazis nicht stoppen, aber der bürgerliche Staat wird sie immer gegen Linke und die Arbeiterbewegung benutzen. 1993 wurden gleichzeitig mit der FAP die PKK und 36 kurdische Vereine verboten. Der bürgerliche Staat schützt die Nazis deshalb, weil sie die außerparlamentarischen Schocktruppen der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterbewegung sind. Und wie der V-Mann-Skandal bei Schilys NPD-Verbotsverfahren zeigt, hilft der kapitalistische Staat der NPD sich zu organisieren und zu finanzieren. Heute sieht die Bourgeoisie nicht die Notwendigkeit, so wie zu Beginn der 30er-Jahre, die Faschisten an die Macht zu bringen, weil die „normalen“ Methoden, sich das Proletariat unterzuordnen (d.h. die Reformisten, die die Arbeiterklasse in Klassenkollaboration und Parlamentarismus gefangen halten), ausreichend sind. Aber die Bourgeoisie findet faschistische Provokationen nützlich, um die Unterdrückten einzuschüchtern, und hält sie sich in Reserve, falls es notwendig ist, eine ernsthafte Herausforderung ihrer Klassenherrschaft niederzuschlagen. Was wir dringend brauchen, sind auf den Gewerkschaften basierende Massenmobilisierungen von Arbeitern/Immigranten und allen potenziellen Opfern der Faschisten, um die Nazis am gleichen Ort und zur gleichen Zeit, wo sie für ihr Völkermordprogramm aufmarschieren wollen, zu stoppen. *Für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen, um die Nazis zu zerschlagen!*

Für eine leninistische Partei als Volkstribun aller Unterdrückten!

Die Bosse benutzen Ausgliederungen, um massive Lohnkürzungen durchzusetzen, da die Tarife der Metallindustrie bzw. der entsprechende Haustarif dann nicht mehr gelten. Heute gibt es allein bei Opel Rüsselsheim 480 „Fremd“-firmen mit 6000 Arbeitern. 1989 war es die Polstererei bei Opel,

Fortgesetzt auf Seite 30

SPD, PDS ...

Fortsetzung von Seite 29

die als erste im Rahmen des Outsourcings ausgegliedert werden sollte – das sind genau Bereiche, wo in der Regel eingewanderte Frauen arbeiten, die in der Gesellschaft dreifach unterdrückt werden: als Arbeiter ausgebeutet, als Immigranten rassistisch diskriminiert und als Frauen besonders unterdrückt. Notwendig ist die Organisation aller Fremdfirmen im Kampf für den gleichen Tarifvertrag nach dem Prinzip: **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!** Gerade sind die Berliner Erzieherinnen in Warnstreiks getreten, um die massiven Angriffe des SPD/PDS-Senats auf die Kitas zurückzuschlagen, etwa die Erhöhung der Zahl der Kinder pro Erzieher von skandalösen 16 auf unmögliche 22. Dieser Angriff trifft auch die Metalller, vor allen Dingen die Metalllerinnen, deren Kinder nun schlechter versorgt werden sollen, wenn der Senat durchkommt. Notwendig ist daher der Kampf für **kostenlose hochwertige Kinderbetreuung rund um die Uhr!** Hand in Hand mit den Angriffen auf die Kitas gehen die fortgesetzten Angriffe auf das Gesundheitswesen, wo mehr und mehr Krankenhäuser von Schließung bedroht werden. Eines der ersten, das geschlossen wurde, war das Krankenhaus Moabit, das im Arbeiterviertel Moabit mit seinem hohen Anteil an Immigranten liegt. Wir brauchen dringend einen Kampf für **kostenlose Gesundheitsversorgung von höchster Qualität für alle!** Das erfordert aber die vereinte Mobilisierung aller Krankenhausarbeiter zusammen mit den Kita-Erzieherinnen und allen Arbeitern, besonders der potenziell mächtigen Metalller. Wir brauchen einen Kampf zur **gewerkschaftlichen Organisation der Unorganisierten!** Jugendliche und Minderheiten müssen unter Gewerkschaftskontrolle eine Berufsausbildung bekommen!

Neu eingestellte junge Arbeiter bekommen als Regel weitaus niedrigere Löhne als die älteren. Gleichzeitig werden die Arbeiter im Westen von der SPD mit Hilfe von Antikommunismus gegen die Arbeiter im Osten und die Arbeiter im Osten von der PDS mit Hilfe von Ossi-Nationalismus gegen die im Westen ausgespielt. Das ND berichtete über Gregor Gysis Grußwort an eine Berliner IG-Metall-Konferenz: „Ein Tarifabschluss, so Gysi, müsse die Differenz zwischen leistungsstarken und schwachen Unternehmen berücksichtigen... Zudem würde ein Arbeitskampf vor allem im Osten nur Verlierer kennen“ (15. Februar). Seit nunmehr 12 Jahren besteht in der Ex-DDR ein Niedriglohntarif und die Arbeitszeit ist nach wie vor drei Stunden pro Woche länger. Dabei wird die Massenarbeitslosigkeit, die im Osten besonders hoch ist, als Knüppel gegen die Gewerkschaften benutzt. Dagegen ist der Wunsch nach Gleichheit in der Arbeiterbewegung weit verbreitet, denn viele Arbeiter sehen es auch als einen Angriff auf sich selbst, wenn der Kollege neben ihnen für die gleiche Arbeit schlechter bezahlt wird, nur einen Zeitvertrag hat oder weniger Rechte besitzt.

Berliner Arbeiter äußerten die Sorge, dass durch einen Streik nun auch die wenigen Betriebe, die es noch gibt, bankrott machen würden. Aber nicht Streiks oder hohe Löhne haben den Osten verwüstet, sondern die deutsche Bourgeoisie, die ihre Profitinteressen brachial und rachsüchtig durchsetzte. Und die Massenarbeitslosigkeit im Westen ist ebenso Ergebnis dieses Profitsystems, dass nur dadurch floriert, dass es rationalisiert mittels Arbeitshetze, Entlassungen usw. Außerdem haben die Kapitalisten kein Interesse, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, denn sie gibt ihnen eines der machtvollsten Druckmittel, um die Arbeiterklasse in Schach zu halten. Dringend notwendig ist ein entschiedener Kampf für die **Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich und ein Programm öffentlicher Arbeiten zu gewerkschaftlichen Tariflöhnen.** Schon hört man den besorgten Sozialdemokraten lamentieren: „Ja, wer soll das

denn bezahlen?“ Leo Trotzki, einer der Führer der Oktoberrevolution, antwortete im *Übergangsprogramm* der Vierten Internationale auf ähnliche Einwände:

„Es handelt sich nicht um den ‚normalen‘ Zusammenstoß gegensätzlicher materieller Interessen, sondern vielmehr darum, das Proletariat vor Zersetzung, Hoffnungslosigkeit und Verderben zu bewahren. Es geht um Leben und Tod der einzig schöpferischen und fortschrittlichen Klasse und damit um die Zukunft der Menschheit. Kann der Kapitalismus die Ansprüche nicht befriedigen, die sich unvermeidlich aus den von ihm erzeugten Übeln ergeben, dann mag er zugrunde gehen. Ob jene Forderungen ‚realistisch‘ oder ‚unrealistisch‘ sind, ist hierbei eine Frage des Kräfteverhältnisses und kann nur durch den Kampf entschieden werden. Durch diesen Kampf, welche unmittelbaren praktischen Erfolge er auch erzielen mag, werden sich die Arbeiter am besten von der Notwendigkeit überzeugen, die kapitalistische Sklaverei zu beseitigen.“

Tatsächlich wird gerade die Arbeitslosigkeit von der SPD/Grünen-Regierung benutzt, um mit rassistischer Demagogie gegen Immigranten zu hetzen. Genau am Vorabend der Warnstreiks in der Metallindustrie führte der ehemalige SPD-Bundeskanzler Schmidt in *Bild* (28. März) eine rassistische Attacke auf Immigranten, die seit Jahrzehnten hier leben, und gegen deren Kinder. Schmidt sprach allen, die sich angeblich nicht integrieren wollen, den „Anspruch auf Rentenversicherung, Krankenversicherung oder Arbeitslosenversicherung“ ab. Genau solcher rassistischer Dreck soll die multiethnische Arbeiterklasse – und zehn Prozent der IG Metall sind eingewanderte Arbeiter – entlang rassistischer Linien spalten. Mit Hilfe solcher Demagogie und rassistischem Staatsterror sollen daher nicht nur eingewanderte Arbeiter, die ein strategischer und sehr militanter Bestandteil der Arbeiterklasse sind, eingeschüchtert werden, sondern auch die deutschen Arbeiter sollen davon abgehalten werden, gemeinsam mit ihren Klassenbrüdern gegen die Angriffe der Bosse zu kämpfen. Notwendig ist daher der Kampf für **volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!** Doch statt den Kampf gegen Rassismus und Chauvinismus zu führen, organisiert die jetzige sozialdemokratische Gewerkschaftsführung die streikbrecherischen Bullen, die tagtäglich den rassistischen Staatsterror führen. Wir sagen: **Polizei raus aus dem DGB!** Wir kämpfen für den Aufbau einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei, die als Volkstribun aller Unterdrückten die Arbeiterklasse gegen jegliche Unterdrückung mobilisiert. Nur so wird die Arbeiterklasse befähigt sein, erfolgreich gegen den Kapitalismus zu kämpfen.

Im Umfeld von SPD und PDS schwirrt ein ganze Anzahl von verschiedenen sich selbst revolutionär nennenden Gruppen. Typisches Beispiel ist die Sozialistische Alternative Voran (SAV), deren Grundsatzprogramm zum „Aufbau einer neuen Arbeiterpartei mit sozialistischem Programm“ aufruft. Damit meinen sie aber:

„Während wir dafür eintreten, dass eine solche Partei ein sozialistisches Programm annimmt, machen wir das nicht zur Bedingung für unsere Unterstützung einer solchen Partei. Wir gehen davon aus, dass neue Arbeiterparteien nur aus großen Ereignissen und Klassenkämpfen heraus geboren werden können und es auf dem Weg dorthin zur Bildung vieler Zwischenformationen, die einen begrenzten Charakter haben werden, kommen kann... Während wir zum Beispiel die Rifondazione aufgrund ihrer speziellen Geschichte und ihres Massenanhangs als eine Massenpartei der Arbeiterklasse bezeichnen, halten wir Phänomene wie den Linksblock oder die SSP nur für mögliche Ausgangspunkte für eine zukünftige neue Arbeiterpartei. In allen Fällen arbeiten unsere GenossIn-

nen in solchen Parteien mit und haben sie im Falle der SSP mitbegründet.“

Aber wer ist Rifondazione comunista? RC unterstützte die kapitalistische Prodi-Volksfront-Regierung in Italien und hörte erst damit auf, als diese so verhasst war, dass RC die eigenen Mitglieder massenhaft wegliefen. Aber RC bleibt der stalinistischen Klassenkollaboration treu und versucht „linkere“ Koalitionen mit kapitalistischen Parteien aufzubauen, die nur wieder dazu dienen, die Arbeiterklasse der Bourgeoisie unterzuordnen. RC ist also eine bürgerliche Arbeiterpartei, nur dass sie – ähnlich wie hier die PDS – als eine „linkere“ sozialdemokratische Partei gesehen wird. Die Autorität, die RC sich mit gelegentlich linker Rhetorik zu verschaffen versucht, benutzt sie nur, um Arbeiter und Jugendliche, die auf einem Kurs weg von der Sozialdemokratie sind und nach Wegen suchen, den Kapitalismus zu stürzen, einzufangen und politisch im Rahmen des Kapitalismus zu halten. So entpuppen sich also die angeblichen SAV-„Zwischenstufen“ à la RC als *Hindernisse* für den Aufbau einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei.

So wie die ganze sozialdemokratische Linke macht die SAV eine strikte Trennung zwischen Arbeiterkämpfen und dem Kampf gegen Rassismus. Wie die anderen reformistischen Gruppen sprechen sie gegen Rassismus auf antirassistischen Protesten (insofern sie sich dort überhaupt blicken lassen), gegen den Krieg auf Antikriegsprotesten. Und wenn es zu Streiks kommt, beschränkt sich ihre gesamte Propaganda auf rein ökonomische Fragen. Das Gleiche gilt für Linksruck. Jetzt im Wahljahr hat Linksruck, die immer zur Wahl der SPD/PDS aufrufen, ihre Plakate „Dafür haben wir euch nicht gewählt“ vertauscht mit Anti-Stoiber-Losungen. So titelte *Linksruck* (4. März): „Ein Rassist sucht Sündenböcke. Zuwanderung: Stoiber schürt Stimmung gegen Ausländer“. Das ging nicht gut runter bei ihren Mitgliedern und auch bei Arbeitern, die registrieren, dass es die SPD ist, die ganz massive Angriffe durchführt. Viele haben nicht vergessen, dass die CSU letzten Oktober Schily einen Aufnahmeantrag zuschickte. Linksruck-Guru Ahmed Shah enthüllt dann, worum sie besorgt sind: „Die Gefahr besteht, dass viele sich entschließen, gar nicht mehr zur Wahl zu gehen – erst recht nach dem Kölner Spendenskandal“ (*Linksruck*, 18. März). Ganz unverblümt befürchtet Linksruck hier, die Arbeiter könnten beginnen, ihre Illusionen in den bürgerlichen Parlamentarismus zu verlieren und der Kontrolle der Sozialdemokratie zu entgleiten.

Am Anfang des Ersten Weltkriegs ging die SPD, die als revolutionäre Arbeiterpartei gegründet worden war, auf die Seite ihres eigenen Imperialismus über (wie viele andere sozialdemokratische Parteien auch). Seit dem 4. August 1914 ist es immer die Rolle der SPD gewesen, die Arbeiterklasse an den deutschen Kapitalismus und Imperialismus zu binden. Statt die Kämpfe mit der rohen militärischen Gewalt ihrer Staatsmaschinerie zu unterdrücken, zieht es die herrschende Klasse im Allgemeinen als die billigere Variante vor, die Arbeiterkämpfe durch eine Kraft mit genügender Autorität in der Arbeiterklasse in Schach zu halten und so sicherzustellen, dass die Arbeiter vom Weg der Revolution abgebracht und in den Grenzen des Kapitalismus gehalten werden. Wir kämpfen darum, die Arbeiterbasis von SPD und PDS politisch von ihren Irreführern zu brechen, damit die, die arbeiten und alle Werte schaffen, auch herrschen.

Entfesselt die Macht der IG Metall! Für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung!

Viele Metallarbeiter sind streikbereit und gleichzeitig voller Misstrauen gegen die sozialdemokratischen Ausverkäufer an der Spitze ihrer Gewerkschaft. So fordert eine Unterschriftenliste „An den [IGM-]Vorstand und die große Tarifkommission“ vom DaimlerChrysler-Betriebsrat Unter-

türkheim, die im März im Konzern umging: „6,5 % sind nur durchsetzbar mit Streik! ... Wir sind bereit, den nötigen Druck zu machen. Und erwarten deshalb auch, vor einem Abschluss mitreden und mitentscheiden zu können!“, und sie erklärt: „Lohnverzicht hat nicht zu mehr Arbeitsplätzen geführt. Das ‚Bündnis für Arbeit‘ hat sich als Falle für die Gewerkschaften erwiesen.“ Seit mehr als zehn Jahren werden von der IGM-Führung Reallohnkürzungen als Erfolge verkauft mit Hinweis auf das „Bündnis für Arbeit“, das neue Jobs schaffen sollte. Die Jobs gibt's nicht, stattdessen wurde mit Hilfe der erzielten Profite noch schneller „rationalisiert“. Dies hat zu einer breiten Erbitterung der Basis geführt. Eine Resolution der Vollversammlung der Vertrauensleute von DaimlerChrysler Wörth erklärt: „Öffentliche Vorfestlegungen [der Lohnforderung] durch einzelne ‚Spitzengewerkschafter‘ sind nicht hilfreich, schwächen uns und stärken unsere Gegner.“ Und: „Dass aus den Gewerkschaftsspitzen gelegentlich mit kräftigen Lohnforderungen gedroht wird, das ganze aber nach dem nächsten Treffen beim Kanzler wieder vergessen scheint, hat mit den Interessen unserer Mitglieder nichts zu tun“ (1. Dezember 2001). Das Problem ist, dass die jetzige Gewerkschaftsführung prokapitalistisch ist und deshalb im Dienste der Klassenzusammenarbeit ihre Kumpel von SPD und PDS in den Regierungen als kleineres Übel unterstützt. Wir brauchen eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung, die versteht, dass die Interessen von Arbeiterklasse und Bourgeoisie unvereinbar und entgegengesetzt sind. Wir brauchen die völlige Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom bürgerlichen Staat. Kommunistische Arbeit in den Gewerkschaften zielt darauf ab, das Klassenbewusstsein der Arbeiter an der Basis zu entwickeln und sie für die Perspektive des revolutionären Kampfes gegen den Kapitalismus unter Führung einer leninistischen Avantgardepartei zu gewinnen.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer identifizieren sich mit den Interessen Deutschlands: Das bedeutet, die Arbeiter entlang ethnischer Linien zu spalten, dann sollen sie im „nationalen Interesse“ oder für den „Standort Deutschland“ zahlen, letztendlich auf den Schlachtfeldern dafür verbluten. Die deutsche Bourgeoisie beginnt die Bundeswehr massiv umzubauen und aufzurüsten, um international ihre Ausbeuterinteressen vertreten zu können und um letztendlich ein Gegengewicht zur militärisch dominierenden USA darstellen zu können. Die Kosten dafür versuchen sie in immer zunehmenderem Maße von den Arbeitern zu stehlen. Schröder erklärte, die Bundeswehr auch im Rahmen einer UN-Mission nach Israel/Palästina schicken zu wollen, was nichts mit Unterstützung für die Palästinenser zu tun hat, sondern die strategischen Interessen des deutschen Imperialismus an der ölreichen Region des Nahen Ostens reflektiert. Wir fordern: *Bundeswehr, USA, UNO und alle imperialistischen Truppen raus aus dem Balkan, dem Nahen Osten und dem Horn von Afrika!*

SPD/Grüne wollen die Arbeiterklasse wieder an Kriegseinsätze gewöhnen, in diesem Land, in dem es aufgrund zweier verlorener Weltkriege in der ganzen Bevölkerung weit verbreitet ist, zu sagen: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus. Aber der Drang zum Krieg hat seine Wurzel im kapitalistischen System selbst, das neue Märkte erobern muss, um seine Profite zu erhalten; jede imperialistische Macht muss ihre Einfluss- und Ausbeutungssphären gegen ihre Rivalen verteidigen. Um die Kriegsgefahr wirklich ein für alle Mal zu beenden, muss die Arbeiterklasse den Imperialismus von innen zerstören, indem sie die Kapitalistenklasse durch sozialistische Revolution enteignet. Die Spartakist-Arbeiterpartei kämpft darum – nach dem Vorbild der Russischen Revolution und ihrer bolschewistischen Führung –, eine multiethnische internationalistische revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen. ■

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! SPD, PDS, Grüne greifen Arbeiter, Minderheiten an

Die hohe Teilnahme an den Warnstreiks der IG Metall für 6,5 Prozent mehr Lohn und für die Angleichung von Arbeiterlöhnen an die Gehälter der Angestellten zeigt, dass die Arbeiter kampfbereit sind. Sie wollen sich das zurückholen, was ihnen die Kapitalisten in den letzten zehn Jahren durch Lohnraub und Arbeitshetze mit Hilfe der rassistischen Spaltung der Arbeiterklasse und der Spaltung in Ost und West genommen haben. Mit den Angriffen durch Riesterreute, Steuerreform und den geplanten Angriffen auf die Arbeitslosenhilfe ist die SPD/Grünen-Regierung als Handlanger der Bosse weitgehend verhasst. Dazu kommt seit dem 11. September ein drastisch verschärfter rassistischer Staatsterror – von der Rasterfahndung und Schilys finsternen „Sicherheitspaketen“ bis zum Zuwanderungsgesetz. Hand in Hand damit geht der Einsatz der Bundeswehr auf dem Balkan, in Afghanistan und am Horn von Afrika. Dies erbitterte Metallarbeiter so sehr, dass sich letzten November der IG-Metall-Vorstand gezwungen sah, die Beendigung der Bombardierung Afghanistans zu fordern – ein wichtiger Riss zwischen der SPD/Grünen-Regierung und den Gewerkschaften. Als unmittelbar darauf bekannt wurde, dass der



Der Spiegel

IG-Metall-Warnstreik in Mosel bei Zwickau

Entfesselt die Macht der IG Metall!

IGM-Vorstand Schröder als Quasi-Wahlgeschenk versprach, auch diese kommende Tarifrunde auszuverkaufen, gab es einen massiven Aufruhr an der Basis. Vertrauensleute von Siemens schrieben in einer Resolution: „Wie lange wollen sich die Mitglieder einen Vorstand leisten, der hinter ihren Erwartungen bleibt?“ Und von solchen Resolutionen gab es viele. Der IGM-Vorstand sah sich gezwungen, mit der 6,5-Prozent-Forderung in die Verhandlungen zu gehen. Und so geht die Polarisierung zwischen SPD und Gewerkschaften einher mit einer Polarisierung zwischen Basis und sozialdemokratischer Führung in den Gewerkschaften.

Jetzt versuchen die Gewerkschaftsspitzen, die der Klassenzusammenarbeit verpflichtet sind, mit Hilfe von Warnstreiks Dampf abzulassen, doch ohne dabei der Bourgeoisie wirklich weh tun zu wollen. Ja, IGM-Bürokraten erklärten, sie würden mittels Computer-Simulationen herausfinden,

wann sie die Streiks beenden müssen, bevor sie Auswirkungen auf die Produktion in anderen Betrieben haben – eine Idee, wie sie wohl nur ein deutscher Sozialdemokrat haben kann. Das ist das genaue Gegenteil davon, wie man einen Streik gewinnt! Zweck eines Streiks ist, die Bosse an der einzigen Stelle zu treffen, die ihnen wirklich weh tut und sie daher auch „überzeugen“ kann, den Streikforderungen nachzugeben: Profit. Und gerade die „Just-in-time“-Produktion in der Metallindustrie macht die Konzerne äußerst anfällig für Streiks und gibt den Arbeitern dieser wichtigsten Industrie zusätzlich eine riesige potenzielle Macht. Notwendig sind Massenstreikpostenkettens, die niemand überquert; die Betriebe müssen wirklich dicht sein, kein Streikbrecher darf reinkommen und kein Produkt den Betrieb verlassen.

Bei der IG Metall kam Zwickel mit einem SPD-Wahlaufruf raus, aber es ist mehr als ungewiss, inwiefern er von den Metallern befolgt werden wird. Bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt verlor die SPD knapp die Hälfte ihres Stimmanteils im Vergleich zu den letzten Wahlen; der ebenso drastische Einbruch der Wahlbeteiligung legt nahe, dass viele Arbeiter einfach zu Hause blieben. Eine Reihe Gewerkschaftslinker und Arbeiter, die von der SPD die Nase voll haben, wenden sich der PDS als vermeintlicher Alternative zu. Doch die PDS ist genauso wie die SPD das, was Lenin als

Fortgesetzt auf Seite 28

Für eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei!